



Landschaftspflegerischer Begleitplan

1	Anpassung gemäß Nachforderungen EBA vom 04.08.2025	15.09.2025
0	Ausgangsverfahren: Antragsfassung	23.06.2025
Index	Änderungen bzw. Ergänzungen	Planungsstand
<p>Vorhabenträgerin:</p> <p>DB InfraGO AG  RB West Projekte STE NRW 1, I.II-W-P-L Hansastraße 15 47058 Duisburg</p>		
Datum	Unterschrift	Datum
Vertreter der Vorhabenträgerin:		<p>Verfasser:</p> <p>DB Engineering & Consulting  Regionalbereich West Umwelt- und Geoservices Umweltplanung, I.TV-W-U-U 2 Königsberger Allee 28, 47058 Duisburg</p>
Datum	Unterschrift	Datum
Genehmigungsvermerk Eisenbahn-Bundesamt		



Landschaftspflegerischer Begleitplan BÜ „Zum Steigeturm“



DB InfraGO AG

Beseitigung einer BÜSA km 16,0 – Zum Steigeturm

T.016081558

DB Engineering & Consulting GmbH

I.TV-W-U-U 2

Königsberger Allee 28

47058 Duisburg

21.08.2025

DB Engineering & Consulting

Prüf- und Freigabebezeichnung für die aktuell gültige Version

	Erstellt	Fach / Qualitätsgeprüft
Ort, Datum	Duisburg, 20.08.2025	Duisburg, 20.08.2025
Name	Anika Schmellekamp MSc. Landschaftsökologie	Katharina Warnke M.Sc. Landschaftsökologie
Organisation / Funktion	DB E&C GmbH, Umweltplanungsingenieur/in	DB E&C GmbH, Umweltplanungsingenieur/in

Versionen

Version	Datum	Autor	Änderungen
1.0	13.06.2025	Anika Schmellekamp	Erstfassung
2.0	20.08.2025	Anika Schmellekamp	Anpassung gemäß Nachforderungen des EBA vom 07.08.2025

Inhaltsverzeichnis		Seite
1	Einleitung	11
1.1	Anlass und Aufgabenstellung	11
1.2	Gesetzliche Grundlage.....	11
1.3	Beschreibung des Vorhabens	12
1.3.1	Technische Darstellung des Vorhabens.....	13
1.3.2	Angaben zur Bauphase	14
1.3.3	Relevante Wirkfaktoren.....	15
1.4	Abgrenzung des Untersuchungsraumes.....	17
1.5	Daten und Methodik	19
1.5.1	Prüfung der Voraussetzungen nach § 4 Abs. 3 Satz 1 BKompV	19
1.5.2	Angewandte Methodik Bestandserfassung.....	19
1.5.3	Angewandte Methodik Bestandsbewertung.....	20
1.5.4	Angewandte Methodik Konfliktanalyse.....	20
1.5.5	Angewandte Methodik der Maßnahmenherleitung	22
1.5.6	Daten und Informationsgrundlagen der Schutzgüter	22
1.6	Übergeordnete Planungen und besonders geschützte Bereiche.....	22
1.6.1	Raumplanung, Fachplanung, Landschaftsplanung	22
1.6.2	Natura 2000-Gebiete.....	26
1.6.3	Gesetzlich geschützte Biotope	26
1.6.4	Geschützte Teile von Natur und Landschaft.....	26
2	Erfassung und Bewertung des vorhandenen Zustandes	33
2.1	Biotope	33
2.2	Schutzgüter und Funktionen nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 BKompV	38
2.2.1	Pflanzen	39
2.2.2	Tiere	39
2.2.3	Boden.....	42
2.2.4	Wasser.....	44

2.2.5	Klima/Luft	45
2.2.6	Landschaftsbild	48
3	Konfliktanalyse.....	50
3.1	Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren unmittelbaren und mittelbaren Beeinträchtigungen von Biotopen durch das Vorhaben.....	50
3.1.1	Baubedingte Beeinträchtigungen von Biotopen	50
3.1.2	Anlagebedingte Beeinträchtigungen von Biotopen	51
3.1.3	Betriebsbedingte Beeinträchtigungen von Biotopen	51
3.2	Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren Beeinträchtigungen von Schutzgütern und Funktionen nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 BKompV durch das Vorhaben.....	51
3.2.1	Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren Beeinträchtigungen für Schutzgut Tiere	52
3.2.2	Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren Beeinträchtigungen für Schutzgut Pflanzen	54
3.2.3	Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren Beeinträchtigungen für Schutzgut Boden.....	54
3.2.4	Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren Beeinträchtigungen für Schutzgut Wasser (Grundwasser).....	55
3.2.5	Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren Beeinträchtigungen für Schutzgut Klima/Luft	56
3.2.6	Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren Beeinträchtigungen für Schutzgut Landschaftsbild.....	56
3.3	Übersicht über die Konflikte aller Schutzgüter	56
3.4	Vermeidung von Beeinträchtigungen von Biotopen durch das Vorhaben	57
3.5	Vermeidung von Beeinträchtigungen von Schutzgütern und Funktionen nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 BKompV durch das Vorhaben	58
3.6	Ermittlung des biotopwertbezogenen Kompensationsbedarfs für beeinträchtigte Biotope	61
3.7	Ermittlung des funktionsspezifischen Kompensationsbedarfs für beeinträchtigte Schutzgüter nach § 7 Abs. 2 Satz 1 BKompV	64

3.7.1	Schutzgut Biotope und Pflanzen	64
3.7.2	Schutzgut Tiere	64
3.7.3	Schutzgut Boden.....	65
3.7.4	Schutzgut Wasser.....	65
3.7.5	Schutzgut Klima/Luft	65
3.7.6	Schutzgut Landschaftsbild.....	65
3.8	Auswirkungen auf Schutzgebiete	65
3.8.1	Landschaftsschutzgebiet DO-00028 „Marten-Rahm-Wischlingen“	65
3.8.2	Biotopverbundfläche VB-A-4410-103 „Bachsysteme und Gewerbe- und Industriebrachen von Kirchlinde bis Kley“	66
4	Kompensationsmaßnahmen.....	67
4.1	Biotopwertbezogene Kompensationsmaßnahmen für beeinträchtigte Biotope.....	67
4.2	Funktionsspezifische Kompensationsmaßnahmen für beeinträchtigte Schutzgüter nach § 7 Abs. 2 Satz 1 BKompV.....	67
4.2.1	Schutzgut Biotope und Pflanzen	67
4.2.2	Schutzgut Tiere	67
4.2.3	Schutzgut Boden.....	68
4.2.4	Schutzgut Wasser.....	68
4.2.5	Schutzgut Klima / Luft	68
4.2.6	Schutzgut Landschaftsbild.....	68
5	Ersatzgeld.....	69
6	Zusammenfassung	70
7	Literaturverzeichnis	72
8	Anhang: FINK-Maßnahmenblätter	74

Abbildungen	Seite
Abbildung 1: Großräumige Einordnung des BÜ „Zum Steigeturm“ und der Strecke 2210. Hintergrundkarte: (GEOportal.NRW, 2025).....	13
Abbildung 2: Übersichtsplan des Vorhabens (DB InfraGO AG, 2025b).....	14
Abbildung 3: Auszug aus dem Bebauungsplan Hu 115/2 Littgenloh der Stadt Dortmund im Bereich des Vorhabens (Maßstab 1:1000).	23
Abbildung 4: Auszug aus dem Flächennutzungsplan der Stadt Dortmund im Vorhabengebiet.	24
Abbildung 5: Auszug aus der Festsetzungs-(links (Stadt Dortmund, 2020a) und der Entwicklungskarte (rechts (Stadt Dortmund, 2020b) des Landschaftsplans der Stadt Dortmund im Vorhabengebiet.	26
Abbildung 6: Landschaftsschutzgebiete im Umfeld des Vorhabens.	27
Abbildung 7: Biotop-Verbundflächen im Vorhabengebiet.	32
Abbildung 8: Wiese und Neophytenflur (rechts) aus <i>Solidago canadensis</i> auf der Wiese angrenzend zum Wohngebiet.....	36
Abbildung 9: Vegetation im Gleisbereich und im direkten Umfeld des BÜ Zum Steigeturm.	36
Abbildung 10: Rubus-Gestrüpp entlang der Böschung nordöstlich des Bahnübergangs entlang des Zuweges.	36
Abbildung 11: Feldweg südlich des BÜ, mit angrenzendem Gerstenfeld und typischer Saumstruktur.....	36
Abbildung 12: Neophytenflur aus <i>Fallopia japonica</i> , wenige Meter westlich des BÜ.....	37
Abbildung 13: Ruderalfläche mit Gartenabfällen und im Hintergrund ein Röhricht aus <i>Phragmites australis</i> nordwestlich oberhalb des BÜ.	37
Abbildung 14: junger Waldbestand aus größtenteils hochgewachsenem Bergahorn nordwestlich des BÜ.	37
Abbildung 15: Graben am Übergang Gleis-Wald nordwestlich des BÜ mit Ruderalvegetation	37
Abbildung 16: Östliche Böschung aus Brombeergestrüpp der Zuwegung von der Siedlung aus. ...	38
Abbildung 17: Westliche Begrenzung der Zuwegung von der Siedlung aus.	38
Abbildung 18: Gesamtansicht der Zuwegung von der Siedlung zum BÜ.....	38
Abbildung 19: Bodentypen im Umfeld des Vorhabens (Geologischer Dienst NRW, 2025). Der Eingriffsbereich ist rot markiert.....	43
Abbildung 20: Auszug aus der Gesamtbetrachtung der Klimaanalyse im Untersuchungsgebiet (LANUK, 2025). Der Eingriffsbereich ist rot umkreist.	46
Abbildung 21: Auszug aus der Klimatopkarte im Untersuchungsgebiet (LANUK, 2025). Der Eingriffsbereich ist rot umkreist.....	47

Tabellen	Seite
Tabelle 1: Relevante Wirkfaktoren für das Vorhaben „Auflassung BÜSA Zum Steigeturm“.	16
Tabelle 2: Projektspezifische Untersuchungsräume der einzelnen Schutzgüter	18
Tabelle 3: Feststellung der Erheblichkeit der Beeinträchtigungen (gem. Anl. 3 BKompV)	21
Tabelle 4: Biotope im Untersuchungsraum (untergliedert nach Kategorien) und ihre Bewertung nach BKompV	33
Tabelle 5: Ermittlung der Bedeutung der Funktionen „Vielfalt von Tierarten einschließlich der innerartlichen Vielfalt“ gem. Anl. 1 BKompV für das Schutzgut Tiere	42
Tabelle 6: Übersicht über alle vorhabenbedingten Konflikte.	56
Tabelle 7: Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Biotopen.	57
Tabelle 8: Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Schutzgütern und deren Funktionen.	58
Tabelle 9: Ermittlung des biotopwertbezogenen Kompensationsbedarfs für den Zustand nach Eingriff (unmittelbare Beeinträchtigungen).	62
Tabelle 10: Funktionsspezifische Kompensation für das Schutzgut Tiere	68
Tabelle 11: Zusammenfassende Gegenüberstellung von Konflikten und Maßnahmen	71

Abkürzungsverzeichnis	
AFB	Artenschutz-Fachbeitrag
AG	Auftraggeber
ALKIS	Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem
AN	Auftragnehmer
B	Bundesstraße
BAB	Bundesautobahn
BArtSchV	Bundesartenschutzverordnung
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz
BE-Fläche	Baustelleneinrichtungsfläche
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchV	Bundesimmissionsschutzverordnung
BKompV	Bundeskompensationsverordnung
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BÜ	Bahnübergang
BÜSA	Bahnübergangssicherungsanlage
CEF	continuous ecological functionality-measures
DB	Deutsche Bahn
EBA	Eisenbahn-Bundesamt
EGArtSchVO	EG- Artenschutzverordnung
EÜ	Eisenbahnüberführung
FFH-RL	Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie
FNP	Flächennutzungsplan
GIS	Geo-Informationen-System
GOK	Geländeoberkante
ha	Hektar

Kfz	Kraftfahrzeug
km²	Quadratkilometer
LBP	Landschaftspflegerischer Begleitplan
LRT	Lebensraumtyp
LSG	Landschaftsschutzgebiet
LST	Leit- und Sicherungstechnik
m	Meter
mm/a	Millimeter pro Jahr
m²	Quadratmeter
NSG	Naturschutzgebiet
Ril	Richtlinie
RL	Rote Liste der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten
UBÜ	Umweltfachliche Bauüberwachung
UR	Untersuchungsraum
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
UVP-Bericht	Bericht zur Umweltverträglichkeit
VSchRL/V-RL	Vogelschutzrichtlinie der EU
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WP	Wertpunkte nach BKompV
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie der EU

1 Einleitung

1.1 Anlass und Aufgabenstellung

Der Bahnübergang (BÜ) „Zum Steigeturm“ im Bahn-km 16,060 auf der Strecke 2210 liegt im Planungsabschnitt des ESTW-Zulaufstrecke Dortmund II. Mit dem Bau des geplanten ESTWs entfällt die Möglichkeit einer örtlichen Bedienung, ein Umbau der Altanlage ist nicht möglich. Aufgrund der geringen Nutzung (52 Fußgänger/Tag und 23 Radfahrer/Tag (Bast)) soll der BÜ spätestens mit Inbetriebnahme des ESTWs aufgelassen werden.

Die vorliegende Planung erfasst die Beseitigung des BÜs einschließlich aller daraus erforderlichen Folgemaßnahmen. Darüberhinausgehende Maßnahmen sind nicht Gegenstand des Vorhabens und werden entsprechend nicht betrachtet (DB InfraGO AG, 2025a). Die Baumaßnahme beginnt Anfang 2027 und wird Ende 2027 abgeschlossen.

1.2 Gesetzliche Grundlage

Gesetzliche Grundlage des landschaftspflegerischen Begleitplans (LBP) ist das am 01.03.2010 in Kraft getretene Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG, 2009) in seiner aktuellen Fassung. Das geplante Vorhaben stellt gemäß § 14 BNatSchG einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Die Eingriffsregelung nach §§ 13 - 18 BNatSchG ist eine rahmenrechtliche Regelung, die im Weiteren durch die Festlegungen in den jeweiligen Landesnaturschutzgesetzen umgesetzt wird. In Nordrhein-Westfalen geschieht dies durch die §§ 30-34.

Für Vorhaben, die im Zuständigkeitsbereich der Bundesverwaltung liegen, wird die Eingriffsregelung über die „Verordnung über die Vermeidung und die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft im Zuständigkeitsbereich der Bundesverwaltung (Bundeskompensationsverordnung) angewandt. Diese ersetzt die jeweiligen Modelle der Länder zur Bilanzierung des Eingriffs.

Baubedingte Eingriffe stellen i.d.R. eine Veränderung von Natur und Landschaft dar, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes sowie das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können. Durch die Eingriffsregelung soll unter Berücksichtigung vermeidbarer Beeinträchtigungen bzw. Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege eine Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und die Bewahrung des Landschaftsbildes erreicht werden.

Der vorliegende LBP beschreibt und bewertet die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes. Es werden die Auswirkungen des Vorhabens auf Natur und Landschaft dargestellt und einer Konfliktanalyse unterzogen.

Entsprechend § 15 BNatSchG ist ein Vorhaben zulässig, sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in gleichartiger Weise wiederhergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neugestaltet ist.

Zum Erreichen dieser Zielsetzungen sind in § 15 BNatSchG Verursacherpflichten formuliert, an denen sich die landschaftspflegerische Begleitplanung orientiert:

Vermeidungs- / Minimierungsgebot

Die Beeinträchtigungen von Naturhaushalt und Landschaftsbild, also das Maß der Eingriffsintensität, sind durch planerische Vorgaben schon im Vorfeld zu vermeiden bzw. so gering wie möglich zu halten.

Die Beeinträchtigungen von Naturhaushalt und Landschaftsbild, also das Maß der Eingriffsintensität, sind durch planerische Vorgaben schon im Vorfeld zu vermeiden bzw. so gering wie möglich zu halten.

Ausgleich / Ersatz

Die entstehenden unvermeidbaren Folgen des Eingriffs sind durch geeignete Maßnahmen so auszugleichen, dass keine erhebliche oder nachhaltige Beeinträchtigung des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes zurückbleiben.

Die beeinträchtigten Werte und Funktionen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes sind dabei an Ort und Stelle, d.h. innerhalb des Eingriffsgebietes auszugleichen oder innerhalb des Naturraums zu ersetzen. Sind keine Maßnahmen im Naturraum verfügbar, kann auf Maßnahmen aus dem Katalog des Kompensationsflächenkatasters (Ökokonto) oder Ersatzzahlungen zurückgegriffen werden.

Artenschutz

Die Anforderungen des § 44 BNatSchG und dessen Rechtsfolgen werden in einem gesonderten Fachbeitrag geprüft. Die Ergebnisse und Maßnahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung werden in den LBP integriert.

Berücksichtigung weiterer umweltrelevanter Anforderungen

Neben den Anforderungen, die sich aus der Eingriffsregelung ableiten, kommt dem landschaftspflegerischen Begleitplan eine „umweltfachliche Bündelfunktion“ zu, d.h. Sachverhalte aus anderen Umweltfachgesetzen werden, wenn notwendig, integriert. Hierzu zählt die Beachtung des Natura-2000- Gebietsschutzes, die Beachtung des Bundes-Bodenschutzgesetzes, des Wasserhaushaltgesetzes, des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und des Bundeswaldgesetzes.

Maßnahmen, die aus den jeweiligen Gutachten resultierend sind zu berücksichtigen und zu integrieren.

1.3 Beschreibung des Vorhabens

Lage des Vorhabens

Das geplante Vorhaben befindet sich im Stadtteil Kirchlinde der kreisfreien Stadt Dortmund, Regierungsbezirk Arnsberg im Land Nordrhein-Westfalen.

Der Bahnübergang (BÜ) „Zum Steigeturm“ liegt auf der Bahnstrecke 2210, Herne – Dortmund Hbf an der zweigleisigen, nicht elektrifizierten Hauptbahn im Bahn-km 16,060.

Der BÜ befindet sich nach gültigem Straßengesetz an einer öffentlichen genutzten Gemeindestraße und dient als innerörtliche Verbindungsstraße.

BÜ „Zum Steigeturm“

Beseitigung einer BÜSA km 16,0 – Zum Steigeturm

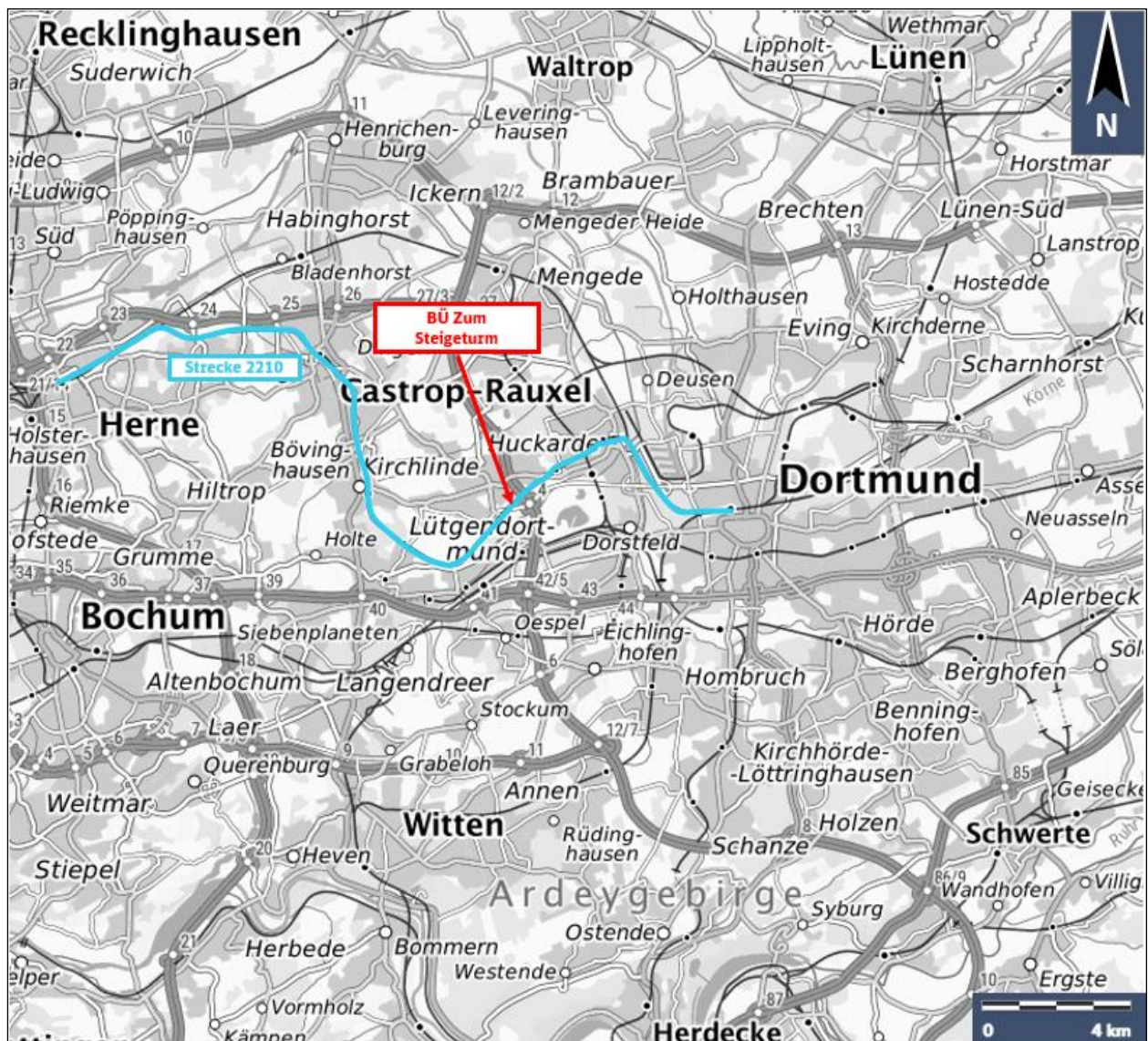


Abbildung 1: Großräumige Einordnung des BÜ „Zum Steigeturm“ und der Strecke 2210. Hintergrundkarte: (GEOportal.NRW, 2025).

1.3.1 Technische Darstellung des Vorhabens

Der BÜ „Zum Steigeturm“ befindet sich auf DB-eigenen Grundstücken und wird vollständig, inklusive aller Anlagen zurückgebaut.

Im Zuge der Maßnahme wird der Weg im Gleisbereich und bis ca. 6,0 m von der Gleisachse entfernt (DB InfraGO AG, 2025a).

1.3.1.1 Neu zu errichtende und zu ändernde Anlagen und Bauwerke

Zur Sicherung gegen unbefugtes Betreten der Bahnanlage werden Zäune nördlich und südlich des BÜ errichtet. Darüber hinaus werden die vorhandenen Böschungen über den BÜ-Bereich geschlossen und als Abschluss des verbleibenden Weges wird ein Hochbord eingebaut.

Die Entwässerung nach Rückbau des BÜ erfolgt wie im Bestand durch Versickerung in die tieferliegenden Flächen des Geländes. An vorhandenen Entwässerungseinrichtungen werden keine Änderungen geplant.

1.3.1.2 Rückbau von Anlagen oder Bauwerken

Die vorhandene BÜSA „Zum Steigeturm“ wird ersatzlos aufgelassen und die technischen Anlagen zur Sicherung des BÜ einschließlich Schranken, Rufsäulen und Bahnübergangsbelag sowie die Bedieneinheit im Stellwerk werden zurückgebaut. Die Gleiseindeckung in beiden Gleisen wird rückgebaut und entsorgt, die im BÜ-Bereich vorhandenen B70-Schwellen bleiben erhalten. Nach Rückbau der Gleiseindeckung werden die Gleise entsprechend profiliert und im Nachgang werden die Gleise gestopft.

Das vorhandene Betonschaltheus sowie die vorhandenen Innen- und Außen-50 Hz-Anlagen wird nach Inbetriebnahme des ESTW Zulaufstrecke Dortmund II zurückgebaut. Das Einspeisekabel wird beidseitig abgeklemmt und zurückgebaut.

Die nicht mehr erforderlichen Telekommunikation-Altanlagen werden zur Baufeldfreimachung zurückgebaut und ggf. vorhandene Kabelstiche ausgespleißt (DB InfraGO AG, 2025a).

1.3.2 Angaben zur Bauphase



Abbildung 2: Übersichtsplan des Vorhabens (DB InfraGO AG, 2025b).

Für die Beseitigung des Bahnüberganges sind keine Baustufen vorgesehen. Die Gesamtbauphase einschließlich aller Vor- und Nacharbeiten sowie aller Nebenleistungen wird auf ca. 1 Monat eingeschätzt, erstreckt sich jedoch von Anfang 2027 bis Ende 2027.

Bauverfahren

- Vollsperrung des BÜ ab Außerbetriebnahme der BÜ-Anlagen;

- Rückbau Andreaskreuze, Antriebe,
- Sperrung der Straße
- Straßenaufbruch, Rückbau Asphalt im Kreuzungsbereich
- Gleis stopfen nach Rückbau der Gleiseindeckung
- Böschungsherstellung (Profilierung) und Einbau des Zaunes
- Zu einem späteren Zeitpunkt Rückbau des Betonschalthauses

Die Freimachung der Flächen inklusive Gehölzrückschnitte erfolgt Anfang 2027.

Der Rückbau des BÜ „Zum Steigeturm“ erfolgt in der Sperrpause 16.07.2027 bis 30.07.2027 ausschließlich tagsüber. Der Rückbau des Betonschalthauses erfolgt danach in der Sperrpause vom 22.10. bis 05.11.2027.

Die Bauarbeiten sollen Ende 2027 abgeschlossen sein.

1.3.3 Relevante Wirkfaktoren

Unter Wirkfaktoren sind die stofflichen und nichtstofflichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter zu verstehen, welche zu signifikanten Veränderungen der (Teil-) Funktionen der Umwelt führen können. Diese werden weiterhin danach differenziert, ob sie durch die Baumaßnahmen, die Anlage selbst oder den Betrieb ausgelöst werden.

Nachfolgendes Kapitel gibt eine Zusammenfassung der vom Vorhaben ausgehenden relevanten Wirkfaktoren. Diese wirken, je nach Art der Ausprägung und der Bauweise in die Umgebung sowohl unmittelbar durch die direkte Beanspruchung als auch mittelbar durch eine funktionspezifische Beeinträchtigung.

Baubedingte Wirkungen

Diese Wirkfaktoren werden ausschließlich durch die Bautätigkeiten ausgelöst und treten temporär während der Bauphase auf. Auf den betroffenen Flächen kann nach Abschluss der Bauarbeiten i.d.R. die vorherige Nutzung wieder aufgenommen bzw. der Ausgangszustand wiederhergestellt werden. Die verursachten Schäden können je nach Wertigkeit oder Regenerationsfähigkeit des betroffenen Schutzgutes allerdings längere Zeit bestehen und somit erheblich sein.

In Tabelle 1 werden die baubedingten Wirkfaktoren des Vorhabens tabellarisch zusammengefasst.

Die baubedingten Wirkungen umfassen den Vorhabenort (Baufeld) und den darüber hinaus gehenden Einwirkungsbereich (BE-Flächen, Baustraßen, Technologief Flächen). Sie sind temporär, solange der Baustellenbetrieb anhält, d.h. sie erstrecken sich über die Vegetationsperiode 2027. Gehölzrückschnitte und die Baufeldfreimachung sollen bereits als bauvorbereitende Maßnahme ab Anfang 2027 beginnen.

Anlagebedingte Wirkungen

Die anlagebedingten Wirkfaktoren verursachen dauerhafte Beeinträchtigungen der jeweiligen Schutzgüter, da sie durch die Bauwerke selbst oder durch dauerhafte bauliche Veränderungen hervorgerufen werden. Für den Umfang der zu erwartenden Auswirkungen ist maßgeblich, was zusätzlich gegenüber dem derzeitigen Bestand errichtet wird. Die im Zusammenhang mit dem Vorhaben neu zu errichtenden Anlagen sind in Kapitel 1.3.1 aufgeführt.

Da es sich bei dem Vorhaben ausschließlich um eine Rückbaumaßnahme handelt, und durch die Schließung der Böschung eine Durchgängigkeit von Habitaten eher verbessert wird, sind anlagebedingte Wirkungen nicht zu erwarten. Der zum Schutz vor unbefugtem Betreten der Bahnanlagen zu errichtende Zaun wird aufgrund der geringen Größe ebenfalls keine Barrierewirkung darstellen.

Betriebsbedingte Wirkungen

Unter den betriebsbedingten Wirkungen werden solche Vorhabenwirkungen zusammengefasst, die aus dem Betrieb bzw. der Nutzung der geplanten Anlagen und Bauwerke resultieren. Es sind i.d.R. dauerhafte oder in mehr oder weniger regelmäßigen Intervallen auftretende Wirkungen. Die betriebsbedingten Wirkungen des Vorhabens ergeben sich dabei aus den gegenüber der gegenwärtigen Nutzung erhöhten Wirkungen. Für die Auflassung des BÜ Zum Steigeturm ergeben sich keine betriebsbedingten Wirkungen. Es kommt nicht zu einer Erhöhung oder Beschleunigung des Zugverkehrs im Bereich des BÜ. Niederschlagswasser kann wie im Bestand in der Fläche versickern. Aufgrund der geringen Fläche, die entsiegelt wird, ist nicht von einer Beeinflussung des Grundwasserstandes auszugehen. Auch zusätzliche Einträge von Pflanzenschutzmittel (PSM) sind nach Abschluss der Arbeiten nicht zu erwarten. Die geduldete Nutzung des BÜ durch das Befahren mit landwirtschaftlichen Kfz entfallen nach Auflassung des BÜ, sodass Betriebsbedingte Abgas- und Schadstoffemissionen im Bereich des BÜ eher abnehmen werden.

Tabelle 1: Relevante Wirkfaktoren für das Vorhaben „Auflassung BÜSA Zum Steigeturm“.

Wirkfaktor	Qualitative Dimension	Ggf. betroffene Schutzgüter (Prüfung erforderlich)
Baubedingt		
Flächeninanspruchnahme, Versiegelung	Für Baustelleneinrichtung	Fläche, Pflanzen, Boden, Wasser, Klima, Landschaft
Bodenbewegung, Bodenverdichtung	Beseitigung der Vegetation, oder/und (Teil-) Versiegelungen, Entsiegelung, Eingriff in den Boden	Boden, Wasser, Landschaft
Habitatverluste durch Bau- feldfreimachung	Verlust von (Teil-) Habitaten (Fortpflanzungs-, Ruhe- und Nahrungsstätten) durch Entfernung der Vegetation, Gehölzrückschnitte, Versiegelung und Rückbau von Gebäuden	Tiere
Schadstoffemissionen	Einbringen von Schadstoffen, Stäuben, Abwasser in den Boden oder ins Grundwasser; Akkumulation von Schadstoffen in Boden /Gewässer, z.B. durch Sanierung von Brücken	Boden, Wasser, Pflanzen, Tiere, Luft, Landschaft

Freisetzung von akkumulierten Schadstoffen /Altlasten	Potenzielle Gefahr u.a.- durch Umlagerung kontaminierter Schotter, Rückbau von asphaltierten Flächen	Boden, Wasser, Tiere
Entstehung von Abfall	Eintrag in Boden oder angrenzende Biotope	Boden, Pflanzen
Ableitung oder Versickerung von Niederschlagswasser von baubedingt versiegelten oder teilversiegelten Flächen	Veränderung GW-Neubildung, Beeinflussung von Biotopen Änderung der Standortbedingungen	Biotope, Boden, Wasser
Emissionen von Lärm und Erschütterungen	Durch den Einsatz der Baumaschinen und durch Baustellenverkehr kommt es zu lokalen Emissionen; Erschütterungen können bei Rammarbeiten auftreten	Tiere, Landschaft
Lichtemissionen	Lichtemissionen können auftreten, wenn die Bautätigkeit in den Morgen- und Abendstunden durchgeführt wird oder Nachtbaustellen eingerichtet werden	Tiere, Landschaft
Visuelle Beeinträchtigung	Verbunden mit der Bautätigkeit und dem Baustellenverkehr kommt es zu zusätzlichen Bewegungen von Fahrzeugen und Bauarbeitern	Tiere, Landschaft
Barrierewirkung/Flächenzerschneidung	Barrierewirkung zwischen Teilhabitaten durch Baustraßen sowie das Baufeld	Tiere (vor allem für bodenbewohnende Arten mit geringer Mobilität z.B. Reptilien, Amphibien)
Kollisionsrisiko	Kollisionsrisiko mit Baumaschinen und Transportfahrzeugen	Tiere

1.4 Abgrenzung des Untersuchungsraumes

Gemäß Handreichung zum Vollzug der BKompV kann ein Untersuchungsraum (UR) (vgl. § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BKompV und § 2 Abs. 11 UVPG) in folgende Bereiche aufgegliedert werden:

- Standort des Vorhabens: Bereich anlage- und baubedingter Flächeninanspruchnahme
- Einwirkungsbereich: Tatsächlicher Wirkbereich des Vorhabens (anlage-, bau- und betriebsbedingt)

- **Potenzieller Wirkbereich:** Für den Vorhabentyp (da der tatsächliche Wirkbereich noch nicht bekannt ist, ist der potenzielle Wirkbereich maßgeblich)
- **Kompensationsraum:** Raum zur Umsetzung des biotopwertbezogenen und des funktionsspezifischen Kompensationsbedarfs

Abgrenzung des Untersuchungsraumes (UR) erfolgt unter der Prämisse, alle erheblichen und/oder nachhaltigen Auswirkungen des geplanten Bauvorhabens auf den Naturhaushalt und auf das Landschaftsbild erfassen und bewerten zu können (biotopwert- und funktionsspezifischen entspr. § 7 BKompV). Daher ist die naturschutzfachliche Bedeutung sowie die Empfindlichkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes bei der Festlegung des UR zu berücksichtigen. Die gewählte Breite des Untersuchungsraumes orientiert sich an den Wirkdistanzen und Schutzräumen der jeweiligen Schutzgüter unter Berücksichtigung anerkannter Schutzabstände und Betroffenheiten.

Der UR umfasst die abgestimmte Planfeststellungsgrenze der technischen Planung, welche den Vorhabenort (Eingriffsraum), d.h. den unmittelbar durch das Bauvorhaben beanspruchten Baubereich und alle Bauflächen umfasst. Dazu zählen die Flächen, die für Baufeld, Baustraße und Baueinrichtungsfläche, Montage- und Lagerfläche benötigt werden. Die Lage der Flächen ist dem Bestands- und Konfliktplan (BuK) zu entnehmen.

Zur Beurteilung der über den Eingriffsbereich hinausgehenden bau-, anlage- und betriebsbedingten Wirkung des Vorhabens auf die Schutzgüter wird ein Wirkraum festgesetzt.

In der Tabelle 2 werden die spezifischen Radien entsprechend der fachgutachterlichen Einschätzung dargestellt.

Tabelle 2: Projektspezifische Untersuchungsräume der einzelnen Schutzgüter

Schutzgut	Abgrenzung des UR	Bemerkungen
Brutvögel	100 m	Datenabfrage, Ortsbegehung/Potenzialabschätzung vor Ort
Fledermäuse	100 m	Worst-Case Betrachtung, Höhlenbäume im Eingriffsbereich, Datenabfrage
Reptilien	Geeignete Habitate trassennah	Sichtbegehung und künstliche Verstecke, Datenabfrage
Amphibien	Geeignete Habitate trassennah, bei Wanderbewegungen bis zu 200 m zwischen einzelnen Teillebensräumen	Sichtbegehungen, Datenabfrage
Biotope / Pflanzen	50 m	Biotoptypenkartierung
Boden	100 – 200 m	Datenabfrage, Auswertung Baugrundgutachten/Geotechnischer Bericht, BoVEK
Wasser	100 – 200 m	Datenabfrage
Luft und Klima	500 m	Datenabfrage

Landschaftsbild	500 - 1.000 m	Ortsbegehung, Luftbild, Datenabfrage
------------------------	---------------	--------------------------------------

1.5 Daten und Methodik

Für die Beurteilung des Eingriffs bei Vorhaben in Verantwortung der Bundesverwaltung ist seit dem 03.06.2020 die Bundeskompensationsverordnung (BKompV) in Kraft, welche auch hier Anwendung findet. Hinsichtlich der methodischen Umsetzung wurde die Handreichung zum Vollzug der BKompV vom BfN und BMU (BfN & BMU, 2021) sowie die Fachinformation BKompV des EBA (EBA, 2022a) genutzt.

1.5.1 Prüfung der Voraussetzungen nach § 4 Abs. 3 Satz 1 BKompV

In § 4 Abs. 3 BKompV heißt es:

Die in der Anlage 1 Spalte 1 und 2 genannten Schutzgüter und Funktionen sind nur dann zu erfassen und zu bewerten, wenn sie von dem Vorhaben betroffen sein werden und wenn auf Grund einer fachlichen Einschätzung der zuständigen Behörde unter Beteiligung der für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörde nach überschlägiger Prüfung folgende Beeinträchtigungen zu erwarten sind:

1. bei den Schutzgütern Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Klima oder Luft eine erhebliche Beeinträchtigung besonderer Schwere,
2. beim Schutzgut Landschaftsbild mindestens eine erhebliche Beeinträchtigung.

Für das vorliegende Vorhaben können für keines der Schutzgüter Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden. Die Betrachtung erfolgt daher für alle Schutzgüter.

1.5.2 Angewandte Methodik Bestandserfassung

Biotope

Die Grundlage für die Biotoperfassung und die nachfolgenden Bewertungsschritte bildet die Liste der Biotoptypen und -werte in Anlage 2 der BKompV. Die hierfür erforderliche Kartieranleitung des Bundes steht seit 2025 zur Verfügung.

Je nach Zustand und Ausprägung des Biotops kann dieses begründet um bis zu drei Punkte auf- oder abgewertet werden (hierzu vgl. Handreichung zur BKompV und Hilfestellung für die gutachterliche Auf- und Abwertung von Biotopen (Anhang A.1 der Kartieranleitung der BKompV)).

Tiere

Die Bestandserfassung und -bewertung des Schutzguts Tiere erfolgt auf Basis aktueller Kartierungen sowie durch Auswertung vorhandener Daten der Behörden und der Abschätzung aus einer Ortsbegehung zur Potenzialanalyse. Die artspezifischen Quellen und Methodiken sind dem AFB zu entnehmen (DB E&C, 2025).

Pflanzen

Eine systematische Erfassung der Pflanzen erfolgte nicht. Einige wertgebende Arten wurden im Zuge der Biotopkartierung erfasst.

Boden

Für den Boden wurden die entsprechenden Datengrundlagen ausgewertet. Dazu gehört der technische Erläuterungsbericht (DB InfraGO AG, 2025a) sowie die Bodenkarte 1:50.000 von NRW (Geologischer Dienst NRW, 2025).

Wasser

Die Erfassung zum Schutzgut Wasser beruht auf den von der Landesbehörde bereitgestellten Fachdaten im ELWAS-Web (MUNV NRW, 2025).

Klima und Luft

Für das Schutzgut Klima/Luft wurden die entsprechenden Datengrundlagen aus dem Klimaatlas NRW des LANUK (LANUK, 2025) ausgewertet.

Landschaft

Für das Landschaftsbild wurden die entsprechenden Datengrundlagen ausgewertet sowie mehrere Begehungen vor Ort durchgeführt.

1.5.3 Angewandte Methodik Bestandsbewertung

Die Methodik der Bestandsbewertung erfolgte generell nach der BKompV. Fachgrundlagen und anerkannte Methoden unterstützen die Herleitung der Bestandsbewertung.

Die Biotoptypen werden nach Anlage 2 der BKompV und die Schutzgutfunktionen nach Anlage 1 der BKompV bewertet.

Die Handreichung zum Vollzug der BKompV vom BfN und BMU (BfN & BMU, 2021) bietet darüber hinaus Hinweise zur Anwendung und Umsetzung der BKompV.

1.5.4 Angewandte Methodik Konfliktanalyse

Der biotopwertbezogene und der funktionsspezifische Kompensationsbedarf werden gesondert ermittelt, da ersterer in Wertpunkten erfolgt, letzterer verbal-argumentativ abgeleitet wird.

Für die Biotope wird zwischen unmittelbaren und mittelbaren Beeinträchtigungen unterschieden. Diese ergeben den biotopwertbezogenen Kompensationsbedarf. Die biotopwertbezogene Kompensation ist ab einer erheblichen Beeinträchtigung durchzuführen. „Zur Bewertung der zu erwartenden unvermeidbaren Beeinträchtigungen sind die Wirkungen des Vorhabens auf die erfassten und bewerteten Biotope zu ermitteln und im Hinblick auf ihre Stärke, Dauer und Reichweite den Stufen „gering“, „mittel“ und „hoch“ zuzuordnen. Anschließend ist anhand der Anlage 3 festzustellen, ob die einzelnen zu erwartenden Beeinträchtigungen für das jeweilige Biotop als nicht erheblich, erheblich oder erheblich mit besonderer Schwere einzustufen sind“ (vgl. § 5 Abs. 3 BKompV).

Die Grundlage für die Bewertung der Erheblichkeit des Vorhabens sowie für die Eingriffsbilanzierung bildet die Einschätzung der Stärke, Dauer und Reichweite der vorhabenbedingten Wirkungen (gem. Anlage 3 BKompV). Unter Berücksichtigung der bereits festgestellten Werte (Biotopwert) erfolgt eine Prognose der Schwere des Eingriffs (Erheblichkeitsstufe). Die dreiteilige Gliederung unterscheidet zwischen keinen, erheblichen und erheblichen Beeinträchtigungen besonderer Schwere.

Liegen keine erheblichen Beeinträchtigungen vor, sind die betroffenen Biotope und Schutzgüter laut BKompV Anlage 3 nicht weiter zu beachten.

Biotope, deren Beeinträchtigung mindestens ein „eB“ hervorruft, sind zu bilanzieren. Dazu wird die Differenz des jeweiligen Wertes eines Biotops vor und nach dem Eingriff berechnet und mit der Fläche multipliziert. Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, wie die Wiederherstellung temporär beanspruchter Flächen, werden bei der Festlegung des Zielwertes berücksichtigt.

Der funktionsspezifische Kompensationsbedarf wird nach Anlage 3 der BKompV ermittelt. Die Matrix setzt die Bedeutung der jeweiligen Funktion des Schutzgutes (Ausprägung unterteilt in 6 Wertstufen) ins Verhältnis zu Stärke, Dauer und Reichweite der Vorhabenwirkung. Daraus wird die Schwere der Beeinträchtigung abgeleitet und der jeweilige Kompensationsbedarf verbal-argumentativ ermittelt und begründet. Maßnahmen zum Schutz, zur Vermeidung bzw. zur Verminderung der Wirkungsstärke des Vorhabens werden bei der Ermittlung der Schwere der Wirkung berücksichtigt.

Ein Kompensationserfordernis besteht daher nur, wenn für eine Schutzgutfunktion eine erhebliche Beeinträchtigung besonderer Schwere (eBS) erwartet wird, bzw. beim Schutzgut Landschaftsbild eine erhebliche Beeinträchtigung (eB) prognostiziert wird.

Sollte dies nicht der Fall sein, ist keine Erfassung und Bewertung einzelner Funktionen für die jeweiligen Schutzgüter erforderlich (vgl. Kap. 1.4.1).

Tabelle 3: Feststellung der Erheblichkeit der Beeinträchtigungen (gem. Anl. 3 BKompV)

Bedeutung der Funktion des Schutzgutes nach Wertstufen	Schwere der vorhabenbezogenen Wirkungen		
	I Gering	II Mittel	III Hoch
Sehr gering	-	-	-
Gering	-	-	eB
Mittel	-	eB	eB
Hoch	eB	eB	eBS
Sehr hoch	eB	eBS	eBS
Hervorragend	eBS	eBS	eBS
- keine erhebliche Beeinträchtigung eB erhebliche Beeinträchtigung eBS erhebliche Beeinträchtigung besonderer Schwere			

Außerdem sollten Angaben gemacht werden zur Beeinträchtigung von:

- Gesetzlich geschützten Biotopen
- FFH-Lebensraumtypen
- Waldflächen im Sinne des Waldgesetzes

- Sonstigen geschützten Landschaftsbestandteilen, insbesondere Alleen, Baumreihen, Einzelbäume

1.5.5 Angewandte Methodik der Maßnahmenherleitung

Für die Ableitung der biotopwertbezogenen und funktionsspezifischen Realkompensation ist ein Gesamtkonzept der Maßnahmenplanung gem. BKompV zu erarbeiten.

Im Gesamtkonzept sind sowohl die Vermeidungsmaßnahmen als auch die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu entwickeln und zu beschreiben. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen müssen im gleichen Naturraum liegen.

Die geplanten Kompensationsmaßnahmen sind grundsätzlich multifunktional (für mehrere Schutzgüter geltend) und ggf. multiinstrumentell zu planen (§ 2 Abs. 4 BKompV). Multiinstrumentell bedeutet, dass Maßnahmenanforderungen aus dem BNatSchG oder anderen Fachrechten in das Gesamtkonzept zu integrieren sind.

1.5.6 Daten und Informationsgrundlagen der Schutzgüter

Die abgefragten Fachinformationen sind im jeweiligen Kapitel dargestellt und im Quellenverzeichnis belegt.

1.6 Übergeordnete Planungen und besonders geschützte Bereiche

1.6.1 Raumplanung, Fachplanung, Landschaftsplanung

1.6.1.1 Raumplanung

Bebauungsplan

Nordwestlich des BÜ „Zum Steigeturm“ gilt der rechtskräftige Bebauungsplan Hu 115/2 Littgenloh der Stadt Dortmund (Stadt Dortmund, 1991). Die von Nordwesten an den BÜ anschließende Straße ist als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung festgelegt (Abbildung 3). Parallel zur Gleistrasse verlaufen bahnlinks Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft, nordöstlich befindet sich eine größere öffentliche Grünfläche. In einiger Entfernung Nordwestlich liegt ein allgemeines Wohngebiet.

Es befinden sich keine weiteren Bebauungspläne im Einwirkungsbereich des Vorhabens (Stadt Dortmund, 2025).

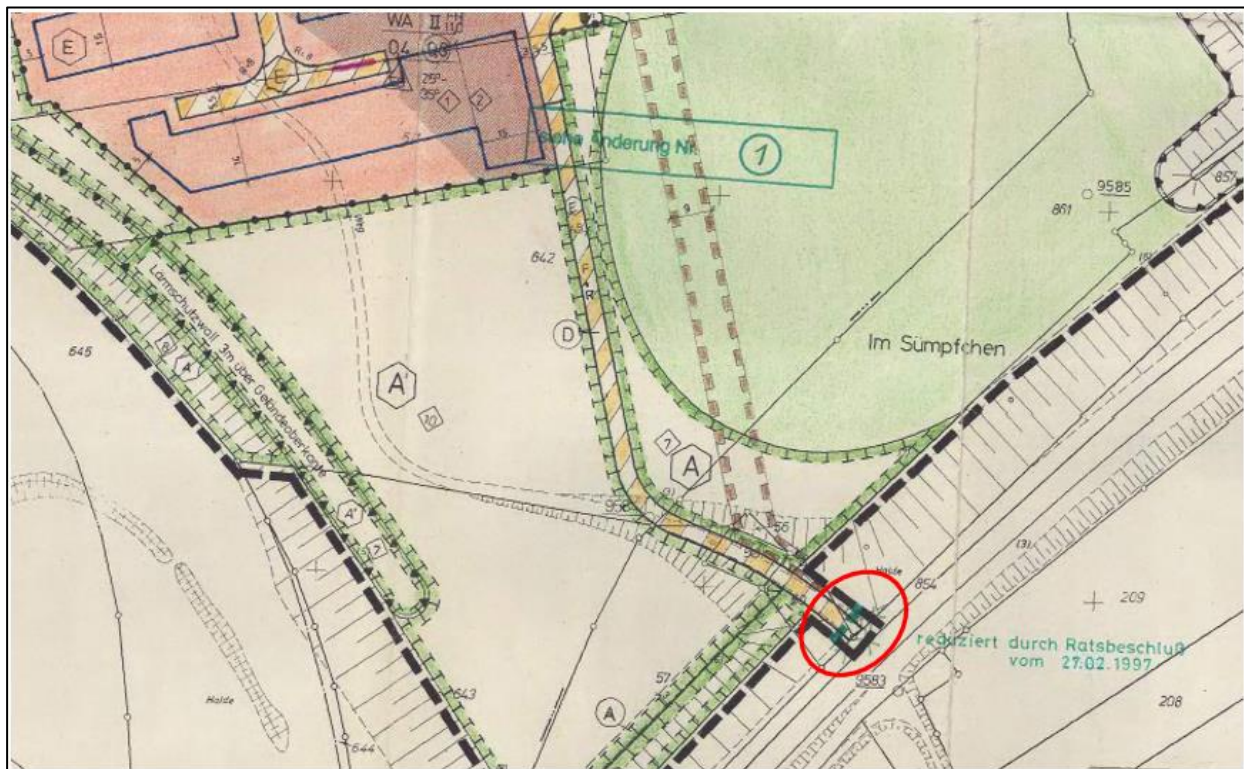


Abbildung 3: Auszug aus dem Bebauungsplan Hu 115/2 Littgenloh der Stadt Dortmund im Bereich des Vorhabens (Maßstab 1:1000). Der Eingriffsbereich ist rot umkreist. In hellgrün sind öffentliche Grünflächen, in grüner Umgrenzung Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft und gelb straffiert Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung dargestellt. Die roten Flächen kennzeichnen ein Allgemeines Wohngebiet (Stadt Dortmund, 1991).

1.6.1.2 Fach- und Landschaftsplanung

Flächennutzungsplan

Das Vorhaben befindet sich im Bereich des Flächennutzungsplans der Stadt Dortmund (Stadt Dortmund, 2004). Der BÜ befindet sich auf Schienenverkehrsweg (Abbildung 4). Im Süden des BÜs grenzt Waldfläche, deckungsgleich mit einem Landschaftsschutzgebiet, an. Im Norden der Eingriffsflächen befindet sich eine Grünfläche mit einer Dauerkleingartenanlage. In der weiteren Umgebung befinden sich im Bereich des Autobahnkreuz 4 „Dortmund-Hafen“ Flächen für überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen, außerdem im Norden, Nordosten und Nordwesten Wohn- und Gewerbegebiete (Abbildung 4).

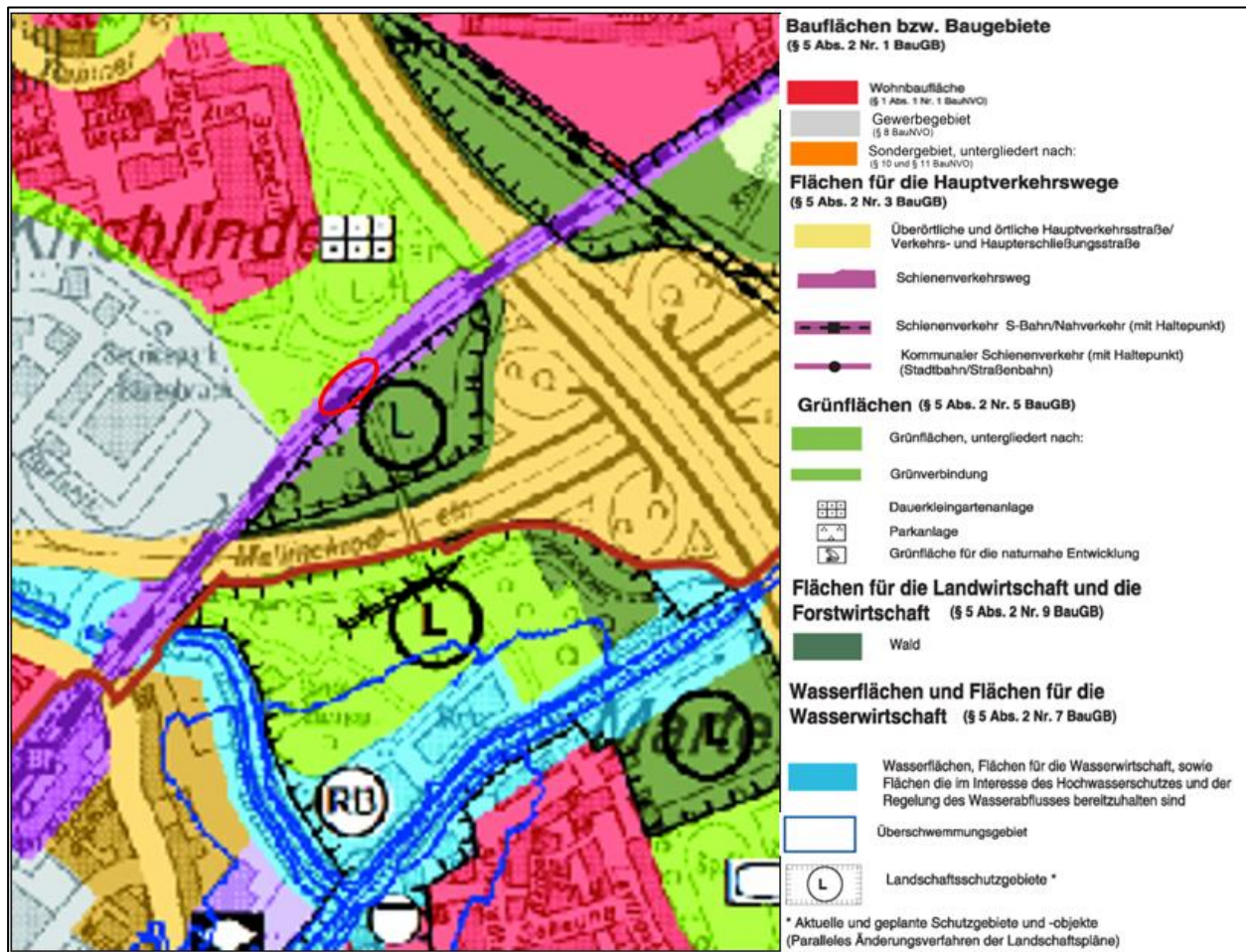


Abbildung 4: Auszug aus dem Flächennutzungsplan der Stadt Dortmund im Vorhabensgebiet. Der Eingriffsbereich ist rot umkreist (Stadt Dortmund, 2004).

Landschaftsplan

Im Bereich des Vorhabens gilt der Landschaftsplan der Stadt Dortmund (Stadt Dortmund, 2020c). Dieser setzt bahnrechts des BÜ Zum Steigeturm, mit Fortsetzung auf der östlichen Seite des Autobahnkreuz Dortmund-Hafen sowie südlich der Mallinckrodtstraße, das Landschaftsschutzgebiet (LSG) Nr. 21 „Marten-Rahm-Wischlingen“ (In der Karte L-21, Abbildung 5 links) fest. Gebote, Verbote und Schutzzwecke des LSG werden in Kapitel 1.6.4.1 im Detail abgehandelt.

Im Vorhabensbereich gilt das Entwicklungsziel 4: Ausstattung der Landschaft für Zwecke des Immissionsschutzes (Abbildung 5). Dies beinhaltet die folgenden allgemeinen Ziele der Landschaftsentwicklung:

- „Pflege und Ergänzung bestehender technischer Immissionsschutzvorkehrungen zur Minderung von Umweltbeeinträchtigungen
- Erhalt bzw. Einbindung technischer Strukturelemente in die Landschaft;
- Erhaltung von Wald, von Schutzpflanzungen und sonstigen Gehölzen zur Minderung von Umweltbeeinträchtigungen;

- Ausstattung der Landschaft zum Zwecke des Immissionsschutzes mit landschaftsgerechten Anpflanzungen und - soweit eine Erhöhung der Schutzwirkung erforderlich ist - zusätzlich mit Lärmschutzwällen und/oder -wänden;
- Bepflanzung unrentabler bzw. aufgegebenen landwirtschaftlicher Flächen; - Erhaltung, Pflege und teilweise Erweiterung bereits vorhandener Immissionsschutzpflanzungen bzw. Gehölzstrukturen.“

(Stadt Dortmund, 2020c).

Es handelt sich um den Entwicklungsraum 4.11 „Immissionsband an der Mallinckrodtstraße (OW III a) zwischen Bärenbruch und S-Bahn mit Autobahnkreuz Dortmund-Hafen“. Für diesen Bereich ist die Erhaltung und Pflege der verkehrsbegleitenden Gehölze spezielles raumbezogenes Entwicklungsziel (Stadt Dortmund, 2020c). Aufgrund der Art und Weise des Vorhabens (keine bzw. nur geringe Vegetationsentfernung sowie Wiederherstellen der Flächen im Anschluss) ist von einer Beeinträchtigung der Entwicklungsziele nicht auszugehen.

Bahnlinks schließt sich das Entwicklungsziel 1: Unterhaltung an. Dies beinhaltet allgemein die „Erhaltung einer mit naturnahen Lebensräumen oder sonstigen natürlichen Landschaftselementen reich oder vielfältig ausgestatteten Landschaft als Lebensraum für die landschaftstypischen Tier- und Pflanzenarten / Erhaltung einer gewachsenen Kulturlandschaft mit ihren biologischen und kulturhistorischen Besonderheiten“. Es handelt sich um den Entwicklungsraum 1.52: „Bärenbruch und Littgenloh“. Für diesen Bereich sind die Erhaltung des Waldes und der Gebüsche unter Bevorzugung der natürlichen Sukzession, die bedarfsweise Pflege der Hochstaudenfluren und Wiesen zum Offenhalten des Geländes sowie die Erhaltung eines ruhigen Gebietes spezielle raumbezogene Entwicklungsziele (Stadt Dortmund, 2020c). Aufgrund der Art und Weise des Vorhabens (keine bzw. nur geringe Vegetationsentfernung sowie Wiederherstellen der Flächen im Anschluss) ist von einer Beeinträchtigung der Entwicklungsziele nicht auszugehen.

Der Eingriffsbereich ist außerdem durch eine Biotopverbundfläche abgedeckt (Abbildung 5 rechts). Diese wird in Kapitel 1.6.4.3 im Detail betrachtet.

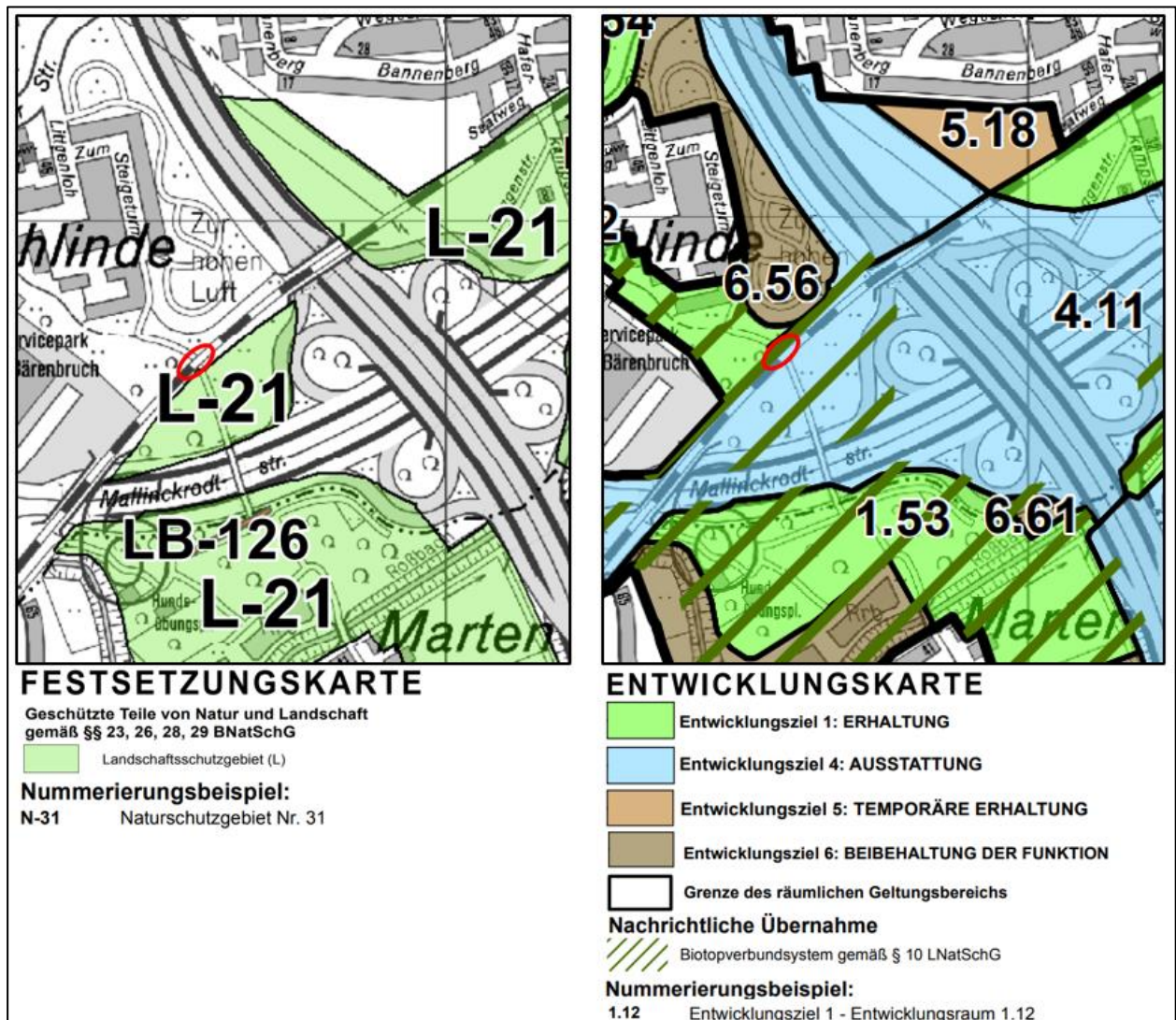


Abbildung 5: Auszug aus der Festsetzungs- (links (Stadt Dortmund, 2020a) und der Entwicklungskarte (rechts (Stadt Dortmund, 2020b) des Landschaftsplans der Stadt Dortmund im Vorhabengebiet. Der Eingriffsbereich ist rot umkreist.

1.6.2 Natura 2000-Gebiete

Es befinden sich keine FFH- oder Vogelschutzgebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens.

1.6.3 Gesetzlich geschützte Biotope

Es befinden sich keine gesetzlich geschützten Biotope im Einwirkungsbereich des Vorhabens.

1.6.4 Geschützte Teile von Natur und Landschaft

1.6.4.1 Landschaftsschutzgebiete

Im Vorhabenbereich befindet sich bahnrechts der Bahntrasse, südlich des BÜs „Zum Steigeturm“, in einer Entfernung von etwa 10 m das Landschaftsschutzgebiet „LSG Marten - Rahm - Wischlingen“ (Kennung LSG-DO-00028, Nr. 21 im Landschaftsplan Dortmund). Damit liegt es direkt angrenzend an den Eingriffsbereich (Abbildung 6).

Im Folgenden werden die Schutzzwecke, Gebote und Verbote des Landschaftsschutzgebiets dargestellt sowie Betroffenheiten durch das Vorhaben erörtert.

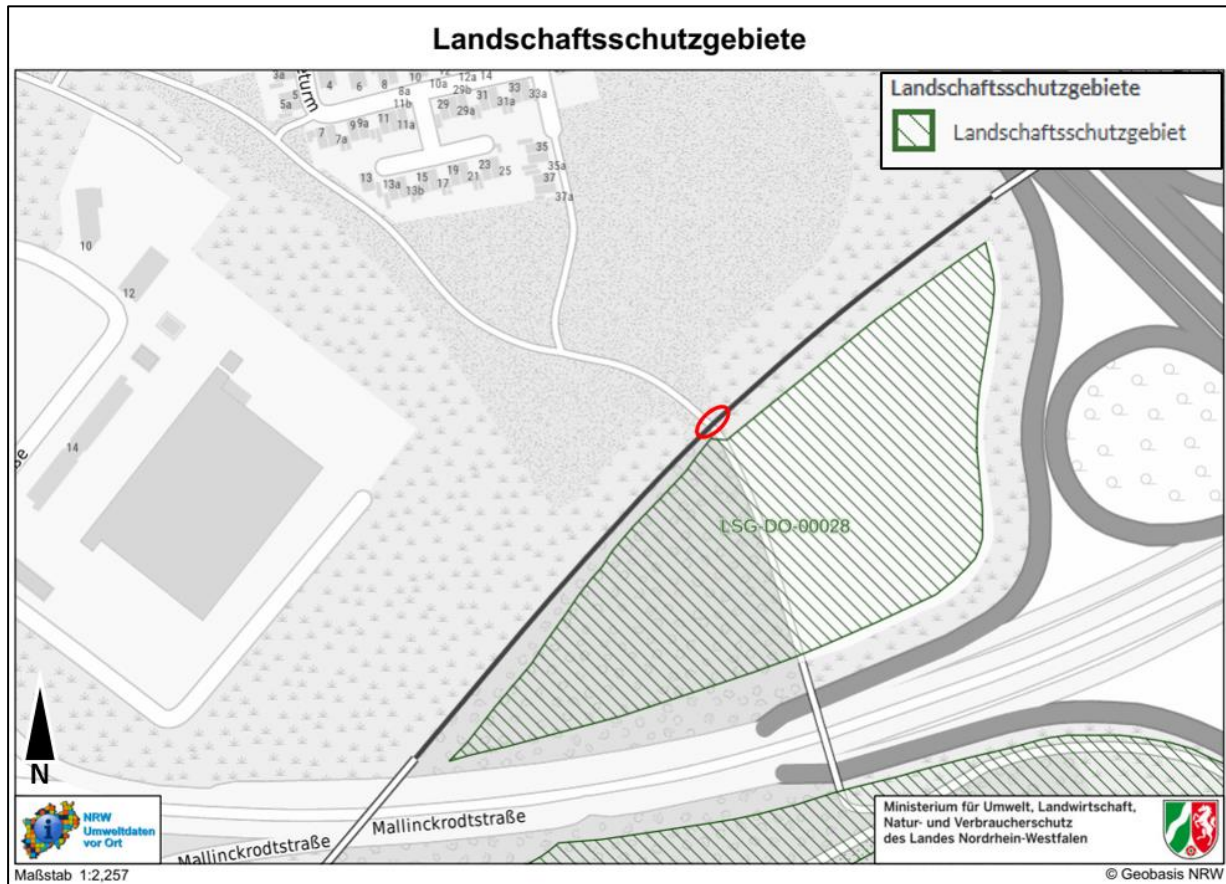


Abbildung 6: Landschaftsschutzgebiete im Umfeld des Vorhabens. Die Eingriffsbereiche sind rot umkreist (MUNV NRW, 2025).

Schutzzwecke

Die Festsetzung als Landschaftsschutzgebiet ist nach § 26 BNatSchG erforderlich, insbesondere

- zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, insbesondere der Wäldchen, der feuchten Hochstaudenfluren und der Kleingewässer mitsamt der Ufervegetation,
- als Refugialraum sowie als Ergänzungsraum und Pufferzone für das angrenzende Naturschutzgebiet Hallerey,
- Entwicklung naturnaher Bachläufe im Siedlungsbereich als lineares Vernetzungselement,
- wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes in Teilbereichen (Olleroh-Wäldchen),
- als Puffer zwischen verkehrsreichen Straßen und den Wohnsiedlungen,
- wegen seiner Bedeutung für die Erholung in Teilbereichen (Olleroh-Wäldchen) (Stadt Dortmund, 2020c).

Verbote und Gebote

Allgemein sind nach § 26 Abs. 2 BNatSchG alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen. Verboten ist im LSG Nr. 21 insbesondere (Die Darstellung erfolgt für eine bessere Übersicht in zusammengefasster Form; für das Vorhaben nicht relevante Verbote werden nicht aufgeführt. Die vollständigen Verbote sind der textlichen Festsetzung des Landschaftsplan Dortmund zu entnehmen (Stadt Dortmund, 2020c)):

1. Bäume ab einem Stammumfang von 80 cm (gemessen in 1,00 m Höhe über dem Erdboden, bei mehrstämmigen Bäumen gilt die Summe der einzelnen Stämmlinge), Obstbaumwiesen und -reihen, Hecken, Waldränder, Feld- und Ufergehölze zu beseitigen, zu schädigen oder auf andere Weise in ihrem Wachstum zu beeinträchtigen; unberührt bleiben
 - Maßnahmen im Rahmen der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft auf der Grundlage der in § 5 Abs. 3 BNatSchG genannten Grundsätze;
 - die manuelle Beseitigung bzw. das Zurückdrängen invasiver Neophyten;
 - die fachgerechte Pflege von Bäumen, Kopfbäumen und Hecken in der Zeit vom 1. Oktober eines jeden Jahres bis zum 28. Februar des Folgejahres sowie die fachgerechte Pflege von Obstbäumen;
 - die Entnahme und der Rückschnitt von Gehölzen im Rahmen der Verkehrssicherung von Straßen, Schienen und Wegen sowie der Verkehrssicherung von Leitungen und Anlagen für die Telekommunikation oder die Ver- und Entsorgung;
 - erforderliche Maßnahmen der Gewässerunterhaltung mit Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde;
2. Bäume, Sträucher, sonstige Pflanzen oder entwicklungsfähige Pflanzenteile einzubringen; unberührt bleiben Maßnahmen
 - im Rahmen der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen auf der Grundlage der in § 5 Abs. 2 BNatSchG genannten Grundsätze der guten fachlichen Praxis;
 - im Rahmen der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft auf der Grundlage der in § 5 Abs. 3 BNatSchG genannten Grundsätze;
 - in Hausgärten, sofern dies dem Schutzzweck nicht entgegensteht;
 - die dem Schutzzweck des betreffenden Landschaftsschutzgebietes dienen mit Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde (z. B. Wiederansiedlung von Pflanzen);
3. wildlebende Tiere einschließlich ihrer Entwicklungsformen wie Puppen, Larven, Eier zu fangen oder zu entnehmen, zu töten, zu verletzen bzw. zu beschädigen oder sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen sowie ihre Brut- und Lebensstätten zu entnehmen oder zu beschädigen;
unberührt bleiben
 - die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd, der Jagdaufsicht, des Jagdschutzes sowie die Ausbildung brauchbarer Jagdhunde;
 - die Bekämpfung von Bisam und Nutria mit der Waffe durch jagdausübungsberechtigte Personen unter Beachtung der gebietsspezifischen Ge- und Verbote;
 - die ordnungsgemäße Ausübung der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft und des Gartenbaus im Rahmen der guten fachlichen Praxis;

[...]

6. Stoffe oder Gegenstände, die das Landschaftsbild oder den Naturhaushalt gefährden oder beeinträchtigen können, insbesondere Chemikalien, Schutt, Baustoffe, Gartenabfälle, feste oder flüssige Abfallstoffe außerhalb von Gebäuden, Hofstellen und privaten Gärten zu lagern, in den Boden ein- oder auf den Boden aufzubringen, ins Gewässer oder in das Grundwasser einzuleiten oder sich ihrer in anderer Weise zu entledigen;
unberührt bleiben
-die vorübergehende Ablagerung von Stoffen und Gegenständen an Uferrändern, die bei Maßnahmen der Gewässerunterhaltung anfallen;
-eine zeitlich begrenzte Lagerung (max. drei Monate) von Baustoffen außerhalb von Säumen, Wegerandstreifen und Traufbereichen von Gehölzen bei Baumaßnahmen in unmittelbarer räumlicher Nähe mit Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde;
[...]
8. Dauergrünland, Dauergrünlandbrachen, Wiesen, Weiden, Riede, Röhrichte oder Raine
-umzubrechen oder in eine andere Nutzungsart umzuwandeln;
-welche gemäß § 30 BNatSchG gesetzlich geschützt sind (gesetzlich geschützte Biotope) nachzusäen bzw. auf diesen Flächen Pflegeumbrüche vorzunehmen;
unberührt von den Verboten bleiben
-Pflegeumbrüche auf Flächen, welche nicht gemäß § 30 BNatSchG gesetzlich geschützt sind;
-die Wiederaufnahme einer rechtmäßigen Nutzung nach Ablauf von vertraglichen Verpflichtungen aus dem Stilllegungsprogramm bzw. nach Ablauf der Verpflichtungen aus Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM);
[...]
11. Aufschüttungen, Abgrabungen, Verfüllungen, Ausschachtungen oder Sprengungen vorzunehmen sowie die Oberflächengestalt des Bodens durch anderweitige Eingriffe zu verändern,
unberührt bleibt
-die Ausbesserung oder Sanierung von Straßen, Bürgersteigen und Wegen;
-die Anlage von Rückewegen und -gassen ohne Befestigung im Rahmen der forstlichen Nutzung;
-das Aufbringen von Bodenmaterial im üblichen Umfang zur gärtnerischen Nutzung in Hausgärten;
12. unter- und oberirdische Versorgungs- oder Entsorgungsleitungen einschließlich Fernmeldeeinrichtungen zu verlegen oder zu ändern;
unberührt bleibt die saisonale, oberirdische Verlegung von Versorgungsleitungen, die der Bewirtschaftung von Flächen der Land- und Forstwirtschaft sowie des Gartenbaus dienen;
13. bauliche Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 in Verbindung mit § 3 der Landesbauordnung NRW, Verkehrsanlagen sowie Anlagen, die der Aufsicht der Bergbehörde unterliegen, zu errichten, äußerlich zu verändern oder deren Nutzung zu ändern, auch wenn dafür keine Genehmigung oder Anzeige erforderlich ist; unberührt bleiben

- die Errichtung von Art und Größe ortsüblichen Forstkultur- und Weidezäunen;
- die Errichtung offener Melkstände, offener und mobiler Schutzhütten für das Weidevieh;
- die Errichtung von Ansitzleitern und Jagdhochsitzen (geschlossene Kanzeln);
- die Einfriedungen der Vorfluter mit den dazugehörigen Einrichtungen mit Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde;

Hinweis: Für Bauvorhaben im Sinne von § 35 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung kann die untere Naturschutzbehörde auf Antrag eine Ausnahme erteilen, wenn sich ein Bauvorhaben nach Standort, Größe und Gestaltung in die Landschaft einfügt und dem besonderen Schutzzweck nicht entgegensteht;

Erläuterung:

Zu den baulichen Anlagen nach Landesbauordnung zählen u. a.:

- Straßen und Wege,
- Lager-, Abstell- und Ausstellungsplätze,
- Camping- und Wochenendplätze,
- Freizeit-, Erholungs- und Sporteinrichtungen aller Art,
- Stellplätze für Kraftfahrzeuge,
- Landungs-, Boots- und Angelstege,
- am Ufer oder auf dem Grund eines Gewässers verankerte Fischzuchtanlagen sowie Wohn- und Hausboote,
- Zäune und andere aus Baustoffen oder Bauteilen hergestellte Einfriedungen;

[...]

15. Werbeanlagen, Werbemittel oder sonstige Beschilderungen und Beschriftungen zu errichten, anzubringen oder zu ändern, soweit es sich nicht um Werbeanlagen an der Stätte der Leistung handelt oder aber um Beschilderungen, die ausschließlich die Schutzausweisungen betreffen, rechtmäßige Ver- und Gebotshinweise beinhalten oder als Ortshinweise, Wegweiser oder Warntafeln dienen; [...]
16. außerhalb der für den öffentlichen Kraftfahrzeugverkehr zugelassenen Flächen (Straßen) sowie der eingerichteten Park- und Stellplätze ein Kraftfahrzeug oder Fahrzeug zu führen oder abzustellen;

unberührt bleiben das Führen und Abstellen von Kraftfahrzeugen im Rahmen

- ordnungsgemäßer land-, forst-, fischereiwirtschaftlicher und jagdlicher sowie gartenbaulicher Tätigkeit;
- wasserwirtschaftlicher Maßnahmen;
- der Unterhaltung öffentlicher Versorgungsanlagen;
- behördlicher Überwachungsaufgaben;

[...]

Des Weiteren gelten folgende allgemeine Gebote:

1. Maßnahmen des Gewässeraus- und umbaus sind im Einzelfall in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde festzulegen;
2. Landschaftselemente und -strukturen wie Feuchtbiotope, Kleingewässer, Hecken, Kopfbäume, Baumreihen und ortsbildprägende Einzelbäume sind zu erhalten und im Sinne des Artenschutzes zu pflegen.

In dem LSG gelten keine zusätzlichen Verbote oder Gebote.

Betroffenheiten der LSG durch das Vorhaben

Da das Vorhaben den Bereich des LSG tangiert, wird im Zuge der Baumaßnahme im Bereich des LSG Nr. 21 voraussichtlich gegen die Verbote 1, 2, 3 und 11 verstoßen. Die entsprechende Formulierung für die Ausnahmegenehmigung findet sich in Kapitel 3.8.1. Um einen Verstoß gegen das Verbot 6 zu vermeiden, sind ggf. zu lagernde gefährliche Gegenstände und Stoffe ausschließlich außerhalb des LSG zu lagern, und nach den gängigen Richtlinien und Normen sorgfältig zu sichern.

1.6.4.2 Naturschutzgebiete

Es befinden sich keine Naturschutzgebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens.

1.6.4.3 Biotop-Verbundflächen

Der Vorhabenbereich liegt innerhalb der Biotopverbundfläche VB-A-4410-103 „Bachsysteme und Gewerbe- und Industriebrachen von Kirchlinde bis Kley“. Es handelt sich um eine Fläche besonderer Bedeutung als Verbindungs-, Ergänzungs- und Entwicklungsbereich des Biotopverbundes NRW. Schutzziel ist der Erhalt der naturnahen Siepentälchen mit ihren Bachläufen und bodenständigen Feldgehölzen in dem vorwiegend agrarisch genutzten Regionalen Grünzug und der Erhalt vielfältig strukturierter Industriebrachen. Weiterhin ist als Entwicklungsziel die Entwicklung naturnaher Bachläufe im Siedlungsbereich als lineares Vernetzungselement und die Entwicklung der Brachflächen zu altersheterogenen Beständen sowie die Anlage von Pufferzonen entlang von Fließgewässern. Verbundschwerpunkt sind Aue-Gewässer (MUNV NRW, 2025).

Eine mögliche Beeinträchtigung wird in Kapitel 3.8.2 betrachtet.

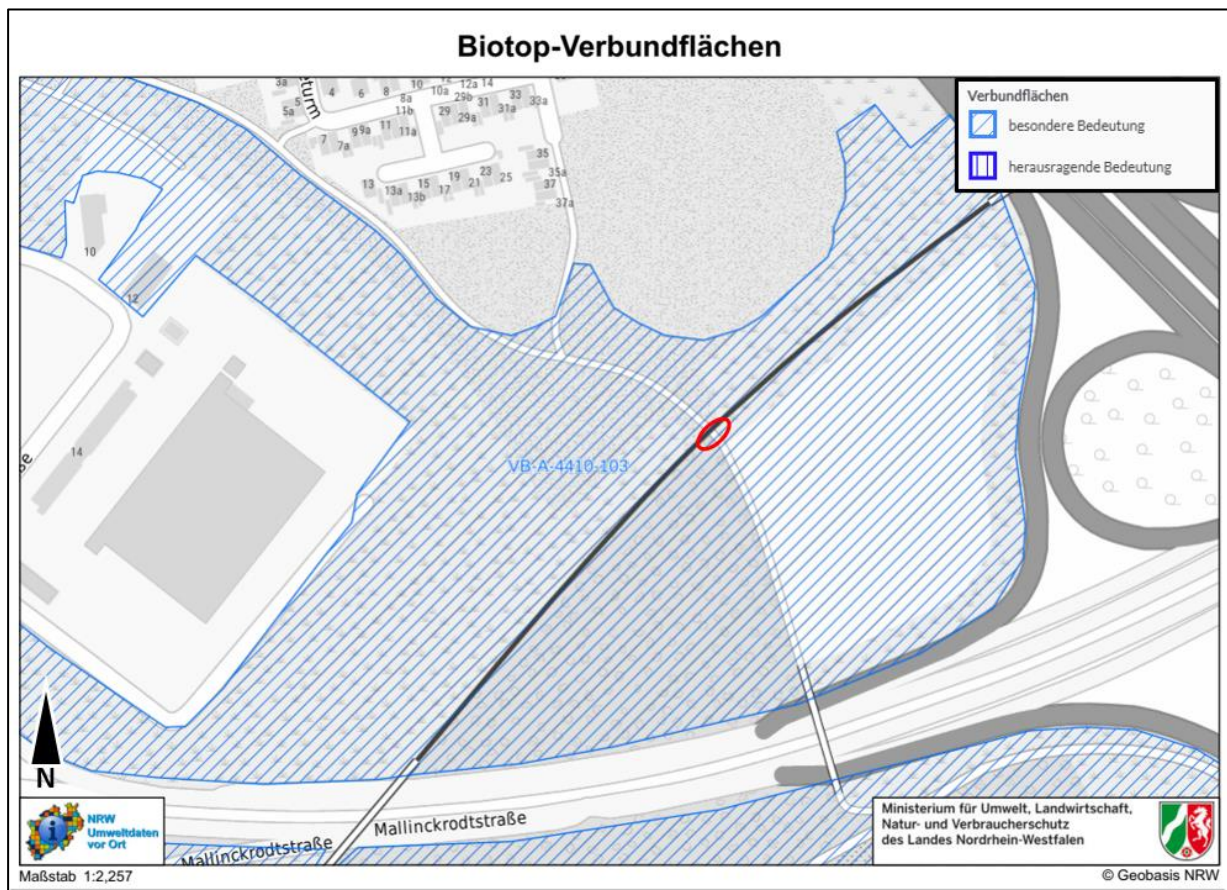


Abbildung 7: Biotop-Verbundflächen im Vorhabengebiet. Der Eingriffsbereich ist rot markiert (MUNV NRW, 2025).

2 Erfassung und Bewertung des vorhandenen Zustandes

2.1 Biotope

Die Biotope im Vorhabenbereich wurden in einem Umkreis von 50 m im Rahmen einer Biotoptypenkartierung gemäß Kartieranleitung der BKompV (Tschiche, et al., 2025) am 12.05.2025 erfasst. Die Biotoptypen im Umfeld des Vorhabens sind in Tabelle 4 mit ihrer Wertigkeit und Funktionsbedeutung aufgelistet.

Tabelle 4: Biotope im Untersuchungsraum (untergliedert nach Kategorien) und ihre Bewertung nach BKompV

Biotop Code nach BKompV	Biotoptyp	WP BKompV	Zu- und Abschläge	Bedeutung der Funktion BKompV
39.06.01	Trocken-warme Ruderalstandorte auf Sand-, Kies- und Schotterböden	16	-	hoch
39.03.01b	Krautige und grasige Säume und Fluren der offenen Landschaft (ohne Ufersäume und Grünlandbrachen) – Frischer bis nasser Standorte mit wertgebenden Merkmalen z. B. struktur- oder artenreich	16	-	hoch
35.02.03a.02	Sonstiges extensives Feucht- und Nassgrünland – Brachgefallen	16	-	hoch
35.02.03a.02	Sonstiges extensives Feucht- und Nassgrünland – Brachgefallen	16	-	Hoch
41.05aM	Einzelbäume, Baumreihen und Baumgruppen aus überwiegend autochtonen Arten – Mittlere Ausprägung	15	-	Mittel
38.02.02	Schilf-Landröhricht	15	-	Mittel
41.02.02M	Feldgehölz frischer Standorte – Mittlere Ausprägung	14	-	Mittel
43.09M	Laub(misch)holzforste einheimischer Baumarten – Mittlere Ausprägung	13	-	Mittel
41.01.04.02	Sonstiges Gebüsch frischer Standorte	13	-	Mittel
42.02	Rubus-Gestrüppe und -Vormäntel	12	-	Mittel
39.06.03	Frische bis nasse Ruderalstandorte	12	-	Mittel
51.08a.01	Kleingartenanlagen, Grabeland, Gärten und private Grünflächen, strukturreich	11	-	Mittel

41.05bM	Einzelbäume, Baumreihen und Baumgruppen aus überwiegend nicht autochthonen Arten (mit Ausnahme von Kopfbäumen, Alleen, Obst- und Nussbäumen) – Mittlere Ausprägung/– Mit Überhängern mittlerer Ausprägung	11	-	Mittel
41.05aJ	Einzelbäume, Baumreihen und Baumgruppen aus überwiegend autochthonen Arten – Junge Ausprägung	11	-	Mittel
52.02.06	Unbefestigter Weg	10	-	Mittel
34.08.03	Artenarme, frische Grünlandbrache	9	-	Gering
41.05bJ	Einzelbäume, Baumreihen und Baumgruppen aus überwiegend nicht autochthonen Arten (mit Ausnahme von Kopfbäumen, Alleen, Obst- und Nussbäumen) – Junge Ausprägung/– Ohne Überhängern sowie Schnitthecken	8	-	Gering
39.03.02	Sonstige krautige und grasige Säume und Fluren der offenen Landschaft	8	-	Gering
51.08a.02	Kleingartenanlagen, Grabeland, Gärten und private Grünflächen, strukturarm	7	-	Gering
39.05	Neophyten-Staudenfluren	7	-	Gering
33.04a.03	Äcker und Ackerbrache auf Lehm- oder Tonboden – Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Lehm- oder Tonboden)	6	-	Gering
53.01.03c	Einzel- und Reihenhausbauung inkl. typischen Freiräumen – Verdichtetes Einzel- und Reihenhausbauungsbereich	4	-	Gering
52.02.04a	Geschotterter Weg oder Weg mit wassergebundener Decke	4	-	Sehr gering
53.01.18a.02	Einzelgebäude im Außenbereich – Sonstige Einzelgebäude/-gehöfte	2	-	Sehr gering
52.04.01	Gleiskörper	1	-	Sehr gering
52.02.01a	Versiegelter oder sonstiger gepflasterter Weg	0	-	Sehr gering

Es befinden sich überwiegend Biotop mittlerer Wertigkeit im Umfeld des Vorhabens. Höhere Bedeutung haben die teils artenreichen Ruderalfluren auf dem Gleisbett, strukturreiche Säume

entlang des Feldweges und der Trasse, sowie das Feuchtgrünland nordwestlich oberhalb des BÜ und auf Teilen der Wiesenfläche vor der Siedlung (Abbildung 13).

Der BÜ ist durch die umgebenden Gehölze geprägt. Gleisbegleitende Ruderalfluren gehen zum Außenbereich hin in Brombeer-Gestrüpp und weiterhin Gehölzreihen über (Abbildung 9).

Der Weg von der Siedlung zum BÜ ist östlich durch eine Brombeer-Böschung und ein Gehölz aus überwiegend Weiden begrenzt (Abbildung 18, Abbildung 10, Abbildung 16). Dahinter schließen strukturreiche Kleingartenanlagen an. Westlich ist der Weg zum BÜ hin durch eine der Böschung vorgesetzte, jüngere Baumreihe aus Robinien (*Robinia pseudoacacia*) und Schwarz-Erlen (*Alnus glutinosa*) begrenzt (Abbildung 17, Abbildung 18). Hinter der Baumreihe und angrenzend zum Gleissaum befindet sich ein Gehölz aus überwiegend Berg-Ahorn (*Acer pseudoplatanus*), mit kaum Unterwuchs (Abbildung 14, Abbildung 15).

Auf der südlichen Seite des BÜ trennt eine Baumreihe aus überwiegend heimischen Arten die Gleisböschung von einem Feld, welches zum Zeitpunkt der Kartierung mit Gerste bestellt war (Abbildung 11). Der Schotterweg, der vom BÜ weg führt, wird von einem strukturreichen Saum begleitet, westlich grenzt dahinter ein Laubmischwald an.

Östlich des BÜ, in einigen Meter Entfernung, befindet sich ein Bestand aus dem invasiven Neophyten *Fallopia japonica* (Abbildung 12), im direkten Umfeld des BÜ sind jedoch keine Bestände aus invasiven Neophyten vorhanden sondern überwiegend heimische Arten und Rubus-Gestrüpp.



Abbildung 8: Wiese und Neophytenflur (rechts) aus *Solidago canadensis* auf der Wiese angrenzend zum Wohngebiet. Die tiefen Fahrspuren weisen auf einen häufig nassen Boden hin (Stand 12.05.2025).



Abbildung 9: Vegetation im Gleisbereich und im direkten Umfeld des BÜ Zum Steigeturm.



Abbildung 10: Rubus-Gestrüpp entlang der Böschung nord-östlich des Bahnübergangs entlang des Zuweges.



Abbildung 11: Feldweg südlich des BÜ, mit angrenzendem Gerstenfeld und typischer Saumstruktur.



Abbildung 12: Neophytenflur aus *Fallopia japonica*, wenige Meter westlich des BÜ.



Abbildung 13: Ruderalfläche mit Gartenabfällen und im Hintergrund ein Röhricht aus *Phragmites australis* nordwestlich oberhalb des BÜ.

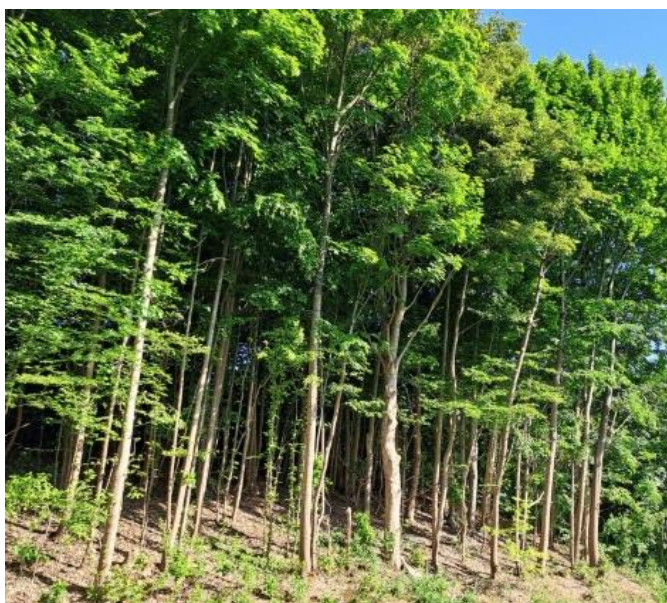


Abbildung 14: junger Waldbestand aus größtenteils hochgewachsenem Bergahorn nordwestlich des BÜ.



Abbildung 15: Graben am Übergang Gleis-Wald nordwestlich des BÜ mit Ruderalvegetation mit einem hohen Anteil Brennesseln.



Abbildung 16: Östliche Böschung aus Brombeergestrüpp der Zuwegung von der Siedlung aus.



Abbildung 17: Westliche Begrenzung der Zuwegung von der Siedlung aus. Zu sehen ist Unterwuchs aus Brombeeren, es sind Robinien und Schwarz-Erlen in einer Reihe gepflanzt, dahinter schließt sich überwiegend heimisches Feldgehölz an.

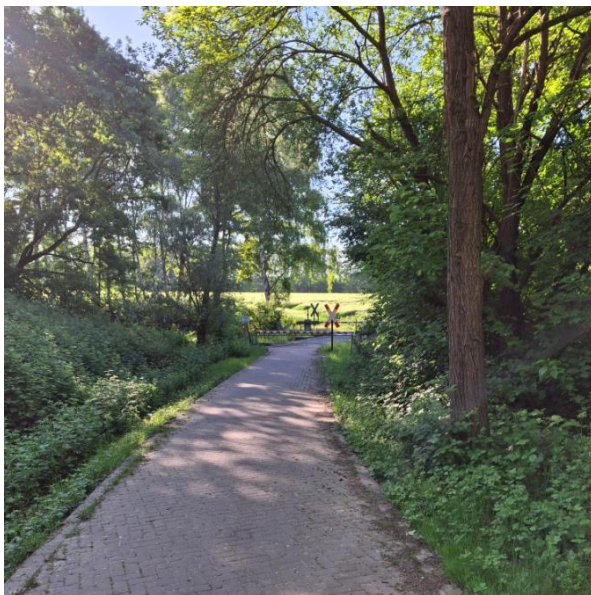


Abbildung 18: Gesamtansicht der Zuwegung von der Siedlung zum BÜ.

2.2 Schutzgüter und Funktionen nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 BKompV

Gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 BKompV sind die genannten Schutzgüter und Funktionen nur dann zu erfassen und zu bewerten, wenn sie vom Vorhaben betroffen sein können.

Für das vorliegende Vorhaben kann eine Beeinträchtigung für keines der Schutzgüter vorab ausgeschlossen werden. Es werden daher alle Schutzgüter erfasst.

Die weiteren Schutzgüter werden nach Anlage 1 BKompV erfasst und bewertet.

2.2.1 Pflanzen

2.2.1.1 Bestandserfassung Pflanzen

Im Rahmen der Biotoptypenkartierung wurden keine geschützten und gefährdeten Pflanzenarten erfasst. Es erfolgte keine systematische Kartierung von Pflanzen. Für offene, nicht oder nur gering beschattete Standorte entlang der Gleistrasse (geringer Konkurrenzdruck durch Sand- und oder schotterdominierten Böden) ist ein Vorkommen von gefährdeten Pflanzenarten nicht auszuschließen. Eine Relevanz von gleisbegleitenden Standorten als Sekundärstandorte seltener Ackerwildkräuter ist bekannt. Derartige Standorte sind jedoch durch die Natur von Bahnbetriebsflächen entlang der Strecken vielfältig gegeben, weshalb hieraus keine gesonderte Erfassungsnotwendigkeit der krautigen Vegetation resultiert. Die Standorte werden auch nach der Baumaßnahme in unverändertem Umfang zur Verfügung stehen.

2.2.1.2 Bestandsbewertung Pflanzen

Eine systematische Kartierung von Pflanzen erfolgte nicht. Die Bewertung ist daher nur eingeschränkt möglich für die Funktion:

- Vielfalt von Pflanzenarten

gem. Anl. 1 BKompV für das Schutzgut Pflanzen im UG. Im Zuge der Biotoptypenkartierung wurden keine geschützten oder gefährdeten Pflanzen erfasst.

Im Vorhabenbereich kommen überwiegend Gehölze heimische Arten vor, wie *Acer pseudoplatanus* (Berg-Ahorn), *Salix spec.* (Weide), *Quercus spec.* (Eiche) und *Alnus glutinosa* (Schwarz-Erle). Die im Vorhabenbereich bestehenden Säume und Hochstaudenfluren weisen häufig einen relativ hohen Strukturreichtum, jedoch auch Bestandteile von Nitrophyten auf. Invasive Neophyten finden sich in Massebeständen auf der Wiesenfläche (*Solidago canadensis*), sowie in einiger Entfernung im Gleisrandbereich (*Fallopia japonica*).

Insgesamt ist das Schutzgut Pflanzen, im Hinblick auf die Vielfalt der Pflanzenarten, als **mittel** zu bewerten.

2.2.2 Tiere

Nachfolgend werden die Ergebnisse und Methodiken aus dem Artenschutzfachbeitrag (AFB) zusammenfassend dargestellt. Die genauen Quellen und Methodik sind dem AFB zu entnehmen (DB E&C, 2025).

2.2.2.1 Bestandserfassung Brutvögel / Horststandorte

Die Abfrage bei den Messtischblatt 4410 Quadrant 3 ergab Hinweise auf Vorkommen von 33 planungsrelevanten Vogelarten. Da im Zuge des Vorhabens nach derzeitigem Planungsstand nur in minimalem Umfang Gebüsch entfernt werden muss, wurde auf umfangreiche Kartierungen verzichtet. Auf Grundlage der potenzialabschätzenden Ortbegehungen kann gesagt werden, dass die reich strukturierte Umgebung des BÜ und des Eingriffsbereichs durch ihr Mosaik aus Offenlandschaften wie Wiesen und Feldern, sowie angrenzenden Laubwaldbeständen, vielen

Vogelarten potenziellen Lebensraum bietet. Innerhalb und angrenzend an die Eingriffsbereiche befinden sich junge bis mittelalte Gehölzbestände. Diese bieten Brutmöglichkeiten für busch- und baumfrei Brutende Arten des Offen- und Halboffenlandes. Nester und Brutstätten von Gebüsch- und Baumbrütern wurden im Nahbereich des Vorhabens im Zuge der Ortsbegehungen nicht nachgewiesen, in ca. 20 - 50 m Entfernung befinden sich wenige Baumhöhlen. Dennoch kann aufgrund der grundsätzlichen Eignung eine Nutzung als Brutplatz nicht vollständig ausgeschlossen werden.

2.2.2.2 Bestandserfassung Säugetiere

Die Abfrage bei dem Messtischblatt 4410 Quadrant 3 ergab Hinweise auf Vorkommen von fünf planungsrelevanten Fledermausarten. Der Säugetieratlas NRW gibt zudem noch ein Vorkommen für die Art Kleiner Abendsegler im Umfeld des Untersuchungsgebiets an. Weiterhin befinden sich im Vorhabenbereich potenzielle Habitate der Haselmaus (DB E&C, 2025).

Fledermäuse

Die vorhandenen Gehölzstrukturen sowie angrenzende offene Bereiche am BÜ bieten grundsätzlich geeignete Jagdhabitate für verschiedene Fledermausarten. Zu den baumbewohnenden Arten zählen die Arten Abendsegler, Kleiner Abendsegler, Flughautfledermaus, Wasserfledermaus und Zweifarbfledermaus, die bevorzugt Baumhöhlen oder Rindenspalten als Quartier nutzen. Es wurden vier Höhlenbäume in der näheren Umgebung erfasst, die potenziell als Quartier von Fledermäusen genutzt werden können. Gebäudequartiere für Arten wie die Zwergfledermaus liegen im Eingriffsbereich nicht vor.

Eine Nutzung der Gehölzstrukturen als Nahrungshabitat und Leitstruktur kann nicht ausgeschlossen werden (DB E&C, 2025).

Haselmaus

Die vorhandenen linearen Gehölzstrukturen mit Eichen und Buchen sowie dichter Strauchschicht aus heimischen Arten wie Haselnuss (*Corylus avellana*) und Weißdorn (*Crataegus spec.*) stellen grundsätzlich geeignete Habitatstrukturen für die Haselmaus dar. Insbesondere das Vorkommen fruchttragender Sträucher und die Verbindung der Gehölze entlang der Bahntrasse bieten der Haselmaus potenziell Nahrung, Deckung und Fortpflanzungsmöglichkeiten. Aufgrund ihrer versteckten und nachtaktiven Lebensweise bleibt die Haselmaus oft unentdeckt, weshalb ihr Vorkommen auch bei fehlendem Nachweis in geeigneten Strukturen nicht ausgeschlossen werden kann. Daher ist im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung von einem Vorkommen der Haselmaus auszugehen (DB E&C, 2025).

2.2.2.3 Bestandserfassung Reptilien

Im Rahmen des Gesamtprojektes ESTW Zulaufstrecke Dortmund II erfolgten Reptilienkartierungen im Jahr 2025 entlang der gesamten Strecke von Do-Bövinghausen bis Do-Hauptbahnhof. Diese sind zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Gutachtens noch nicht vollständig abgeschlossen. Dennoch können erste Ergebnisse bereits in die Bestandserfassung mit einfließen. Weiterhin wurde der Bereich des BÜ im Rahmen einer Potenzialabschätzung begangen.

Die Kartierung erfolgt durch langsames Begehen der Randbereiche entlang der Gleisanlagen. Strukturen, die sich zur Thermoregulation eignen (Grassoden, Zwergsträucher, Steine, Totholz, offene Bodenstellen, Gleisschotter etc.) wurden gezielt abgesucht.

2.2.2.4 Bestandserfassung weitere Artengruppen

Amphibien

Im Messtischblatt 4410 Quadrant 3 sind die Kreuzkröte (*Bufo calamita*) und der Laubfrosch (*Hyla arborea*) als planungsrelevante Amphibienarten gelistet. Nördlich des BÜ befindet sich in ca. 110 m ein Teich und westlich des BÜ in ca. 120 m Entfernung befindet sich eine Wiese, die nach einem Niederschlagsereignis temporäre Gewässer halten könnte.

Bei der Erfassung mittels künstlicher Verstecke im Rahmen der Erfassungen zum ESTW Zulaufstrecke Dortmund II konnten zum derzeitigen Planungsstand keine Amphibien nachgewiesen werden. Dennoch können sich Amphibien im Gleisbereich aufhalten und insbesondere während der Wanderungszeit zum Laichgewässer bzw. wieder zurück in ihren Sommerlebensraum in die Baustelle geraten. Ein Verstoß gegen das Verletzungs- und Tötungsverbot kann daher nicht gänzlich ausgeschlossen werden

Schmetterlinge

Im Gleisbereich, unmittelbar neben dem BÜ, wurden Nachkerzen und Weidenröschen festgestellt, welche als Raupenfutterpflanzen für den Nachkerzenschwärmer dienen. Die Art ist streng geschützt und in Anhang IV der FFH-Richtlinien gelistet. Raupen des Nachkerzenschwärmers wurden nicht gesichtet.

2.2.2.5 Bestandsbewertung Tiere

Zu den planungsrelevanten Arten gehören neben den europäisch geschützten Arten insbesondere solche, die bundes- oder landesweit gefährdet sind und für deren Erhaltung Deutschland oder das jeweilige Bundesland bzw. die Region eine besondere Verantwortung trägt. Zu berücksichtigen sind auch die Bundes- und EU-Artenschutzverordnung. Anhand der Anlage 1 der BKompV lässt sich die Bedeutung der Tiere im UG für die Funktion

- biologische Vielfalt von Tierarten

ermitteln.

Die Zuordnung zu den Wertstufen 1 bis 6 erfolgt vor allem auf Basis des Gefährdungsgrades nach der Roten Liste des Bundes oder/und des Bundeslandes. Die Rote Liste mit der jeweils höheren Gefährdungsstufe wird zugrunde gelegt, sofern Unterschiede bestehen. Darüber hinaus geht aber auch die Bewertung aus den faunistischen Gutachten ein (sofern diese vorliegen). Damit wird gewährleistet, dass die regionale Bedeutung erfasst wird. In Tabelle 6 sind die betrachteten Artengruppen mit ihrer Bewertung und der jeweiligen Begründung dargestellt.

Tabelle 5: Ermittlung der Bedeutung der Funktionen „Vielfalt von Tierarten einschließlich der innerartlichen Vielfalt“
gem. Anl. 1 BKompV für das Schutzgut Tiere

Schutzgut Tiere	Bedeutung der Funktion	Begründung
Brutvögel	Mittel (3): Lebensräume mit Vorkommen von Tierarten, die für die Sicherung der biologischen Vielfalt eine mittlere Bedeutung insbesondere aufgrund ihrer Gefährdung haben	Potenziell vorhandene Strukturen für planungsrelevante Gebüsch- und Baumbrüter im Umfeld, potenzielle Nutzung des Eingriffsbereichs als Nahrungshabitat
Fledermäuse	mittel (3): Lebensräume mit Vorkommen von Tierarten, die für die Sicherung der biologischen Vielfalt eine mittlere Bedeutung insbesondere aufgrund ihrer Gefährdung haben	Potenziell Nutzung der Gehölze im Eingriffsbereich als Nahrungshabitat und Leitstruktur; Habitatbäume im weiteren Umfeld
Reptilien	hoch (4): Lebensräume mit Vorkommen von Tierarten, die für die Sicherung der biologischen Vielfalt eine hohe Bedeutung insbesondere aufgrund ihrer Gefährdung haben	Sehr gut geeignete Habitats im Eingriffsbereich, Vorkommen ist nicht vollständig auszuschließen.
Nachtkerzenschwärmer	mittel (3): Lebensräume mit Vorkommen von Tierarten, die für die Sicherung der biologischen Vielfalt eine mittlere Bedeutung insbesondere aufgrund ihrer Gefährdung haben	Abundantes Vorkommen von potenziellen Raupenfutterpflanzen im Eingriffsbereich, kein Nachweis von Individuen bei Ortbegehungen, Vorkommen jedoch nicht vollständig auszuschließen.
Amphibien	mittel (3): Lebensräume mit Vorkommen von Tierarten, die für die Sicherung der biologischen Vielfalt eine mittlere Bedeutung insbesondere aufgrund ihrer Gefährdung haben	Gewässer im weiteren Umfeld vorhanden, Vorkommen von wandernden Amphibien im Eingriffsbereich nicht vollständig auszuschließen

2.2.3 Boden

2.2.3.1 Bestandserfassung Boden

Unter Boden versteht man die oberste belebte Verwitterungskruste der Erde. In Abhängigkeit vom Ausgangsgestein sowie von Klima, Wasser, Vegetation, Tierwelt, Nutzung und der Zeit (bodenbildende Faktoren) haben verschiedene Bodenbildungsprozesse zur Entwicklung ganz unterschiedlicher Böden mit ihren jeweils spezifischen Eigenschaften geführt. Innerhalb des komplexen Wirkungsgefüges des Naturhaushaltes nimmt der Boden eine zentrale Stellung ein und erfüllt dementsprechend sehr vielfältige ökologische Funktionen.

Im Vorhabenbereich liegt der schutzwürdige Bodentyp Pseudogley-Parabraunerde vor. Die Schutzwürdigkeit ergibt sich aus der natürlichen Bodenfruchtbarkeit, sowie der hohen Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion. Der optimale Flurabstand ist sehr hoch, es ist kein Grundwasser in den oberen Bodenschichten vorhanden. Der Bodentyp weist eine schwache Staunässe (Stufe 2) auf, und ist insgesamt wechselfeucht. Es liegt die Bodenartengruppe tonig-schluffig im Oberboden vor. Die Wertzahlen der Bodenschätzung liegen mit 68 bis 85 sehr hoch, der Boden ist für Weide und Ackernutzung geeignet, bei intensiver Ackernutzung wird Melioration empfohlen. Weiterhin weist der Bodentyp eine hohe Verdichtungsempfindlichkeit auf (Geologischer Dienst NRW, 2025).

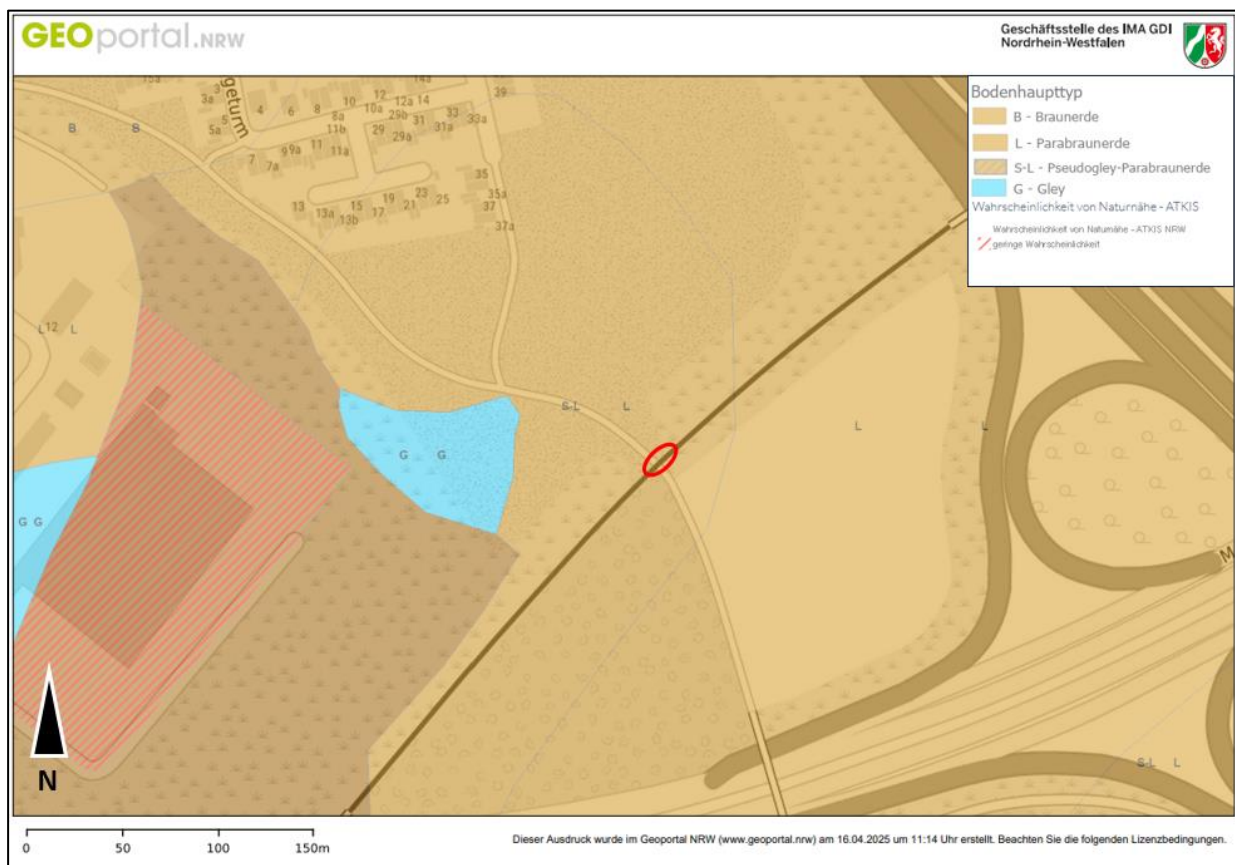


Abbildung 19: Bodentypen im Umfeld des Vorhabens (Geologischer Dienst NRW, 2025). Der Eingriffsbereich ist rot markiert.

Vorbelastungen

Vorbelastungen für den Boden können aus vielfältigen Quellen herrühren. Dazu zählen:

- Kampfmittel und Altlasten
- Versiegelungen und Verdichtungen (Straßen, Wege, Bahntrasse)
- Bodenstrukturänderungen (Aufschüttungen bei Bahndämmen, Abgrabungen bei Einschnitten)
- Herbizideinsatz entlang der Bahnstrecke (nicht an Brücken)

Für die gleis- und straßennahen Bereiche ist eine starke anthropogene Überprägung zu erwarten. Im Bereich des BÜ liegen keine Kontaminations- oder Altlastenverdachtsflächen vor.

Die Wertigkeit des jeweils zu Grunde liegenden Bodentyps wird in vorbelasteten Bereichen herabgesetzt.

2.2.3.2 Bestandsbewertung Boden

Der Vorhabenbereich beschränkt sich zu einem Großteil auf Flächen in unmittelbarer Gleisnähe auf der Gleistrasse, Straße sowie geschotterten Flächen. Es ist von einer starken anthropogenen Überprägung auszugehen. Da es sich bei dem gemäß BK 50 vorliegenden Bodentyp um einen verdichtungsempfindlichen Boden handelt, ist im Bereich des BÜ von einer Verdichtung des Bodens durch die Gleise, Asphaltierung und Befahrung auszugehen. Hierdurch werden Bodenfunktionen wie die Versickerungseignung und Schadstofffilterfunktion stark eingeschränkt. In dem Das Schutzgut Boden erhält aus den vorgenannten Gründen im Vorhabenbereich insgesamt die Bewertung „mittel“.

2.2.4 Wasser

Die Bestandsbeschreibung erfolgt nach BKompV Anlage 1. Für das Schutzgut Wasser sind dabei generell folgende Funktionen zu erfassen:

1. Funktionen für den Naturhaushalt, die sich aus der Qualität und Quantität der Oberflächengewässer einschließlich der natürlichen Selbstreinigungsfähigkeit der Fließgewässer ergeben.
2. Funktionen für den Naturhaushalt, die sich aus der Qualität und Quantität des Grundwassers ergeben.
3. Hochwasserschutzfunktion und Funktionen im Niederschlags-Abflusshaushalt (Retentionsfunktion).

2.2.4.1 Bestandserfassung Oberflächengewässer

Es befinden sich keine Oberflächengewässer im Einwirkungsbereich des Vorhabens. Das nächste Oberflächengewässer ist der Bärenbruchgraben in 360 m südwestlich des BÜ Zum Steigeturm. 470 m südöstlich des BÜ verläuft weiterhin der Roßbach. Bei beiden Gewässern ist aufgrund der Art und Weise des Vorhabens, sowie der Entfernung vom Eingriffsort nicht von einer Beeinträchtigung auszugehen. Aus diesem Grund wird auf eine detailliertere Betrachtung sowie Konfliktbewertung verzichtet.

2.2.4.2 Bestandserfassung Grundwasser

Der Vorhabenbereich liegt innerhalb des Grundwasserkörpers „Münsterländer Oberkreide/südliches Emscher-Gebiet“ (GWK-ID: 277_06). Der mengenmäßige und chemische Zustand im 3. Monitoringzyklus (2013-2018) ist gut. Die Trinkwassernutzung liegt zwischen 10 und 100 m³/Tag, insgesamt ist der GWK wenig ergiebig und hat eine mittlere wasserwirtschaftliche Bedeutung zur Mineralwassergewinnung und gewerblichen Wassergewinnung (MUNV NRW, 2025).

2.2.4.3 Hochwasserschutzfunktion

Es befinden sich keine festgesetzten Überschwemmungsgebiete oder Hochwasserrisikobereiche in der Umgebung des BÜ Zum Steigeturm. Entsprechend ist nicht mit einer Betroffenheit des BÜs durch Hochwasserereignisse zu rechnen.

2.2.4.4 Bestandsbewertung Wasser

Abweichend von § 6 Abs. 1 Satz 2 BKompV erfolgt die Bewertung für das Schutzgut Wasser verbalargumentativ.

Im Untersuchungsgebiet befindet sich kein Oberflächengewässer. Ebenfalls liegen keine Hochwasserrisikobereiche oder festgesetzte Überschwemmungsgebiete im Nahbereich des BÜs vor. Der vorliegende GWK hat einen guten mengenmäßigen und chemischen Zustand, es befinden sich keine grundwasserabhängigen Landökosysteme im Vorhabenbereich.

Aus der Abwesenheit von Oberflächengewässern und dem guten Zustand des GWK bei einer mittleren wasserwirtschaftlichen Bedeutung ergibt sich eine **geringe** Wertigkeit des Schutzguts Wasser im Untersuchungsgebiet.

2.2.5 Klima/Luft

2.2.5.1 Bestandserfassung Klima/Luft

Das Schutzgut Klima/Luft umfasst die Gesamtheit der im UR auftretenden Wetterzustände und deren zeitliche Änderungen im Tages- sowie Jahresverlauf. Hierfür werden die Durchschnittswerte der Klimadaten einer Region erfasst. Darüber hinaus werden die klimatischen Verhältnisse einer Region bzw. eines Raumes durch ihre lufthygienischen sowie regional- und geländeklimatischen Verhältnisse erfasst und beurteilt.

Relevant für die Beschreibung und Bewertung des Geländeklimas sind u.a. die Relief- und Bodenverhältnisse, der Bodenwasserhaushalt, die Vegetationsstrukturen sowie anthropogene Veränderungen der Landschaft durch Bebauungen, Abgrabungen, Verkehrsflächen und Industrien (Emissionen).

Das Umfeld des Vorhabenbereichs gehört zur Klimazone der Mittelbreiten. Das Plangebiet liegt im Ozeanklima geprägten Bereich der nördlichen Breiten mit kühlen, regnerischen Sommern und milden Wintern. Für den Zeitraum 1991 bis 2020 wird für das Plangebiet eine mittlere Temperatur von 10,5 °C angegeben. Die Anzahl der Frosttage liegt bei ca. 56 Tagen pro Jahr und der durchschnittliche Jahresniederschlag von 1991-2020 beträgt ca. 818 mm. Die Klimaklassifikation nach Köppen & Geiger lautet Cfb (LANUK, 2025; NOAA Climate.gov, 2021).

Klimatisch herrscht im Untersuchungsgebiet überwiegend Klima innerstädtischer Grünflächen sowie Waldklima und Freilandklima (Abbildung 21). Vereinzelt befinden sich Bereiche mit Vorstadt und Stadtrandklima oder einem dichten Gewerbe-, Industrieklima im Umfeld des Vorhabens.

Nordwestlich und südwestlich angrenzend an den Eingriffsbereich erstreckt sich ein Wald, welcher als Grünfläche mit sehr hoher thermischer Ausgleichsfunktion bewertet ist (Abbildung 20). Die angrenzende Fläche nordöstlich und südöstlich des Vorhabenbereichs ist eine Grünfläche

BÜ „Zum Steigeturm“

Beseitigung einer BÜSA km 16,0 – Zum Steigeturm



mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion, anschließend folgen erneut Grünflächen mit einer sehr hohen thermischen Ausgleichsfunktion (Nordost) außerdem eine Grünfläche mit einer mittleren thermischen Ausgleichsfunktion (Südost) (Abbildung 20).

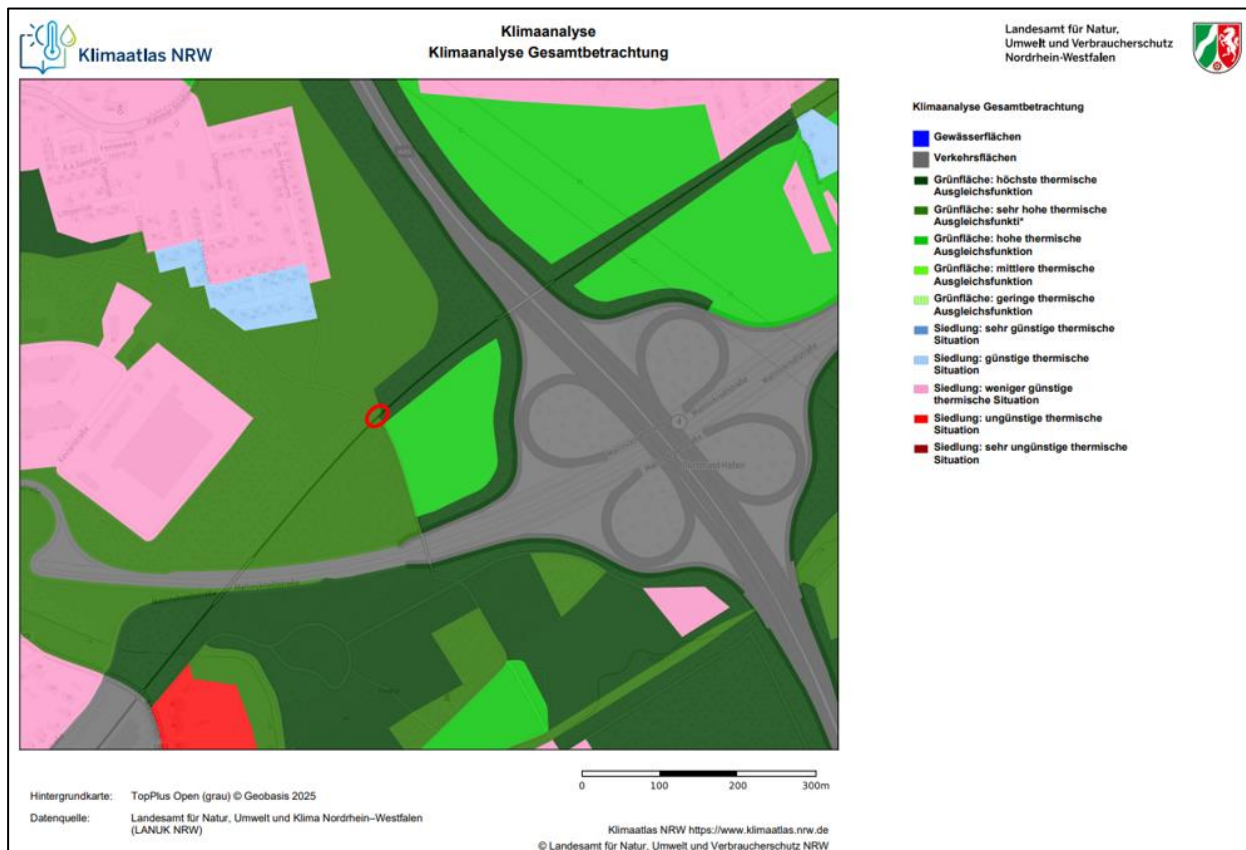


Abbildung 20: Auszug aus der Gesamtbetrachtung der Klimaanalyse im Untersuchungsgebiet (LANUK, 2025). Der Eingriffsbereich ist rot umkreist.

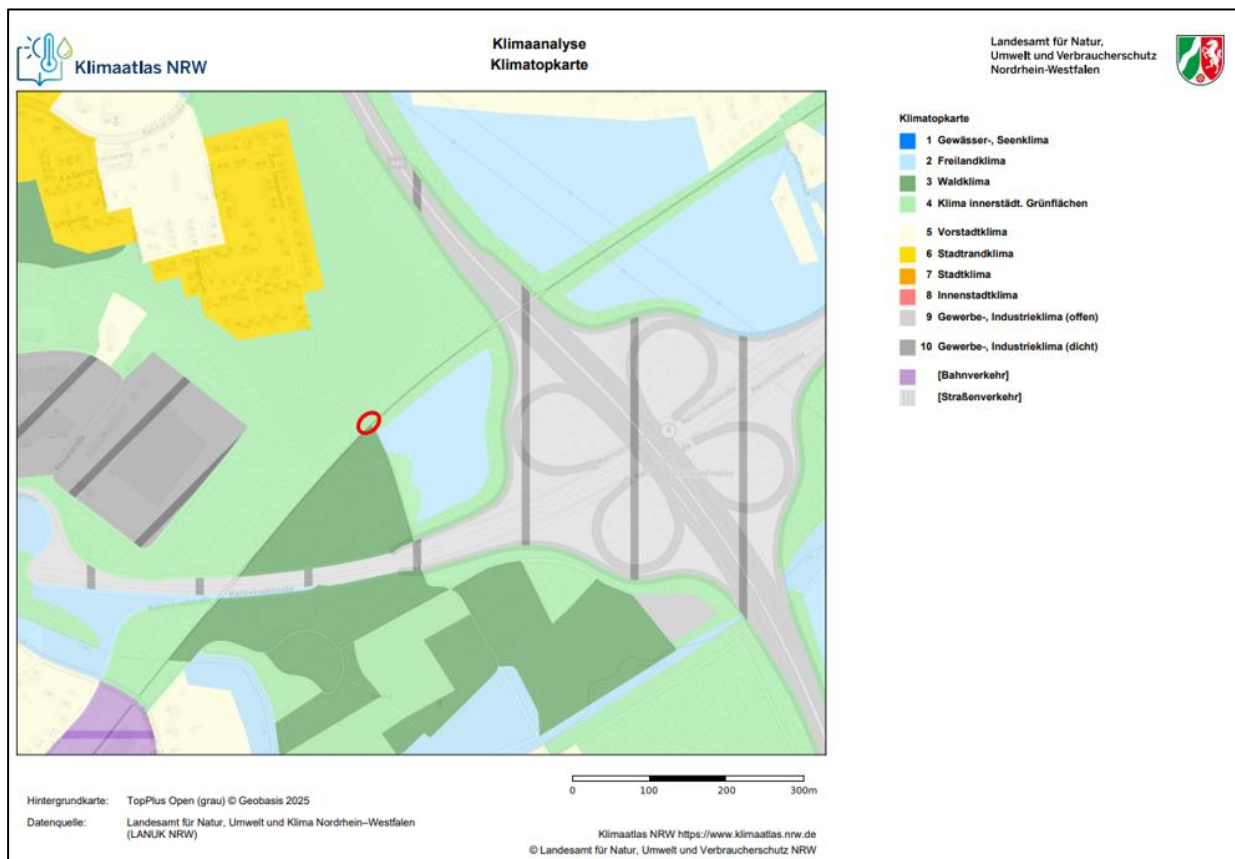


Abbildung 21: Auszug aus der Klimatopkarte im Untersuchungsgebiet (LANUK, 2025). Der Eingriffsbereich ist rot umkreist.

Vorbelastungen Bahnanlagen

Typische Emissionen an Bahnanlagen sind Stäube. Diese entstehen im Bahnverkehr durch Schienenabrieb (Metalle) und dem Abrieb der Schutzanstriche (Farben mit Zinkstaubbeschichtung und Eisenglimmerbeschichtung).

Bahnstrecken heizen sich aufgrund der dunklen Farbe des Schotters an Sonnentagen schnell auf. Die Wärme wird im Schotterkörper gespeichert und langsam abgegeben, so dass Bahnstrecken kleinräumig als Wärmeinseln in ihrer Umgebung auszumachen sind. Untersuchungen stellten in den bahnbegleitenden Bereichen 1-3 C° höhere Temperaturen fest als auf den Referenzflächen, die Luftfeuchtigkeit war hier 1-3 % niedriger (Cowles 1972).

Vorbelastungen Straßenverkehr

Klimatische Vorbelastungen des Straßenverkehrs resultieren aus der schnelleren und höheren Erwärmung auf Grund der dunklen Farbe der Straßen. Auch speichern Straßen in ihrem Unterbau (Schotter, Kies) Wärme und geben diese langsam an die Umgebung ab.

Der BÜ Zum Steigeturm befindet sich nur etwa 170 m entfernt vom Autobahnkreuz Dortmund-Hafen, ca. 240 m entfernt von der A45 und ca. 160 m entfernt von der vierspurig ausgebauten Mallinckrodtstraße. Alle werden durch Gehölzstreifen in Richtung BÜ abgegrenzt, wodurch zumindest zu einem Teil Luftverunreinigungen zurückgehalten werden. Dennoch ist insgesamt aufgrund der räumlichen Nähe von einer Belastung durch Feinstaub (PM10), Kohlenmonoxide (CO) und Stickoxide (NO_x) der Luft auszugehen.

2.2.5.2 Bestandsbewertung Luft und Klima

Beim Schutzgut Luft und Klima kommen folgende Funktionen zur Bewertung:

1. Klimatische und lufthygienische Ausgleichsfunktionen
2. Klimaschutzfunktion durch Treibhausgasspeicher oder -senken

Im Vorhabenbereich finden sich zu einem Großteil Grünflächen mit einer sehr hohen thermischen Ausgleichsfunktion, sowie Grünflächen mit einer hohen oder der höchsten thermischen Ausgleichsfunktion. Die Grünflächen erfüllen eine wichtige lufthygienische Ausgleichsfunktion, welche insbesondere im Bezug auf die östlich verlaufende A45, das Autobahnkreuz Dortmund-Hafen und die Mallinckrodtstraße eine hohe Bedeutung hat. Wälder und unversiegelte Grünflächen sind außerdem eine wichtige Treibhausgassenke. Es ist aufgrund der Nähe zum Autobahnkreuz und weiterer Hauptverkehrswege sowie den Bahnschienen von einer Belastung durch Feinstaub, Kohlenmonoxid und Stickoxiden auszugehen, welche nicht vollständig durch die Grünflächen ausgeglichen wird. Der Schienenweg selbst ist im BÜ-Bereich zweigleisig ausgebaut, jedoch von beiden Seiten durch die Böschung beschattet, sodass die Erwärmung des Schienenweges als vernachlässigbar zu bewerten ist. Insgesamt kommt dem Schutzgut Klima und Luft im Untersuchungsgebiet eine **mittlere** Bedeutung zu, insbesondere aufgrund der Wälder und Grünlandflächen im Umfeld des Eingriffsbereichs.

Die geplanten Maßnahmen beschränken sich gemäß aktuellem Planungsstand auf den Bereich des Bahnübergangs. Durch diesen lokal begrenzten Eingriff werden keine für das Schutzgut Klima und Luft relevanten Elemente und Flächen verändert oder neu errichtet. Eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgut Klima/Luft kann aus diesem Grund bereits an diesem Punkt ausgeschlossen werden, eine Konfliktbewertung gemäß BKompV entfällt.

2.2.6 Landschaftsbild

2.2.6.1 Bestandserfassung Landschaftsbild

Das Landschaftsbild im Vorhabenbereich ist überwiegend durch Wälder charakterisiert. Zusätzlich befindet sich nordöstlich des BÜs eine Wohnbebauung mit Vorstadtcharakter. Die Bebauung ist durch Gärten mit kleinen bis keinen Gehölzstrukturen und Rasenflächen gegliedert und aufgelockert. Nach Südwesten erstreckt sich eine Agrarfläche, die der landwirtschaftlichen Nutzung dient. Angrenzend in etwa 170 m östlich des BÜ liegt das Autobahnkreuz Dortmund-Hafen, wo sich die Mallinckrodtstraße (vierspurig, ca. 160 m südlich) und die A45 (ca. 240 m nordöstlich) kreuzen. Diese und die Gleisanlage prägen das Umfeld der BÜs maßgeblich.

2.2.6.2 Bestandsbewertung Landschaftsbild

Für die Bewertung des Landschaftsbildes werden zwei Funktionen herangezogen:

1. Vielfalt von Landschaften als Ausdruck des natürlichen und kulturellen Erbes
2. Funktionen im Bereich des Erlebens und Wahrnehmens von Landschaft einschließlich landschaftsgebundener Erholung

Die geringe Präsenz landschaftsprägender Elemente, sowie die Gleisanlage und die Autobahn weisen im Bereich des BÜs Zum Steigeturm auf eine geringe funktionelle Bedeutung des

Landschaftsbildes hin. Das umgebende Wohngebiet, welches durch Einzelgehölze, Gärten und auf-gelockerte Strukturen geprägt ist und die den BÜ umgebenden Wälder tragen zu einer maßgeblichen, visuellen Aufwertung bei. Aus diesem Grund ist der Planungsbereich und das Umfeld nach BKompV in ihrer funktionellen Bedeutung als **mittel** zu beurteilen.

Die geplanten Maßnahmen beschränken sich gemäß aktuellem Planungsstand auf den Bereich des Bahnübergangs. Durch diese lokal begrenzten Eingriffe werden keine landschaftsbildprägenden Elemente verändert oder neu errichtet. Eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes kann aus diesem Grund bereits an diesem Punkt ausgeschlossen werden, eine Konfliktbewertung gemäß BKompV entfällt.

3 Konfliktanalyse

Die Beeinträchtigungen von Naturhaushalt und Landschaftsbild durch das Bauvorhaben werden auf Grundlage der festgestellten umweltrelevanten Wirkfaktoren nach Art und Umfang ermittelt.

Die Lage der festgestellten Konflikte mit fortlaufender Nummerierung ist dem Bestands- und Konfliktplan (s. Unterlage 9.1.1) zu entnehmen. Dort werden die Konflikte von Naturhaushalt und Landschaftsbild durch das geplante Vorhaben folgendermaßen dargestellt:

- B: Konflikt durch Beeinträchtigungen der Schutzgüter Biotop und Pflanzen
- Bo: Konflikt durch Beeinträchtigungen des Schutzgutes Boden
- F: Konflikt durch Beeinträchtigungen des Schutzgutes Fauna
- L: Konflikt durch Beeinträchtigungen des Schutzgutes Landschaftsbild
- K: Konflikt durch Beeinträchtigungen des Schutzgutes Klima
- W: Konflikt durch Beeinträchtigungen des Schutzgutes Wasser

Die durch das Bauvorhaben zu erwartenden umweltrelevanten Auswirkungen lassen sich *baubedingten*, *anlagebedingten* und *betriebsbedingten* Wirkfaktoren zuordnen. In den nachfolgenden Abschnitten werden Schutzgüter ohne Betroffenheit ausgenommen, Erwähnung finden solche, für die mit einer zumindest erheblichen Beeinträchtigung zu rechnen ist.

3.1 Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren unmittelbaren und mittelbaren Beeinträchtigungen von Biotopen durch das Vorhaben

Um die Schwere der zu erwartenden Beeinträchtigungen nach Anlage 3 BKompV erfassen zu können, müssen die umweltrelevanten Wirkungen auf die Schutzgüter nach Stärke, Dauer und Reichweite geprüft werden. Dazu wird nach den unterschiedlichen Ursachen in bau-, betriebs- und anlagebedingte Wirkungen unterschieden.

- **Baubedingte** Wirkungen sind temporär und beschränken sich auf den Zeitraum der Durchführung der Baumaßnahme (z.B. Baulärm, Erschütterungen während der Bauzeit)
- **Anlagebedingte** Wirkungen sind dauerhaft und entstehen durch die baulichen Anlagen (z.B. Flächeninanspruchnahme)
- **Betriebsbedingte** Wirkungen sind dauerhaft oder wiederkehrend und durch den Betrieb der Anlage bedingt (z.B. dauerhafter Lärm und Erschütterungen) (BfN & BMU, 2021)

3.1.1 Baubedingte Beeinträchtigungen von Biotopen

Die durch die geplante Baumaßnahme zu erwartenden *baubedingten* Wirkungen sind nachfolgend dargestellt und bewertet. Eine detaillierte Auflistung der überplanten Biotop ist der Eingriffsbilanzierung (Kapitel 3.6) zu entnehmen.

Konflikt B1 - Schädigung von angrenzenden Gehölzbeständen im Zuge des Baus

Im Zuge der Bauausführung kann es bei dem Einsatz von Baumaschinen zu einer Schädigung oder Verlust der randlich an das Baufeld angrenzenden Gehölzbestände kommen. Zur Vermeidung der Betroffenheit von der Planung ausgenommener Bestände, sind im Vorfeld Maßnahmen zur Vermeidung zu ergreifen.

Konflikt B2 - Vorübergehende Flächeninanspruchnahme

Die Baumaßnahmen führen baubedingt zum Verlust der Vegetation (Ruderalflur/Brombeergestrüpp/Rasen) innerhalb des Eingriffsbereichs (u.a. Rückbaufläche Betonschalthäuschen). Flächige Gehölzbestände sind nicht betroffen.

Die baubedingten Beeinträchtigungen werden bzgl. der Stärke (auf vorgeprägten Flächen, überwiegend wiederherstellbar aber zunächst mit vollständigem Verlust), Dauer (überwiegend bauzeitlich) und Reichweite (lokal) der projektspezifischen Wirkungen als **gering** bewertet.

3.1.2 Anlagebedingte Beeinträchtigungen von Biotopen

Der BÜ Zum Steigeturm wird im Rahmen der Baumaßnahmen ersatzlos zurückgebaut. Als Neubauten sind der Bau von Zäunen, zur Sicherung des BÜs vor unbefugtem Betreten, eine neue Böschung und der Abschluss des Restweges durch ein Hochbord geplant. Durch diese Maßnahmen entstehen neue Biotope, und es werden neue Bereiche entsiegelt. Im Gleisbereich kann sich die Ruderalflur weiter ausbreiten.

Konflikt B3 – Ausbreitung von invasiven Neophyten auf neu entsiegelten Flächen

Es sind im weiteren Umfeld Bestände von *Fallopia japonica* und *Solidago canadensis*, zwei invasiven Neophyten, vorhanden. Da im direkten Umfeld des BÜ jedoch überwiegend Brombeergestrüpp und neophytenarme Saumstrukturen vorhanden sind, wird die Gefahr der Ausbreitung von invasiven Neophyten aus fachgutachterlicher Sicht auf den entsiegelten Flächen als mittel bis gering eingestuft, ist jedoch nicht vollständig auszuschließen. Bei der Schließung der Böschung ist grundsätzlich auf heimische Gehölzarten zu achten, und ggf. eine Initialsaat der Sukzessionsbereiche mit heimischem Regionalsaatgut durchzuführen, um ein Neophytenaufkommen zu unterdrücken. Dies ist im Rahmen der Ausführungsplanung zu berücksichtigen.

Insgesamt ist unter Beachtung der Empfehlungen zur Böschungsbepflanzung von keiner erheblichen Beeinträchtigung von Biotopen auszugehen. Da es durch die genannten Baumaßnahmen zu nur vernachlässigbar geringer Neuversiegelung für ggf. notwendige Zaunfundamente kommt und Teilflächen entsiegelt werden sollen, sind erhebliche unmittelbare oder mittelbare anlagebedingte Auswirkungen im Rahmen des Rückbaus des BÜs als **gering** zu werten.

3.1.3 Betriebsbedingte Beeinträchtigungen von Biotopen

Durch das geplante Bauvorhaben entstehen gegenüber der Ausgangslage keine betriebsbedingten Wirkungen auf Biotope.

3.2 Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren Beeinträchtigungen von Schutzgütern und Funktionen nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 BKompV durch das Vorhaben

Im Kontext des Vorhabens sind im Vorfeld der nachfolgenden Konfliktbetrachtung *betriebsbedingte* Wirkungen auszuschließen. Die Streckengeschwindigkeit bleibt unverändert und der Schienenverkehr nicht weiter beeinflusst. Insgesamt betrachtet entstehen durch das geplante Bauvorhaben gegenüber der Ausgangslage keine erheblichen zusätzlichen betriebsbedingten Wirkungen auf die bereits in Kapitel 2 beschriebenen Schutzgüter.

Mögliche *Anlagebedingte* Wirkungen auf die Schutzgüter sind ebenfalls auszuschließen, da kein Neubau oder eine zusätzliche Flächenversiegelung, sondern lediglich ein ersatzloser Rückbau

des BÜs geplant ist. Es kommt zu einer geringfügigen Entsiegelung, sowie Neuentstehung von Biotopen. Für beides ist jedoch aufgrund der geringen Fläche nicht von signifikanten Auswirkungen auf die betrachteten Schutzgüter auszugehen. Weiterhin ist durch die Entsiegelung kein erhöhter Eintrag von Schadstoffen in Boden oder (Grund-) Wasser im Vergleich zum Ausgangszustand zu erwarten.

Nachfolgend wird auf die baubedingte Betroffenheit der schon unter 2.2 gelisteten Schutzgüter durch die Wirkungen des Vorhabens eingegangen.

3.2.1 Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren Beeinträchtigungen für Schutzgut Tiere

3.2.1.1 Stärke, Dauer und Reichweite der vorhabenbezogenen Wirkungen für Schutzgut Tiere

Baubedingte Beeinträchtigungen

Durch den Baubetrieb kann es zu Beeinträchtigungen von wertgebenden Tierarten kommen. Folgende Wirkfaktoren sind baubedingt zu betrachten:

- Temporäre Flächeninanspruchnahme
- Gefährdung von Tieren durch Baufeldfreimachung
- Störung durch akustische und optische Reize, Erschütterungen sowie Lichtemissionen
- Barrierewirkung durch das Baufeld
- Kollisionsgefährdung mit Baufahrzeugen

Im Zuge der Baumaßnahmen kommt es zu temporären Flächeninanspruchnahmen von vorher nicht beanspruchten Flächen. Diese Maßnahmen umfassen die Entfernung von Ruderalvegetation und in geringem Umfang Strauch- und Gebüshrückschnitte. Es muss hier von einem vollständigen Verlust der Lebensräume im Eingriffsbereich während der Bauphase ausgegangen werden.

Durch das hier betrachtete Vorhaben werden keine Habitate beeinträchtigt, die nicht innerhalb kurzer Zeit wieder herstellbar sind. Es werden nur in sehr geringem Maße Rückschnitte an Gehölzen vorgenommen.

Vögel

Es wurden keine Hinweise auf Vorkommen planungsrelevanter Arten festgestellt. Dennoch liegen im Umfeld potenzielle Bruthabitate vor. Weil der Eingriff räumlich und in seinem Umfang begrenzt ist und keine unmittelbaren Lebensräume betroffen sind, ist nicht davon auszugehen, dass durch das Vorhaben dauerhafte Beeinträchtigungen von Vögeln zu erwarten sind. Um einen Verstoß gegen das Verletzungs- und Tötungsverbot auszuschließen, ist die Schutzzeit von Brutvögeln einzuhalten (Maßnahme 001_VA).

Fledermäuse

Es sind im direkten Eingriffsbereich keine Quartierstrukturen von Fledermäusen vorhanden. Durch das Vorhaben werden nur in kleinem Rahmen Gehölzrückschnitte vorgenommen, sodass die vorhandenen Gehölze und Sträucher weiterhin als Leitstrukturen dienen können. Weiterhin sind keine Nacharbeiten geplant, weshalb auf ein angepasstes Beleuchtungskonzept verzichtet werden kann (DB E&C, 2025). Bauzeitliche Auswirkungen auf Fledermäuse sind aus diesen Gründen nicht zu erwarten.

Haselmaus

Eine unmittelbare Tötung ist im Rahmen des Rückbaus der Bahnüberführung unwahrscheinlich, sofern keine Habitatstrukturen direkt beseitigt oder z.B. Winterester im Böschungsbereich betroffen sind. Sollte der Eingriff in potenzielles Vorkommensgebiet erfolgen, ist ein Restrisiko der Verletzung oder Tötung bei Erdarbeiten (z.B. im Wurzelbereich) für die Haselmaus nicht vollständig auszuschließen. Die Haselmaus ist während Fortpflanzungs- und Überwinterungsphasen störungsempfindlich. Im direkten Wirkraum (Bereich der Überführung sowie angrenzender Gehölzstreifen) kann es zu temporären akustischen und mechanischen Störungen kommen. Diese gelten bei geringen Eingriffen (z.B. kurzzeitiger Rückbau ohne großflächige Vegetationsrodung) als nicht erheblich, sofern keine potenziellen Quartiere direkt betroffen sind. Die Haselmaus nutzt strukturreiche Hecken, Strauch- und Waldränder als Fortpflanzungs- und Ruhestätten. Sollte der Eingriff Gehölzbestände, insbesondere dichte Strauchstrukturen, betreffen, besteht die Möglichkeit, dass Fortpflanzungs- oder Ruhestätten zerstört oder erheblich beeinträchtigt werden. In diesem Fall wäre ein artenschutzrechtlicher Konflikt gegeben. Nach aktuellem Kenntnisstand sind von dem Bauvorhaben keine Gehölze betroffen, daher kann eine Schädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten für die Haselmaus mit ausreichend hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden.

Reptilien

Da bisher keine Reptilien nachgewiesen wurden, ist ein Verstoß gegen § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nach aktuellem Kenntnisstand mit ausreichend hoher Wahrscheinlichkeit auszuschließen. Sollten im Zuge der noch laufenden Erfassungen Reptilien nachgewiesen werden, so sind Vermeidungs-, Schutz- und CEF-Maßnahmen zur Wahrung des Erhaltungszustandes der jeweiligen lokalen Population geplant und durchzuführen, die auch die Voraussetzungen für eine Ausnahme nach § 45 BNatSchG erfüllen.

Zu diesem Zweck ist im Bereich des vorgesehenen Baufeldes eine kleinflächige Vergrämung (002_VA) vorgesehen, um Reptilien vor Beginn der baulichen Eingriffe schonend aus dem Eingriffsbereich zu entfernen. Ergänzend hat eine bauzeitliche Aufwertung angrenzender Habitatstrukturen (005_CEF) zu erfolgen, um Ausweichlebensräume zu schaffen und die ökologische Funktion des Lebensraumes temporär sicherzustellen. Zudem ist das Aufstellen von Reptilienschutzzäune (003_VA) entlang der Eingriffsfläche vorgesehen, um eine Wiederbesiedlung des Baufeldes durch Reptilien während der Bauphase zu verhindern. Aufgefundene Reptilien sind aus dem Baufeld in die vorbereiteten Ersatzlebensräume (004_VA).

Nachtkerzenschwärmer

Nach aktuellem Kenntnisstand ist ein Verstoß gegen das Tötungs- und Verletzungsverbot nicht zu erwarten. Potenzielle Habitatstrukturen in Form von Futterpflanzen sind zwar vorhanden, jedoch beschränken sich diese auf den Bereich zwischen den Gleisen, neben dem Bahnübergang, in denen nach aktuellem Kenntnisstand keine andauernde Störung vorgesehen ist. Die Durchführung des Bauvorhabens wird voraussichtlich keine relevanten Störwirkungen auf das Verhalten oder den Fortpflanzungserfolg einer lokalen Population auslösen.

Anlage- und betriebsbedingt sind gemäß Artenschutzfachbeitrag keine Beeinträchtigung von Tieren zu erwarten (DB E&C, 2025).

3.2.1.2 Feststellen der Schwere der zu erwartenden Beeinträchtigungen für Schutzgut Tiere

Aufgrund der Art und Weise des Vorhabens ist für keine der betrachteten Artengruppen von einer Beeinträchtigung erheblicher Schwere auszugehen. Für die Artgruppe der Vögel, Reptilien und Amphibien können erhebliche baubedingte Beeinträchtigungen durch entsprechende Maßnahmen bereits im Vorfeld vermieden werden (siehe Kapitel 3.5). Da der Gleisbereich eine sehr hohe Habitateignung für Reptilien aufweist, ist im Falle eines positiven Nachweises planungsrelevanter Reptilien unmittelbar die im AFB aufgeführte CEF-Maßnahme umzusetzen, um einen Verbotstatbestand nach §44 BNatSchG zu verhindern.

3.2.2 Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren Beeinträchtigungen für Schutzgut Pflanzen

Es sind keine seltenen oder geschützten Pflanzenarten im Bereich des Vorhabens erfasst worden. Beeinträchtigungen für das Schutzgut Pflanzen ergeben sich für das Vorhaben ausschließlich über den temporären Verlust von Biotopen. Da die Böschung auf beiden Seiten des BÜ im Anschluss an den Rückbau geschlossen werden soll, entstehen hier neue Lebensraumstrukturen für Pflanzenarten. Bezüglich des Vorkommens invasiver Neophyten sind die Angaben für das Schutzgut Biotop zu beachten (Kapitel 3.1).

Erhebliche Beeinträchtigungen des Schutzguts Pflanzen sind durch das Vorhaben nicht zu erwarten.

3.2.3 Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren Beeinträchtigungen für Schutzgut Boden**3.2.3.1 Stärke, Dauer und Reichweite der vorhabenbezogenen Wirkungen für Schutzgut Boden****Baubedingte Wirkungen**

Während der geplanten Baumaßnahme und Baustelleneinrichtung ist grundsätzlich bodenschonend zu arbeiten. Von einer Bodenverdichtung durch die Baumaßnahme im Bereich des BÜs ist nicht auszugehen, da bereits vorhandene, versiegelte Wege als Baustraße verwendet werden. Zudem sind im Planungsbereich des BÜs keine baubedingten Versiegelungen oder Teilversiegelungen vorgesehen. Demzufolge ist nicht mit anhaltenden Auswirkungen und Schäden auf die

Böden zu rechnen. Unter Beachtung dieser Faktoren ist die Stärke der Beeinträchtigung des Bodens durch baubedingte Wirkungen als **gering** einzustufen.

Stoffeinträge

Mit dem Vorhaben verbunden ist die Entstehung von Abfällen aus dem Rückbau des BÜ und Teilen des Weges. Hierzu gehören Asphalt, Schranken und weitere BÜ-Technik sowie ein Betonschalhäuschen. Es fallen voraussichtlich auch Abfälle an, die gefährliche Stoffe enthalten. Die Hinweise und Vorgaben bezüglich des Umgangs und der Entsorgung dieser Stoffe aus dem BoVEK sind zwingend zu beachten. Es liegen keine Informationen über Altlastverdachts- oder Kontaminationsflächen vor.

Bei unsachgemäßem Umgang mit belasteten Abfällen können Umweltschäden verursacht werden. Weiterhin können durch Bautätigkeiten Stoffeinträge aus den eingesetzten Baustoffen, von Baumaschinen und -geräten bzw. deren Betriebsmitteln sowie durch Emissionen des Baustellenverkehrs auftreten. Bei der Baustelleneinrichtung und der Baudurchführung muss daher ein sachgemäßer Umgang mit umweltgefährdenden Stoffen, z. B. bei der Betankung von Baufahrzeugen, der Lagerung von Treib- und Schmierstoffen und der ordnungsgemäßen Entsorgung von Abfällen und Baustoffen, erfolgen.

Des Weiteren wird die Böschung auf beiden Seiten des BÜ geschlossen. Dieses Vorgehen beinhaltet ggf. Bodenverfüllungen. Bei Beachtung der gesetzlichen Vorgaben und Richtlinien ist hier eine Kontamination des vorhandenen Bodens nicht zu erwarten.

Bei Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zum Schutz des Bodens sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten, die Wirkung ist als **gering** einzustufen.

3.2.3.2 Feststellen der Schwere der zu erwartenden Beeinträchtigungen für Schutzgut Boden

Die Böden des Planbereichs im Bereich des BÜs befinden sich in unmittelbarer Nähe zu der Trasse und einem versiegelten Weg. Demzufolge ist von einer anthropogenen Überprägung der Böden zu sprechen und von einer hohen Vorbelastung des Bodens auszugehen. Die baubedingten Wirkungen sind insgesamt als gering zu bewerten. Unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben sind keine erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Boden zu erwarten.

3.2.4 Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren Beeinträchtigungen für Schutzgut Wasser (Grundwasser)

3.2.4.1 Stärke, Dauer und Reichweite der vorhabenbezogenen Wirkungen für Schutzgut Wasser (Grundwasser)

Baubedingte Wirkungen

Baubedingte Wirkungen auf den Grundwasserkörper sind weitestgehend auszuschließen. Die Entwässerung der Flächen erfolgt im Bestand über Querneigung des Weges in das angrenzende Gelände. Für den Zeitraum der Baumaßnahmen ist kein anderes Entwässerungskonzept vorgesehen. Ebenfalls entfallen Wasserhaltungsmaßnahmen mangels Notwendigkeit. Der Eintrag von wassergefährdenden Stoffen durch baubedingte Havarien ist potenziell denkbar, stellt jedoch die Ausnahme dar. Mit der Anwendung der geltenden Regeln der Technik sind Havarien sehr

unwahrscheinlich. Mit dem Vorhalten geeigneter Bindemittel für den Havariefall können erhebliche Beeinträchtigungen auch für diesen Fall ausgeschlossen werden. In Betrachtung dieser Faktoren sind die baubedingten Wirkungen auf das Schutzgut Wasser als **sehr gering** einzuschätzen.

3.2.4.2 Feststellen der Schwere der zu erwartenden Beeinträchtigungen für Schutzgut Wasser (Grundwasser)

Wirkungen, die naturschutzfachlich als sehr gering eingeschätzt werden, stellen keine Beeinträchtigung dar und werden nicht weiter bewertet (Vgl. § 4 Abs.1 Satz 2 mit Bezug auf § 6 Abs. 2 Satz 1 BKompV). Da anlagenbedingten- oder betriebsbedingten Wirkungen bereits im Voraus ausgeschlossen wurden, und die baubedingten Wirkungen als sehr gering einzuschätzen sind, entfällt die Einstufung nach der Matrix der Anlage 3 BKompV. Entsprechend sind keine funktionspezifischen Kompensationsmaßnahmen für das Schutzgut Wasser / Grundwasser erforderlich.

3.2.5 Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren Beeinträchtigungen für Schutzgut Klima/Luft

Entfällt.

3.2.6 Ermittlung und Bewertung der unvermeidbaren Beeinträchtigungen für Schutzgut Landschaftsbild

Entfällt.

3.3 Übersicht über die Konflikte aller Schutzgüter

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht, über die im Rahmen der Konfliktanalyse ermittelten, vorhabenbedingten Konflikte durch Beeinträchtigung von Biotopen und weiteren Schutzgütern.

Bezeichnung der Konflikte:

B Biotope / Pflanzen (inkl. Habitatfunktion für Tiere)

F Fauna

Tabelle 6: Übersicht über alle vorhabenbedingten Konflikte.

Konflikt-Nr.	Bezeichnung des Konfliktes und Beschreibung	Art der Kompensation bzw. Vermeidung
B1	<u>Schädigung von angrenzenden Gehölzbeständen im Zuge Baus</u>	funktionsbezogen
B2	<u>Vorübergehende Flächeninanspruchnahme und daraus resultierender baubedingter Biotopverlust</u>	biotopwertbezogen
B3	<u>Ausbreitung von invasiven Neophyten auf neu entsiegelten Flächen</u>	funktionsbezogen

F1	<u>Störung, Tötung, Verletzung der Avifauna</u>	Funktionsbezogen
F2	<u>Störung, Tötung, Verletzung von Reptilien und Amphibien</u>	funktionsbezogen

Konflikt B1 - Schädigung von angrenzenden Gehölzbeständen im Zuge des Baus

Im Zuge der Bauausführung kann es bei dem Einsatz von Baumaschinen zu einer Schädigung oder Verlust der randlich an das Baufeld angrenzenden Gehölzbestände kommen.

Konflikt B2 - Vorübergehende Flächeninanspruchnahme

Die Baumaßnahmen führen baubedingt zum Verlust der Vegetation (Ruderalflur/ Brombeergestrüpp) innerhalb des Eingriffsbereichs. Flächige Gehölzbestände sind nicht betroffen.

Konflikt B3 – Ausbreitung von invasiven Neophyten auf neu entsiegelten Flächen

Die Gefahr der Ausbreitung invasiver Neophyten auf den entsiegelten Flächen nach Rückbau des BÜ ist nicht vollständig auszuschließen.

Konflikt F1 – Störung, Tötung, Verletzung der Avifauna

Potenzielle Störung, Verletzung oder Tötung von Vögeln durch Arbeiten zur Brutzeit und bauzeitlicher Beanspruchung von potenziellen Brutplätzen.

Konflikt F2 – Störung, Tötung, Verletzung von Reptilien und Amphibien

Aufgrund der guten Habitatsignung können durch Baustellenverkehr und – einrichtung potenziell Reptilien oder wandernde Amphibien gestört, verletzt oder getötet werden.

3.4 Vermeidung von Beeinträchtigungen von Biotopen durch das Vorhaben

Die in § 15 Abs. 1 BNatSchG geforderte Vermeidung von Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft wird in § 3 BKompV konkretisiert. Das Vermeidungsgebot ist wesentlicher Teil der Eingriffsregelung. Eine Vermeidung von Eingriffen hat generell Vorrang vor Ausgleich und Ersatz.

Alle Vermeidungsmaßnahmen werden in Maßnahmenblättern (s. Unterlage 9.1.2) beschrieben.

Der Eingriffsverursacher wird verpflichtet, in allen Planungsphasen und während der Umsetzung dafür Sorge zu tragen, dass das Vorhaben so umweltschonend wie möglich durchgeführt wird.

Tabelle 7: Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Biotopen.

Maßnahmen-nummer	Bezeichnung der Maßnahme	Beschreibung der Maßnahme
006_V	Gehölzschutz	Siehe Kap. 3.4
007_V	Wiederherstellung bauzeitlich beanspruchter Flächen	Siehe Kap. 3.4

006 V – Gehölzschutz

Für die Bäume entlang des Weges zur Siedlung ist bei einer Nutzung für größeren Baustellenverkehr (Materialtransporte, Bewegung von Baumaschinen) geeigneter Einzelbaumschutz, mindestens jedoch ein Stammschutz vorzusehen, um eine Schädigung der Bäume zu verhindern. Die Art und der Umfang des Gehölzschutzes ist mit der Umweltfachlichen Bauüberwachung vor Ort abzustimmen. Es ist die R SBB 2023 und die DIN 18920 zu beachten. An den Eingriffsbereich am BÜ angrenzende Bäume sind durch die Errichtung eines Gehölzschutzzaunes zu sichern. Die Verortung der Zäune erfolgt grob im Maßnahmenplan, der genaue Aufbau ist ebenfalls vor Ort mit der UBÜ abzustimmen.

007 V – Wiederherstellung bauzeitlich beanspruchter Flächen

Im Anschluss an die Bauarbeiten sind die bauzeitlich beanspruchten Flächen wieder herzustellen. Im Bereich der entsiegelten Flächen des BÜ und der neu modellierten Böschung sind bei Neupflanzungen ausschließlich heimische Gehölze und Regiosaatgut für die Saumbereiche zu verwenden.

3.5 Vermeidung von Beeinträchtigungen von Schutzgütern und Funktionen nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 BkompV durch das Vorhaben

Die nachfolgende Tabelle 8 enthält alle Vermeidungsmaßnahmen, die im Rahmen des LBP für die weiteren Schutzgüter und deren Funktionen festgelegt werden.

Einbezogen sind auch Vermeidungsmaßnahmen, die aus dem besonderen Artenschutz resultieren und im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (Unterlage 9.2) entwickelt wurden.

Tabelle 8: Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Schutzgütern und deren Funktionen.

Maßnahmen-nummer	Bezeichnung der Maßnahme und Beschreibung	Schutzgut
001_VA	Zeitfenster für Rückschnitt sowie Baufeldfreimachung	Tiere
002_VA	Kleinflächige Vergrämung im Bereich des Baufeldes zum Schutz von Reptilien (nur wenn Reptilien nachgewiesen werden)	Tiere
003_VA	Amphibien- bzw. Reptilienschutzzäune	Tiere
004_VA	Umsiedeln von Reptilien und/ oder Amphibien aus dem Baustellenbereich (nur wenn Reptilien und/ oder Amphibien nachgewiesen werden)	Tiere

001 VA: Zeitfenster für Rückschnitt sowie die Baufeldfreimachung

Sofern Sträucher zurückgeschnitten werden müssen, sind sämtliche Vegetationsschnittarbeiten zur Baufeldfreimachung (bspw. Herrichtung der Baustelle, Arbeiten am Bahnübergang etc.) gemäß § 39 BNatSchG außerhalb der Brutzeiten der Vögel, in der Zeit vom 1. Oktober 2026 bis 28. Februar 2027 durchzuführen und auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.

002 VA: Kleinflächige Vergrämung im Bereich des Baufeldes zum Schutz von Reptilien (nur wenn Reptilien nachgewiesen werden)

Sollten im Zuge der noch laufenden Erfassungen planungsrelevante Reptilien nachgewiesen werden, so sind als Vergrämnungsmaßnahme im Bereich des geplanten Baufelds potenzielle Versteckmöglichkeiten bzw. Habitatemente (u.a. Steinhaufen, Totholz) zu entfernen und eine gezielte sukzessive Mahd durchzuführen.

Sofern die Vergrämnungsmaßnahme greift, hat das Entfernen der Versteckmöglichkeiten ein Jahr vor Baubeginn zu Beginn der Aktivitätszeit der Reptilien im Frühsommer (April – Mai 2026) zu erfolgen, um ihnen das Abwandern in nahe gelegene Habitate außerhalb der Baueingriffsflächen zu ermöglichen. Vom vorzeitigen Entfernen der natürlichen Versteckmöglichkeiten in den Wintermonaten wird abgeraten, da die vorliegenden Verstecke dann evtl. angenommen sein könnten.

Zudem ist im gesamten direkten Baufeld eine Vergrämnungsmahd durchzuführen. In den ausgewiesenen Flächen ist die Mahd gerichtet und sukzessiv mittels Freischneider oder Balkenmäher (Schnitthöhe > 15 cm GOK) durchzuführen. Die Mäharbeiten sind von der UBÜ zu begleiten. Sofern während den Mäharbeiten Reptilien im Eingriffsbereich festgestellt werden, sind diese sofort artgerecht zu sichern und in die angrenzenden Bereiche außerhalb des Gefahrenbereiches im räumlich-funktionalen Zusammenhang zu überführen. Sofern durch die Arbeiten erhebliche Mengen an Schnittgut anfallen, soll dieses nicht im Baufeld verbleiben und ist unmittelbar zu entfernen. Das Schnittgut kann ggf. an geeigneter Stelle als punktuelle Haufwerke oder in Längsachsen mit der Funktion als Lenk-, Zieh- bzw. Attraktionspunkte in die angrenzenden Bereiche angelegt werden, um das selbstständige Abwandern zu begünstigen.

Die Vergrämnungsmaßnahme 002_VA greift nur dann, sofern ein Positivbefund vorliegt. Diese Maßnahme hat zeitgleich mit der Maßnahme 005_CEF zu erfolgen, sofern im angrenzenden Umfeld ausreichend dimensionierte Ausweichflächen zur Verfügung stehen. Unmittelbar nach Beendigung der Vergrämnungsmaßnahme 002_VA ist die Maßnahme 003_VA „Aufstellen von - Reptilienschutz- bzw. Amphibienschutzzäunen“ einzuleiten, um ein erneutes Einwandern von Reptilien zu unterbinden.

003 VA: Amphibien- bzw. Reptilienschutzzäune

Im Rahmen des Vorhabens wird vorsorglich der Einsatz eines temporären Reptilienschutz- bzw. Amphibienschutzzauns (mit glatter Oberfläche) vorgesehen. Die überragende bzw. überhängende Seite des Zaunes zeigt vom Baufeld weg, und die unteren 10 cm werden in den Boden eingegraben. Sollte dies aufgrund der Standortbedingungen nicht möglich sein, wird der untere Teil des Zauns im Ausnahmefall mit einem Sand-Kiesgemisch lückenlos beschwert, um einen durchgängigen Bodenschluss sicherzustellen. Der Zaun soll an den relevanten Bereichen südlich bzw. nördlich des zu entfernenden Bahnübergangs sowie links und rechts neben der Zuwegung installiert werden und verhindern, dass während der saisonalen Wanderbewegungen von Süden einwandernde bzw. von Norden abwandernde Amphibien in den Baustellenbereich gelangen.

Sofern planungsrelevante Reptilien nachgewiesen werden, wird der Reptilienschutzzaun zu Beginn der Aktivitätszeit im Jahr 2026 errichtet. Werden keine planungsrelevanten Reptilien nachgewiesen, erfolgt die Errichtung des Zauns nur dann, wenn die Bautätigkeiten in die Amphibienwanderzeiten fallen, also entweder während der Frühjahrswanderung zum Laichgewässer oder während der Abwanderung nach der Fortpflanzung. Der Zaun wird rechtzeitig vor Baubeginn (Ende 2026) installiert und bis zum Abschluss der störungsrelevanten Arbeiten aufrechterhalten. Zusätzlich kann der Zaun mit Fanggefäßen (z. B. Eimern) kombiniert werden, um täglich

kontrolliert Tiere zu bergen und in geeignete Habitate umzusetzen. So wird eine Beeinträchtigung wandernder Amphibien während der Baumaßnahmen effektiv verhindert.

Falls ein Positivbefund von Reptilien vorliegt, wird in den betroffenen Bereichen ein Reptilienschutzzaun installiert, um zu verhindern, dass Reptilien in das Baufeld oder in die Eingriffsbereiche gelangen. Der Reptilienschutzzaun ersetzt den Amphibienschutzzaun, umgedreht ist dies nicht möglich. Der Zaunverlauf wird in Abstimmung mit der UBÜ und der UNB der Stadt Dortmund festgelegt. Die Zaunhöhe und -installation richten sich nach der zu schützenden Reptilienart. Das Aufstellen des Zaunes wird durch die UBÜ begleitet. Werden während der Zauninstallation Reptilien im Eingriffsbereich festgestellt, werden diese sofort artgerecht gesichert und in angrenzende sichere Bereiche außerhalb des Gefahrenbereichs überführt. Der Zaun wird in regelmäßigen Abständen durch die UBÜ auf seine Funktionstüchtigkeit überprüft. Während der Standzeit des Zaunes muss der Zaunverlauf beidseitig auf mindestens 50 cm von Vegetation freigehalten oder freigeschnitten werden (Schnitthöhe > 15 cm GOK)

004 VA: Umsiedeln von Reptilien aus dem Baustellenbereich (nur wenn Reptilien nachgewiesen werden)

Werden bei den noch laufenden Erfassungen planungsrelevante Reptilien und/ oder Amphibien nachgewiesen, so sind ein Jahr vor Baubeginn zur Aktivitätszeit (voraussichtlich Anfang April bis Ende September 2026) die im geplanten Baufeld befindlichen Reptilien und/ oder Amphibien und deren Nahrungstiere artgerecht abzufangen und in die aufgewerteten angrenzenden Habitatstrukturen (005_CEF) zu überführen. Die Anzahl der Abfangtermine richten sich generell nach der zur Kartiersaison (zur Aktivitätszeit zwei Jahre vor Baubeginn) ermittelten Schätzpopulation und des Fangerfolges und wird in Absprache mit der UNB der Stadt Dortmund überschlägig ermittelt. Der Populationserhalt der zuvor ermittelten lokalen Population ist zu gewährleisten.

Insbesondere für Amphibien sind während der Hauptwanderungszeiten aktive Fangeimerkontrollen durchzuführen, die im Zusammenhang mit der Errichtung des Reptilien- bzw. Amphibienschutzzauns (003_VA) durchzuführen sind. Die so gefangenen Tiere sind ebenfalls umzusiedeln. Nach mindestens drei Negativkontrollen noch zur Aktivitätszeit ein Jahr vor Baubeginn, können die Abfänge eingestellt werden. Im Folgejahr ist zur Aktivitätszeit eine Kontrollbegehung seitens der UBÜ durchzuführen, um das Baufeld für die Baufeldfreimachung sicher freizugeben. Sollten sich im Folgejahr wider Erwarten Individuen in den geplanten Eingriffsbereichen befinden, sind die Tiere so lange abzufangen, bis das Baufeld nach drei Negativkontrollen seitens der UBÜ freigegeben wird.

Allgemeine baubegleitende Vorsorge- und Schutzmaßnahmen sowie Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen

Weitere zur Vermeidung und Verminderung von erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen anzuwendende technische und gesetzliche Vorgaben und geltende Richtlinien sind im Rahmen der Bauausführung zu berücksichtigen und werden nicht explizit als Vermeidungsmaßnahme des Vorhabens aufgeführt.

Dazu gehören u.a.:

für die Schutzgüter Boden und Wasser:

- Es sind Sicherheitsdatenblätter für auf der Baustelle verwendete wasser- und bodengefährdende Stoffe vorzuhalten, um im Falle einer Havarie sofort handlungsfähig zu sein. Zudem sind Bindemittel vorzuhalten, die sofort einsatzfähig sind.

Für das Schutzgut Tiere:

- Zur Sicherstellung der Einhaltung umwelt- und artenschutzrechtlicher Vorgaben ist während der Bauphase eine umweltfachliche Bauüberwachung einzusetzen. Diese begleitet die Umsetzung der Vermeidungs-, Schutz- und ggf. CEF-Maßnahmen und stellt sicher, dass mögliche Beeinträchtigungen geschützter Arten oder ihrer Lebensstätten rechtzeitig erkannt und vermieden werden. Die umweltfachliche Bauüberwachung kontrolliert insbesondere den Zustand und die Funktionstüchtigkeit temporärer Maßnahmen wie Amphibien- und Reptilienschutzzäune und berät die Bauleitung bei Bedarf zu Anpassungen. Zudem dient sie als Schnittstelle zur UNB und dokumentiert die relevanten Maßnahmen und Beobachtungen fortlaufend.
- Im Zuge der umweltfachlichen Bauüberwachung sollten regelmäßige Kontrollen der Schutzmaßnahmen, insbesondere der Funktionalität des Amphibien-/Reptilienschutzzauns (z. B. Standfestigkeit, Dichtigkeit und Fanggefäße) sowie die Beobachtung potenziell relevanter Artvorkommen im Baufeld umfassen. Etwaige Beobachtungen geschützter Arten werden dokumentiert und zeitnah bewertet. Bei Bedarf werden in Abstimmung mit der UNB der Stadt Dortmund entsprechende Anpassungen der Maßnahmen umgesetzt. Ziel sollte sein, die Einhaltung der artenschutzrechtlichen Vorgaben dauerhaft zu gewährleisten und bei unvorhergesehenen Entwicklungen flexibel reagieren zu können.

3.6 Ermittlung des biotopwertbezogenen Kompensationsbedarfs für beeinträchtigte Biotope

Der biotopwertbezogene Kompensationsbedarfs wird aus der Summe der errechneten Biotopwerte der unmittelbaren und mittelbaren Beeinträchtigungen ermittelt.

Nach § 9 Abs. 1 BKompV werden damit auch die erheblichen Beeinträchtigungen aller anderen Schutzgüter durch die zu bestimmenden erforderlichen Aufwertungen kompensiert.

Die **unmittelbaren Beeinträchtigungen** ergeben sich aus der baubedingten Inanspruchnahme von Biotopen. Für die Berechnung der Kompensationsbedarfs ist für jede betroffene Fläche die Differenz zwischen dem Biotopwert des vorhandenen Zustands und des nach dem Eingriff zu erwartenden Zustands zu bilden und mit der Flächengröße (in m²) zu multiplizieren. Dies gilt zunächst nur für Biotope mit erheblichen Beeinträchtigungen.

Biotope mit sehr geringer Wertigkeit, für die keine erheblichen Beeinträchtigungen entstehen, gehen nur in die Berechnungen ein, wenn sie als Zielbiotop eine Aufwertung erfahren. Sie werden dann in der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung aufgeführt, jedoch nicht bei der Ermittlung des Kompensationsbedarfs.

Die Kompensationsbilanz unmittelbarer und mittelbarer Beeinträchtigungen der Biotope beläuft sich auf einen geringfügigen Kompensationsüberschuss von 260 Wertpunkte nach BKompV, und ist somit als ausgeglichen anzusehen.

BÜ „Zum Steigeturm“

Beseitigung einer BÜSA km 16,0 – Zum Steigeturm



Tabelle 9: Ermittlung des biotopwertbezogenen Kompensationsbedarfs für den Zustand nach Eingriff (unmittelbare Beeinträchtigungen).

Tabelle "Eingriff - Ausgleich"													
Rückbau BÜ "Zum Steigeturm"													
Eingriff							Ausgleich						
Unterlage (Plan)	Konflikt Nr.	Biototyp Beschreibung nach BKompV ¹⁾	Code nach Biotop-schlüssel BKompV ¹⁾	Biotopwert nach BKompV ¹⁾	Fläche m²	Eingriffswert BKompV	Unterlage (Plan)	Maßnahmen Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Zielbiotop nach BKompV ¹⁾	Zielbiotopwert nach BKompV ¹⁾	Fläche m²	Ausgleich-/Ersatzwert BKompV
Eingriff BÜ							Zustand nach Rückbau/Wiederherstellung						
9.1.1	B2	Sonstige krautige und grasige Säume und Fluren der offenen Landschaft	39.03.02	7	47	332	9.1.2	007_V	Wiederherstellung der in Anspruch genommenen Fläche gemäß Ausgangszustand	39.03.02	7	47	332
9.1.1	B2	Trocken-warme Ruderalstandorte auf Sand-, Kies- und Schotterböden	39.06.01	7	113	794	9.1.2	007_V	Wiederherstellung der in Anspruch genommenen Fläche gemäß Ausgangszustand	39.06.01	7	113	794
9.1.1	B2	Sonstiges Gebüsch frischer Standorte	41.01.04.02	13	19	241	9.1.2	007_V	Wiederherstellung der in Anspruch genommenen Fläche gemäß Ausgangszustand	41.01.04.02	13	19	241
9.1.1	B1	Feldgehölz frischer Standorte - Mittlere Ausprägung	41.02.02M	14	38	536	9.1.2	007_V, 006_V	Wiederherstellung der in Anspruch genommenen Fläche gemäß Ausgangszustand, Gehölzschutz	41.02.02M	14	38	536
9.1.1	B2	Rubus-Gestrüppe und -Vormäntel	42.02	7	57	396	9.1.2	007_V	Wiederherstellung der in Anspruch genommenen Fläche gemäß Ausgangszustand	42.02	7	57	396
9.1.1	B1	Laub(misch)holzforste einheimischer Baumarten - Mittlere Ausprägung	43.09M	13	15	197	9.1.2	006_V	Gehölzschutz	43.09M	13	15	197

BÜ „Zum Steigeturm“

Beseitigung einer BÜSA km 16,0 – Zum Steigeturm



Eingriff							Ausgleich						
Unterlage (Plan)	Konflikt Nr.	Biotoptyp Beschreibung nach BKompV ¹⁾	Code nach Biotop-schlüssel BKompV ¹⁾	Biotopwert nach BKompV ¹⁾	Fläche m²	Eingriffs-wert BKompV	Unterlage (Plan)	Maßnahmen Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Zielbiotop nach BkompV ¹⁾	Zielbiotopwert nach BkompV ¹⁾	Fläche m²	Ausgleich-/ Ersatzwert BKompV
9.1.1		Versiegelter oder sonstiger gepflasterter Verkehrs- und Betriebsweg (z. B. Straße, Start-, Landebahn)	52.01.01a	0	66	0	9.1.2		Rückbau zu geschottertem Gleisbett ca. 30 qm; Rückbau zu ca. 36 qm Rückschnitt- u. Stabilisierungszone*	51.04a.02 / 52.04.01	7 / 1	30 / 36	246
9.1.1		Geschotterter Weg oder Weg mit wassergebundener Decke	52.02.04a	4	12	47	9.1.2	007_V	Wiederherstellung der in Anspruch genommenen Flächen gemäß Ausgangszustand	52.02.04a	4	12	47
9.1.1		Gleiskörper	52.04.01	1	293	293	9.1.2	007_V	Wiederherstellung der in Anspruch genommenen Flächen gemäß Ausgangszustand	52.04.01	1	293	293
9.1.1		Einzelgebäude im Außenbereich - Sonstige Einzelgebäude/-gehöfte	53.01.18a.02	2	3	6	9.1.2		Rückbau Betonschaltheus, anschließend natürliche Sukzession*	51.04a.02	7	3	20
Gesamt-Eingriffswert					663	2.841	Kompensationswert					663	3.102
Kompensationsdefizit						-260							

¹⁾ BKompV gültig ab 03.06.2020
²⁾ Gehölze im Instandhaltungsbereich werden als 51.04a.02 (BKompV) bewertet.

3.7 Ermittlung des funktionsspezifischen Kompensationsbedarfs für beeinträchtigte Schutzgüter nach § 7 Abs. 2 Satz 1 BKompV

3.7.1 Schutzgut Biotope und Pflanzen

Ein funktionsspezifischer Kompensationsbedarf ergibt sich im Zusammenhang mit dem Schutzgut Biotope für erhebliche Beeinträchtigungen besonderer Schwere.

Für temporäre Eingriffe kann dies ab sehr hoch bewerteten Biotopen der Fall sein, für dauerhafte Eingriffe ab einer hohen Wertigkeit von Biotopen.

Darüber hinaus sind alle baubedingten und anlagebedingten Eingriffe in nach § 30 BNatSchG geschützten Biotope funktionsspezifisch auszugleichen.

Für die Auflassung des BÜ Zum Steigeturm kommt es unter Beachtung aller Vermeidungsmaßnahmen zu keiner erheblichen Beeinträchtigung von Biotopen und Pflanzen. Ein funktionsspezifischer Kompensationsbedarf liegt demnach nicht vor.

3.7.2 Schutzgut Tiere

Ein funktionsspezifischer Kompensationsbedarf ergibt sich im Zusammenhang mit dem Schutzgut Tiere für erhebliche Beeinträchtigungen besonderer Schwere (eBS).

Gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 1 BKompV sind funktionsspezifische Kompensationsmaßnahmen vorzusehen, da die eBS nicht allein über die biotopbezogenen Maßnahmen kompensiert werden können.

Die möglichen Beeinträchtigungen werden durch geeignete vorgezogene oder/und baubegleitende Vermeidungsmaßnahmen (siehe dazu Kapitel 3.5) so weit minimiert, dass die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gemäß Artenschutzfachbeitrag (Unterlage 9.2) nicht eintreten.

Bei den bisherigen Kartierdurchgängen wurden keine Hinweise auf ein Vorkommen von Reptilien gefunden. Sollten bis zur Baudurchführung Reptilien nachgewiesen werden, ergeben sich durch den temporären Lebensraumverlust und die Gefahr der Tötung durch die Baustelle erhebliche Beeinträchtigungen besonderer Schwere für Reptilien. Sollte dies eintreten, ist die nachfolgend aufgeführte CEF-Maßnahme vorlaufend zur Baudurchführung umzusetzen:

Maßnahmennummer	Bezeichnung der Maßnahme und Beschreibung	Schutzgut
005_CEF	Bauzeitliche Aufwertung von angrenzenden Habitatstrukturen (nur wenn Reptilien nachgewiesen werden)	Tiere

005 CEF: Bauzeitliche Aufwertung von angrenzenden Habitatstrukturen (nur wenn Reptilien nachgewiesen werden)

Sofern im Zuge der noch laufenden Erfassungen planungsrelevante Reptilien nachgewiesen werden und unmittelbar an das Baufeld angrenzende Ausweichflächen im räumlich-funktionalen Zusammenhang zur Verfügung stehen, bleiben in der näheren Umgebung des Eingriffsbereiches, jedoch außerhalb des Baufeldes, existierende Versteckmöglichkeiten für Reptilien erhalten.

Des Weiteren sollen die mit der UNB der Stadt Dortmund abzustimmende angrenzenden Bereiche durch die zusätzliche Anlage von vernetzten Habitatelementen bzw. Versteckmöglichkeiten wie Totholz-, Steinhaufen und Sandlinsen aufgewertet werden. Geeignete Materialien aus dem

geplanten Baufeld (u.a. Instandhaltungsbereich) können für die Schaffung reptilienfreundlicher Strukturen wiederverwendet werden. Die Arbeiten zur Aufwertung der angrenzenden Habitatstrukturen sind durch die UBÜ zu begleiten. Sofern während der Herrichtung Reptilien festgestellt werden, sind diese sofort artgerecht zu sichern und in die angrenzenden Bereiche außerhalb des Gefahrenbereiches im räumlich-funktionalen Zusammenhang zu überführen. Die Maßnahme 005_CEF greift nur dann, sofern ein Positivbefund vorliegt und hat zeitgleich mit der Maßnahme 002_VA zu erfolgen.

3.7.3 Schutzgut Boden

Für das Schutzgut Boden ergeben sich im Rahmen des Eingriffs keine erheblichen Beeinträchtigungen besonderer Schwere, sodass kein funktionsspezifischer Kompensationsbedarf vorliegt. Erhebliche Beeinträchtigungen (eB) können unter Beachtung des Allgemeinen Bodenschutzes während der Bauarbeiten ausgeschlossen werden.

3.7.4 Schutzgut Wasser

Für das Schutzgut Wasser (Grundwasser) wurden keine erheblichen Beeinträchtigungen besonderer Schwere (eBS) ermittelt. Damit entfällt der funktionsspezifische Kompensationsbedarf.

Erhebliche Beeinträchtigungen (eB) werden aufgrund fehlender Eingriffe in Oberflächengewässer und Grundwasser ebenfalls nicht erwartet.

3.7.5 Schutzgut Klima/Luft

Entfällt.

3.7.6 Schutzgut Landschaftsbild

Entfällt.

3.8 Auswirkungen auf Schutzgebiete

3.8.1 Landschaftsschutzgebiet DO-00028 „Marten-Rahm-Wischlingen“

Das LSG Nr. 21 „Marten-Rahm-Wischlingen“ befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Eingriffsbereich (ca. 10 m). Es werden im Bereich des LSG voraussichtlich bauzeitlich auf geringer Fläche Gebüsch entnommen und Weg zurückgebaut, sowie eine Böschung modelliert. Es wird daher im Zuge der Baumaßnahme im Bereich des LSG Nr. 21 voraussichtlich gegen die Verbote 1, 2, 3 und 11 verstoßen (siehe Kapitel 1.6.4.1). Aufgrund der sehr geringen Flächenbeanspruchung, ist hierdurch keine Beeinträchtigung von Schutz- und Erhaltungszielen zu erwarten. Der Rückbau des BÜ wird notwendig aufgrund der Erneuerung des ESTW Dortmund. Dieses ist erforderlich für einen auch zukünftig reibungslosen Ablauf des Güter- und Personennahverkehrs, wodurch ein öffentliches Interesse vorliegt. Für den Rückbau des BÜ Zum Steigeturm wird daher nach §67 Abs. 1 BNatSchG eine Ausnahme vom Verbot des § 26 Abs. 2 BNatSchG für die in Anspruch zu nehmenden Randbereiche des LSG Nr. 21 „Marten-Rahm-Wischlingen“ (LSG-DO-00028) beantragt.

3.8.2 Biotopverbundfläche VB-A-4410-103 „Bachsysteme und Gewerbe- und Industriebrachen von Kirchlinde bis Kley“

Der Vorhabenbereich liegt innerhalb der Biotopverbundfläche VB-A-4410-103 „Bachsysteme und Gewerbe- und Industriebrachen von Kirchlinde bis Kley“. Die Schutzzwecke und Funktionen des Gebietes sind in Kapitel 1.6.4.3 aufgeführt. Da sich das Vorhaben auf den unmittelbaren Bereich des BÜ beschränkt, wird die Funktion der Biotopverbundfläche durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt.

4 Kompensationsmaßnahmen

Im Gesamtkonzept der Maßnahmenplanung werden zusätzlich zu den unter Kapitel 3 beschriebenen Vermeidungsmaßnahmen die biotopwertbezogene und funktionsbezogene Realkompensation abgeleitet.

Die geplanten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind multifunktional, d.h. Beeinträchtigungen verschiedener Schutzgüter können gemeinsam mit einer Maßnahme kompensiert werden.

Die sich aus der Eingriffsregelung gem. BNatSchG und dem Fachrecht ergebenden Kompensationsanforderungen werden ebenso in das Gesamtkonzept integriert (multiinstrumentell).

4.1 Biotopwertbezogene Kompensationsmaßnahmen für beeinträchtigte Biotope

Über die biotopwertbezogene Kompensation werden die erheblichen Beeinträchtigungen von Biotopen gemäß §8 Abs. 1 S. 1 BKompV ausgleichen oder ersetzt.

Über den multifunktionalen Ausgleich und Ersatz werden auch die ermittelten erheblichen Beeinträchtigungen der weiteren Schutzgüter kompensiert.

Für das vorliegende Vorhaben wurden keine erheblichen Beeinträchtigungen von Biotopen ermittelt. Die Bilanzierung ergibt einen geringen Kompensationsüberschuss. Es sind demnach keine Kompensationsmaßnahmen notwendig.

4.2 Funktionsspezifische Kompensationsmaßnahmen für beeinträchtigte Schutzgüter nach § 7 Abs. 2 Satz 1 BKompV

4.2.1 Schutzgut Biotope und Pflanzen

Entfällt.

4.2.2 Schutzgut Tiere

Gemäß BKompV ist die Vielfalt von Tierarten einschließlich der innerartlichen Vielfalt durch die „Wiederherstellung/Optimierung/Neuschaffung der Habitate der betroffenen Art (Ausgleich) bzw. der Habitate einer Art mit ähnlichen Habitatansprüchen und einer insgesamt gleichwertigen Bedeutung für die biologische Vielfalt (Ersatz) [...] in dem vom Eingriff betroffenen populations- bzw. artspezifischen Funktionsraum in Abhängigkeit von konkreten Verbreitungsarealen“ zu kompensieren (Anlage 5 BKompV).

Sollten bis zur Baudurchführung Reptilien nachgewiesen werden, ergeben sich durch den temporären Lebensraumverlust und die Gefahr der Tötung durch die Baustelle erhebliche Beeinträchtigungen besonderer Schwere für Reptilien. Sollte dies eintreten, ist die nachfolgend gelistete CEF-Maßnahme vorlaufend zur Baudurchführung umzusetzen.

Tabelle 10: Funktionsspezifische Kompensation für das Schutzgut Tiere

Betroffene Art / Artengruppe mit eBS	Betroffenheit	Konflikt- Nr.	Funktionsspezifische Kom- pensation
Reptilien	Gefahr der Verletzung/Stö- rung Tötung	F2	Maßnahme 005_CEF zusätz- lich zu 002 – 004_VA

005 CEF: Bauzeitliche Aufwertung von angrenzenden Habitatstrukturen (nur wenn Reptilien nachgewiesen werden)

Sofern im Zuge der noch laufenden Erfassungen planungsrelevante Reptilien nachgewiesen werden und unmittelbar an das Baufeld angrenzende Ausweichflächen im räumlich-funktionalen Zusammenhang zur Verfügung stehen, bleiben in der näheren Umgebung des Eingriffsbereiches, jedoch außerhalb des Baufeldes existierende Versteckmöglichkeiten für Reptilien erhalten.

Des Weiteren sollen die mit der UNB der Stadt Dortmund abzustimmende angrenzenden Bereiche durch die zusätzliche Anlage von vernetzten Habitatelementen bzw. Versteckmöglichkeiten wie Totholz-, Steinhaufen und Sandlinsen aufgewertet werden. Geeignete Materialien aus dem geplanten Baufeld (u.a. Instandhaltungsbereich) können für die Schaffung reptilienfreundlicher Strukturen wiederverwendet werden. Die Arbeiten zur Aufwertung der angrenzenden Habitatstrukturen sind durch die UBÜ zu begleiten. Sofern während der Herrichtung Reptilien festgestellt werden, sind diese sofort artgerecht zu sichern und in die angrenzenden Bereiche außerhalb des Gefahrenbereiches im räumlich-funktionalen Zusammenhang zu überführen. Die Maßnahme 005_CEF greift nur dann, sofern ein Positivbefund vorliegt und hat zeitgleich mit der Maßnahme 002_VA zu erfolgen. Die Flächen sind bauzeitlich zu erhalten. Da nach Abschluss der Bauarbeiten die ursprünglichen Habitatstrukturen wieder in vollem Umfang zur Verfügung stehen, können die aufgewerteten Habitate im Anschluss sich selbst überlassen werden. Eine Entwicklung oder Unterhaltung ist nicht erforderlich.

4.2.3 Schutzgut Boden

Entfällt.

4.2.4 Schutzgut Wasser

Entfällt.

4.2.5 Schutzgut Klima / Luft

Entfällt.

4.2.6 Schutzgut Landschaftsbild

Entfällt.

BÜ „Zum Steigeturm“

Beseitigung einer BÜSA km 16,0 – Zum Steigeturm



5 Ersatzgeld

Entfällt.

6 Zusammenfassung

Durch den Neubau des ESTW Zulaufstrecke Dortmund II entfällt die Möglichkeit einer örtlichen Bedienung des BÜ „Zum Steigeturm“ auf der Strecke 2210 im Bahn-km 16,060. Aufgrund der geringen Nutzung wird der BÜ daher ersatzlos, inklusive aller Anlagen zurückgebaut.

Die vorliegende Planung erfasst die Beseitigung des BÜs einschließlich aller daraus erforderlichen Folgemaßnahmen. Darüberhinausgehende Maßnahmen sind nicht Gegenstand des Vorhabens und werden entsprechend nicht betrachtet. Die Freimachung inkl. Vegetationsrückschnitte der Flächen erfolgt Anfang 2027. Der Rückbau des BÜ „Zum Steigeturm“ erfolgt in der Sperrpause 16.07.2027 bis 30.07.2027 ausschließlich tagsüber. Der Rückbau des Betonschalthauses erfolgt danach in der Sperrpause vom 22.10. bis 05.11.2027. Die Bauarbeiten sollen Ende 2027 abgeschlossen sein.

Durch das Vorhaben kommt es zu einer geringen Entsiegelung von vorher asphaltierter Fläche. Die Böschung wird beidseitig geschlossen und der Bereich BÜ mit einem Zaun vor unbefugtem Betreten gesichert.

Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach §44 Abs. 1 BNatSchG für geschützte Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie bzw. Artikel 1 VS-RL wurden im Rahmen eines Artenschutzfachbeitrages bewertet. Die Ergebnisse wurden in den vorliegenden LBP integriert. Eine Auslösung von Verbotstatbeständen gemäß §44 BNatSchG ist bei Einhaltung der in Tabelle 11 aufgeführten Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen auszuschließen.

Die baubedingte Flächeninanspruchnahme auf unversiegelten und naturnahen Flächen entspricht einem Eingriff in Natur und Landschaft im Sinne des §14 Abs. 1 BNatSchG. Weiterhin wird voraussichtlich gegen einzelne Verbote des LSG DO-00028 „Marten-Rahm-Wischlingen“ verstoßen. Aufgrund der sehr geringen Flächenbeanspruchung, ist jedoch keine Beeinträchtigung von Schutz- und Erhaltungszielen zu erwarten. Da der Rückbau des BÜ Zum Steigeturm durch den Bau des ESTW Zulaufstrecke Dortmund notwendig wird, für welchen ein öffentliches Interesse vorliegt, wird nach §67 Abs. 1 BNatSchG eine Ausnahme vom Verbot des § 26 Abs. 2 BNatSchG beantragt.

Es handelt sich bei den betroffenen Biotopen überwiegend um durch Sukzession und ggf. Initialsaat vollständig wiederherstellbare Ruderal- und Saumstrukturen sowie Wiese und Brombeergestrüpp. Durch die Vermeidungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen in Tabelle 11 können dauerhafte Beeinträchtigungen vollständig vermieden werden.

Die Bilanzierung ergab unter Berücksichtigung der Wiederherstellungsmaßnahmen einen geringfügigen Kompensationsüberschuss von 260 Wertpunkten nach BKompV.

Die bau- und anlagenbedingten Eingriffe in Natur und Landschaft können unter Berücksichtigung der Vermeidungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen als vollständig kompensiert angesehen werden. Erhebliche, verbleibende Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt sind unter Berücksichtigung aller beschriebenen Maßnahmen nicht zu erwarten.

Tabelle 11: Zusammenfassende Gegenüberstellung von Konflikten und Maßnahmen

Konflikt Nr.	Konfliktbezeichnung	Maßnahmen Nr.	Maßnahmen zur Vermeidung und Kompensation der Konflikte (Kurzbezeichnung)
B1	Schädigung von angrenzenden Gehölzbeständen im Zuge des Baus	006_V	Gehölzschutzzaun
B2	Vorübergehende Flächeninanspruchnahme	007_V	Wiederherstellung bauzeitlich beanspruchter Flächen
B3	Ausbreitung von invasiven Neophyten auf neu entsiegelten Flächen	007_V	Wiederherstellung bauzeitlich beanspruchter Flächen
F1	Störung, Tötung, Verletzung der Avifauna	001_V	Zeitfenster für Rückschnitt- und Rodungsarbeiten sowie die Baufeldfreimachung
F2	Störung, Tötung, Verletzung von Reptilien und Amphibien	002_VA, 003_VA, 004_VA, 005_CEF	<p>Kleinflächige Vergrämung im Bereich des Baufeldes zum Schutz von Reptilien (nur wenn Reptilien nachgewiesen werden)</p> <p>Amphibien- bzw. Reptilienschutzzäune</p> <p>Umsiedeln von Reptilien und/ oder Amphibien aus dem Baustellenbereich (nur wenn Reptilien und/ oder Amphibien nachgewiesen werden)</p> <p>Bauzeitliche Aufwertung von angrenzenden Habitatstrukturen (nur wenn Reptilien nachgewiesen werden)</p>

7 Literaturverzeichnis

- Anon., 2020. Bundeskompensationsverordnung vom 14. Mai 2020 (BGBl. I S. 1088). s.l.:s.n.
- BfN & BMU, 2021. Handreichung zum Vollzug der Bundeskompensationsverordnung, November 2021. Bundesamt für Naturschutz & Bundesministerium für Umwelt: s.n.
- DB E&C, 2025. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag Bahnübergang "Zum Steigeturm" - Beseitigung einer BÜSA Strecke 2210, Bahn-km 16,0 - Zum Steigeturm. Duisburg: s.n.
- DB InfraGO AG, 2025a. Beseitigung einer BÜSA km 16,0 - Zum Steigeturm: Erläuterungsbericht. s.l.:s.n.
- DB InfraGO AG, 2025b. Übersichtslageplan: Beseitigung Bahnübergangssicherungsanlage - Beseitigung einer BÜSA km 16 - Zum Steigeturm. s.l.:s.n.
- EISENBAHN-BUNDESAMT, 2022. Fachinformation zur naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung – hier: Bundeskompensationsverordnung. Stand: Mai 2022.. s.l.:s.n.
- EISENBAHN-BUNDESAMT, 2022. Umwelt-Leitfaden für die eisenbahnrechtliche Planfeststellung und Plangenehmigung Teil III – Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung. Stand: Mai 2022. s.l.:s.n.
- Geologischer Dienst NRW, 2025. Bodenkarte von Nordrhein-Westfalen 1 : 50 000 - digital und analog. [Online]
Available at: <https://www.geoportal.nrw/?activetab=map#>
- GEOportal.NRW, 2025. Geoportal des Landes Nordrhein-Westfalen. [Online]
Available at: <https://www.geoportal.nrw/?activetab=map#>
- IMA GDI, 2025. GEOportal.NRW. s.l.:s.n.
- LANUK, 2025. Klimaatlas NRW; Klima NRW.Plus. Düsseldorf: Landesamt für Natur, Umwelt und Klima: s.n.
- LANUK, 2025. Klimaatlas NRW; Klima NRW.Plus. Düsseldorf: Landesamt für Natur, Umwelt und Klima: s.n.
- MUNV NRW, 2025. ELWAS-WEB. Düsseldorf: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen: s.n.
- MUNV NRW, 2025. ELWAS-WEB: Wasserdaten NRW. Düsseldorf: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen: s.n.
- MUNV NRW, 2025. NRW Umweltdaten vor Ort (UvO). Düsseldorf: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen: s.n.

NOAA Climate.gov, 2021. How do scientists classify different types of climate?, s.l.: s.n.

Stadt Dortmund, 1991. Bebauungsplan Hu 115/2 in 2 Blättern (Blatt1). s.l.:s.n.

Stadt Dortmund, 2004. Flächennutzungsplan Dortmund. [Online]

Available at:

https://geoweb1.digistadtde.de/doris_gdi/mapapps4/resources/apps/flaechennutzungsplan/index.html?lang=de&vm=2D&s=46296.296296296314&c=386167.5840371999%2C5710149.113676955&r=0

Stadt Dortmund, 2020a. Landschaftsplan Stadt Dortmund: Festsetzungskarte.

[Online]

Available at:

https://www.dortmund.de/dortmund/projekte/rathaus/verwaltung/umweltamt/downloads/landschaftsplanung/festsetzungskarte_uebersicht.pdf

Stadt Dortmund, 2020b. Landschaftsplan Stadt Dortmund: Entwicklungskarte.

[Online]

Available at:

https://www.dortmund.de/dortmund/projekte/rathaus/verwaltung/umweltamt/downloads/landschaftsplanung/entwicklungsziele_uebersicht.pdf

Stadt Dortmund, 2020c. Landschaftsplan Dortmund: Band I Allgemeine Erläuterungen zum Landschaftsplan, Textliche Darstellungen und Erläuterungen, textliche Festsetzungen und Erläuterungen.

Dortmund: Umweltamt Dortmund: s.n.

Stadt Dortmund, 2025. Geoportal: Bebauungsplanübersicht Stadt Dortmund.

Dortmund: s.n.

Tschiche, J., Bildstein, T. & Ackermann, W., 2025. Kartieranleitung für die Biotoptypen nach Anlage 2 der Bundeskompensationsverordnung (BKompV). Bonn: BfN-Schriften.

Aufgestellt

Duisburg, den 20.06.2025

DB Engineering & Consulting GmbH

8 Anhang: FINK-Maßnahmenblätter

Projekt: T.016081558; PFA:

Maßnahmenblatt

Artenschutzrechtliche Vermeidung / Minderung / Schutz (VA), Maßnahmennummer: 001_VA

Bezeichnung der Maßnahme: Zeitfenster für Rückschnitt sowie die Baufeldfreimachung

Gesamtgröße der Maßnahme in qm: 0

Temporäre Maßnahme: ja

Keine Flächen vorhanden

Lageplan der naturschutzfachlichen Maßnahme (LBP, FFH-VS): Unterlagen Nr.: 9.1.2

Zeitpunkt der Durchführung: 4 Monat/e vor Projekt-Baubeginn (ausschließlich vom 01.10.2026 bis 28.02.2027)

Entwicklungsziel der Maßnahme

Zielarten: Avifauna

Schutzvorrichtungen/-vorkehrungen: Einhaltung der Schonzeit

Spezielle Habitatelelemente/Strukturmerkmale:

Beschreibung der Tätigkeiten zur

Herstellung und Entwicklung: Sofern Sträucher zurückgeschnitten werden müssen, sind sämtliche Vegetationsschnittarbeiten zur Baufeldfreimachung (bspw. Einrichtung Baustelle, Arbeiten am Bahnübergang etc.) gemäß § 39 BNatSchG außerhalb der Brutzeiten der Vögel, in der Zeit vom 1. Oktober 2026 bis 28. Februar 2027 zu erfolgen und sind auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.

Risikomanagement: nein

Dauer Herstellung und Entwicklung bis zur Erreichung des Zielzustandes (s. Anhang III-18): 1 Woche/n

Unterhaltung:

Fachliche Maßgabe für Unterhaltungszeitraum nach § 15 Abs. 4 BNatSchG (s. Anhang III-18): nicht erforderlich

Berichtspflichten nach § 17 Abs. 7 BNatSchG

Berichtsintervall bis zum Erreichen des Zielzustandes: Keine Angabe

Berichtsintervall Unterhaltungspflege: Keine Angabe

Maßnahme unter Berücksichtigung Klimawandel nachhaltig: ja

Konfliktbewältigung

Nr.	Beschreibung	Naturraum	Beurteilung	i. Verbindung m. Maßnahme
F1	Störung, Tötung, Verletzung der Avifauna	D34 Westfälische Tieflandsbucht	vermeidet/vermindert	001_VA

Bestands- und Konfliktplan (LBP, FFH-VS): F1: Unterlagen Nr.: 9.1.1

Datum Einreichung Planungsunterlagen: 29.08.2025

Projekt: T.016081558; **PFA:**

Maßnahmenblatt

Artenschutzrechtliche Vermeidung / Minderung / Schutz (VA), Maßnahmennummer: 002_VA

Bezeichnung der Maßnahme: Kleinflächige Vergrämung im Bereich des Baufeldes zum Schutz von Reptilien (nur wenn Reptilien nachgewiesen werden)

Gesamtgröße der Maßnahme in qm: 0

Temporäre Maßnahme: ja

Keine Flächen vorhanden

Lageplan der naturschutzfachlichen Maßnahme (LBP, FFH-VS): Unterlagen Nr.: 9.1.2

Zeitpunkt der Durchführung: Keine Angabe

Entwicklungsziel der Maßnahme

Zielarten: Reptilien, Amphibien

Schutzvorrichtungen/-vorkehrungen: Vergrämuungsmahd, Entfernen von Versteckstrukturen

Spezielle Habitatelemente/Strukturmerkmale:

Beschreibung der Tätigkeiten zur

Herstellung und Entwicklung: Sollten im Zuge der noch laufenden Erfassungen planungsrelevante Reptilien nachgewiesen werden, so sind als Vergrämuungsmaßnahme im Bereich des geplanten Baufeldes potenzielle Versteckmöglichkeiten bzw. Habitatelemente (u.a. Steinhäufen, Totholz) zu entfernen und eine gerichtete sukzessive Mahd durchzuführen. Sofern die Vergrämuungsmaßnahme greift, hat das Entfernen der Versteckmöglichkeiten ein Jahr vor Baubeginn zu Beginn der Aktivitätszeit der Reptilien im Frühsommer (April – Mai 2026) zu erfolgen, um ihnen das Abwandern in nahe gelegene Habitate außerhalb der Baueingriffsflächen zu ermöglichen. Vom vorzeitigen Entfernen der natürlichen Versteckmöglichkeiten in den Wintermonaten wird abgeraten, da die vorliegenden Verstecke dann evtl. angenommenen sein könnten. Zudem ist im gesamten direkten Baufeld eine Vergrämuungsmahd durchzuführen. In den ausgewiesenen Flächen ist die Mahd gerichtet und sukzessiv mittels Freischneider oder Balkenmäher (Schnitthöhe > 15 cm GOK) durchzuführen. Die Mäharbeiten sind von der UBÜ zu begleiten. Sofern während den Mäharbeiten Reptilien im Eingriffsbereich festgestellt werden, sind diese sofort artgerecht zu sichern und in die angrenzenden Bereiche außerhalb des Gefahrenbereiches im räumlich-funktionalen Zusammenhang zu überführen. Sofern durch die Arbeiten erhebliche Mengen an Schnittgut anfallen, soll dieses nicht im Baufeld verbleiben und ist unmittelbar zu entfernen. Das Schnittgut kann ggf. an geeigneter Stelle als punktuelle Haufwerke oder in Längsachsen mit der Funktion als Lenk-, Zieh- bzw. Attraktionspunkte in die angrenzenden Bereiche angelegt werden, um das selbstständige Abwandern zu begünstigen. Die Vergrämuungsmaßnahme 002_VA greift nur dann, sofern ein Positivbefund vorliegt. Diese Maßnahme hat zeitgleich mit der Maßnahme 005_CEF zu erfolgen, sofern im angrenzenden Umfeld ausreichend dimensionierte Ausweichflächen zur Verfügung stehen. Unmittelbar nach Beendigung der Vergrämuungsmaßnahme 002_VA ist die Maßnahme 003_VA „Aufstellen von - Reptilienschutz- bzw. Amphibienschutzzäunen“ einzuleiten, um ein erneutes Einwandern von Reptilien zu unterbinden.

Risikomanagement: nein

Dauer Herstellung und Entwicklung bis zur Erreichung des Zielzustandes (s. Anhang III-18): 1 Monat/e

Unterhaltung:

Fachliche Maßgabe für Unterhaltungszeitraum nach § 15 Abs. 4 BNatSchG (s. Anhang III-18): nicht erforderlich

Projekt: T.016081558; **PFA:****Berichtspflichten nach § 17 Abs. 7 BNatSchG****Berichtsintervall bis zum Erreichen des Zielzustandes:** Keine Angabe**Berichtsintervall Unterhaltungspflege:** Keine Angabe**Maßnahme unter Berücksichtigung Klimawandel nachhaltig:** ja**Konfliktbewältigung**

Nr.	Beschreibung	Naturraum	Beurteilung	i. Verbindung m. Maßnahme
F2	Störung, Tötung, Verletzung von Reptilien und Amphibien	D34 Westfälische Tieflandsbucht	vermeidet/vermindert	002_VA, 003_VA, 004_VA, 005_CEF

Bestands- und Konfliktplan (LBP, FFH-VS): F2: **Unterlagen Nr.:** 9.1.1**Datum Einreichung Planungsunterlagen:** 23.06.2025

Projekt: T.016081558; **PFA:**

Maßnahmenblatt

Artenschutzrechtliche Vermeidung / Minderung / Schutz (VA), Maßnahmennummer: 003_VA

Bezeichnung der Maßnahme: Amphibien- bzw. Reptilienschutzzäune

Gesamtgröße der Maßnahme in qm: 0

Temporäre Maßnahme: ja

Keine Flächen vorhanden

Lageplan der naturschutzfachlichen Maßnahme (LBP, FFH-VS): Unterlagen Nr.: 9.1.2

Zeitpunkt der Durchführung: Keine Angabe

Entwicklungsziel der Maßnahme

Zielarten: Amphibien, Reptilien

Schutzvorrichtungen/-vorkehrungen: Schutzzäune

Spezielle Habitatelemente/Strukturmerkmale:

Beschreibung der Tätigkeiten zur

Herstellung und Entwicklung: Im Rahmen des Vorhabens wird vorsorglich der Einsatz eines temporären Reptilien-schutz- bzw. Amphibienschutzzauns (mit glatter Oberfläche) vorgesehen. Die überragende bzw. überhängende Seite des Zaunes zeigt vom Baufeld weg, und die unteren 10 cm werden in den Boden eingegraben. Sollte dies aufgrund der Standortbedingungen nicht möglich sein, wird der untere Teil des Zauns im Ausnahmefall mit einem Sand-Kiesgemisch lückenlos beschwert, um einen durchgängigen Bodenschluss sicherzustellen. Der Zaun soll an den relevanten Bereichen südlich bzw. nördlich des zu entfernenden Bahnübergangs sowie links und rechts neben der Zuwegung installiert werden und verhindern, dass während der saisonalen Wanderbewegungen von Süden einwandernde bzw. von Norden abwandernde Amphibien in den Baustellenbereich gelangen. Sofern planungsrelevante Reptilien nachgewiesen werden, wird der Reptilienschutzzaun zu Beginn der Aktivitätszeit im Jahr 2026 errichtet. Werden keine planungsrelevanten Reptilien nachgewiesen, erfolgt die Errichtung des Zauns nur dann, wenn die Bautätigkeiten in die Amphibienwanderzeiten fallen, also entweder während der Frühjahrswanderung zum Laichgewässer oder während der Abwanderung nach der Fortpflanzung. Der Zaun wird rechtzeitig vor Baubeginn (Ende 2026) installiert und bis zum Abschluss der störungsrelevanten Arbeiten aufrechterhalten. Zusätzlich kann der Zaun mit Fanggefäßen (z. B. Eimern) kombiniert werden, um täglich kontrolliert Tiere zu bergen und in geeignete Habitate umzusetzen. So wird eine Beeinträchtigung wandernder Amphibien während der Baumaßnahmen effektiv verhindert.

Falls ein Positivbefund von Reptilien vorliegt, wird in den betroffenen Bereichen ein Reptilienschutzzaun installiert, um zu verhindern, dass Reptilien in das Baufeld oder in die Eingriffsbereiche gelangen. Der Reptilienschutzzaun ersetzt den Amphibienschutzzaun, umgedreht ist dies nicht möglich. Der Zaunverlauf wird in Abstimmung mit der UBÜ und der UNB der Stadt Dortmund festgelegt. Die Zaunhöhe und -installation richten sich nach der zu schützenden Reptilienart. Das Aufstellen des Zaunes wird durch die UBÜ begleitet. Werden während der Zauninstallation Reptilien im Eingriffsbereich festgestellt, werden diese sofort artgerecht gesichert und in angrenzende sichere Bereiche außerhalb des Gefahrenbereichs überführt. Der Zaun wird in regelmäßigen Abständen durch die UBÜ auf seine Funktionstüchtigkeit überprüft. Während der Standzeit des Zaunes muss der Zaunverlauf beidseitig auf mindestens 50 cm von Vegetation freigehalten oder freigeschnitten werden (Schnitthöhe > 15 cm GOK)

Risikomanagement: nein

Dauer Herstellung und Entwicklung bis zur Erreichung des Zielzustandes (s. Anhang III-18): 2 Woche/n

Unterhaltung:

Fachliche Maßgabe für Unterhaltungszeitraum nach § 15 Abs. 4 BNatSchG (s. Anhang III-18): nicht erforderlich

Projekt: T.016081558; **PFA:**

Berichtspflichten nach § 17 Abs. 7 BNatSchG

Berichtsintervall bis zum Erreichen des Zielzustandes: Keine Angabe

Berichtsintervall Unterhaltungspflege: Keine Angabe

Maßnahme unter Berücksichtigung Klimawandel nachhaltig: ja

Konfliktbewältigung

Nr.	Beschreibung	Naturraum	Beurteilung	i. Verbindung m. Maßnahme
F2	Störung, Tötung, Verletzung von Reptilien und Amphibien	D34 Westfälische Tieflandsbucht	vermeidet/vermindert	002_VA, 003_VA, 004_VA, 005_CEF

Bestands- und Konfliktplan (LBP, FFH-VS): F2: **Unterlagen Nr.:** 9.1.1

Datum Einreichung Planungsunterlagen: 23.06.2025

Projekt: T.016081558; **PFA:**

Maßnahmenblatt

Artenschutzrechtliche Vermeidung / Minderung / Schutz (VA), Maßnahmennummer: 004_VA**Bezeichnung der Maßnahme:** Umsiedeln von Reptilien und/ oder Amphibien aus dem Baustellenbereich (nur wenn Reptilien und/ oder Amphibien nachgewiesen werden)**Gesamtgröße der Maßnahme in qm:** 0**Temporäre Maßnahme:** ja

Keine Flächen vorhanden

Lageplan der naturschutzfachlichen Maßnahme (LBP, FFH-VS): Unterlagen Nr.: 9.1.2**Zeitpunkt der Durchführung:** 1 Jahr/e vor Projekt-Baubeginn

Entwicklungsziel der Maßnahme

Zielarten: Reptilien, Amphibien**Schutzvorrichtungen/-vorkehrungen:** Umsiedlung bei Fund**Spezielle Habitatelemente/Strukturmerkmale:**

Beschreibung der Tätigkeiten zur

Herstellung und Entwicklung: Werden bei den noch laufenden Erfassungen planungsrelevante Reptilien und/ oder Amphibien nachgewiesen, so sind ein Jahr vor Baubeginn zur Aktivitätszeit (voraussichtlich Anfang April bis Ende September 2026) die im geplanten Baufeld befindlichen Reptilien und/ oder Amphibien und deren Nahrungstiere artgerecht abzufangen und in die aufgewerteten angrenzenden Habitatstrukturen (005_CEF) zu überführen. Die Anzahl der Abfangtermine richten sich generell nach der zur Kartiersaison (zur Aktivitätszeit zwei Jahre vor Baubeginn) ermittelten Schätzpopulation und des Fangerfolges und wird in Absprache mit der UNB der Stadt Dortmund überschlägig ermittelt. Der Populationserhalt der zuvor ermittelten lokalen Population ist zu gewährleisten.

Insbesondere für Amphibien sind während der Hauptwanderungszeiten aktive Fangeimerkontrollen durchzuführen, die im Zusammenhang mit der Errichtung des Reptilien- bzw. Amphibienschutzzauns (003_VA) durchzuführen sind. Die so gefangenen Tiere sind ebenfalls umzusiedeln. Nach mindestens drei Negativkontrollen noch zur Aktivitätszeit ein Jahr vor Baubeginn, können die Abfänge eingestellt werden. Im Folgejahr ist zur Aktivitätszeit eine Kontrollbegehung seitens der UBÜ durchzuführen, um das Baufeld für die Baufeldfreimachung sicher freizugeben. Sollten sich im Folgejahr wieder Individuen in den geplanten Eingriffsbereichen befinden, sind die Tiere so lange abzufangen, bis das Baufeld nach drei Negativkontrollen seitens der UBÜ freigegeben wird.

Risikomanagement: nein**Dauer Herstellung und Entwicklung bis zur Erreichung des Zielzustandes (s. Anhang III-18):** 6 Monat/e**Unterhaltung:****Fachliche Maßgabe für Unterhaltungszeitraum nach § 15 Abs. 4 BNatSchG (s. Anhang III-18):** nicht erforderlich

Berichtspflichten nach § 17 Abs. 7 BNatSchG

Berichtsintervall bis zum Erreichen des Zielzustandes: Keine Angabe**Berichtsintervall Unterhaltungspflege:** Keine Angabe

Projekt: T.016081558; **PFA:**

Maßnahme unter Berücksichtigung Klimawandel nachhaltig: ja

Konfliktbewältigung

Nr.	Beschreibung	Naturraum	Beurteilung	i. Verbindung m. Maßnahme
F2	Störung, Tötung, Verletzung von Reptilien und Amphibien	D34 Westfälische Tieflandsbucht	vermeidet/vermindert	002_VA, 003_VA, 004_VA, 005_CEF

Bestands- und Konfliktplan (LBP, FFH-VS): F2: Unterlagen Nr.: 9.1.1

Datum Einreichung Planungsunterlagen: 23.06.2025

Projekt: T.016081558; **PFA:**

Maßnahmenblatt

CEF, Maßnahmennummer: 005_CEF

Bezeichnung der Maßnahme: Bauzeitliche Aufwertung von angrenzenden Habitatstrukturen (nur wenn Reptilien nachgewiesen werden)

Gesamtgröße der Maßnahme in qm: 50

Temporäre Maßnahme: nein

Flächennummer: FI.01

Flurstück Nr.	Flur	Gemarkung	Gemeinde	Kreis	GrEVZ-Nr.	Inanspruchnahme	Gepl. rechtl. Sicherung	Inanspruchnahme Fläche in qm
01457/00000-00	002	Rahm	Dortmund, Stadt	Dortmund, Stadt		Vorübergehend	Eigentum	50

Ausgangszustand: 39.03.02: sonstige krautige und grasige Fluren der offenen Landschaft

Schlüsselnummer Ausgangsbiotop (je Bundesland): K, neo2

Lageplan der naturschutzfachlichen Maßnahme (LBP, FFH-VS): Unterlagen Nr.: 9.1.2

Zeitpunkt der Durchführung: 1 Jahr/e vor Projekt-Baubeginn

Entwicklungsziel der Maßnahme

Zielarten: Reptilien, Amphibien

Spezielle Habitatelemente/Strukturmerkmale:

Beschreibung der Tätigkeiten zur

Herstellung und Entwicklung: Sofern im Zuge der noch laufenden Erfassungen planungsrelevante Reptilien nachgewiesen werden und unmittelbar an das Baufeld angrenzende Ausweichflächen im räumlich-funktionalen Zusammenhang zur Verfügung stehen, bleiben in der näheren Umgebung des Eingriffsbereiches, jedoch außerhalb des Baufeldes, existierende Versteckmöglichkeiten für Reptilien erhalten.

Des Weiteren sollen die mit der UNB der Stadt Dortmund abzustimmende angrenzenden Bereiche durch die zusätzliche Anlage von vernetzten Habitatelementen bzw. Versteckmöglichkeiten wie Totholz-, Steinhäufen und Sandlinsen aufgewertet werden. Geeignete Materialien aus dem geplanten Baufeld (u.a. Instandhaltungsbereich) können für die Schaffung reptilienfreundlicher Strukturen wiederverwendet werden. Die Arbeiten zur Aufwertung der angrenzenden Habitatstrukturen sind durch die UBÜ zu begleiten. Sofern während der Herrichtung Reptilien festgestellt werden, sind diese sofort artgerecht zu sichern und in die angrenzenden Bereiche außerhalb des Gefahrenbereiches im räumlich-funktionalen Zusammenhang zu überführen. Die Maßnahme 005_CEF greift nur dann, sofern ein Positivbefund vorliegt und hat zeitgleich mit der Maßnahme 002_VA zu erfolgen. Die Flächen sind bauzeitlich zu erhalten. Da nach Abschluss der Bauarbeiten die ursprünglichen Habitatstrukturen wieder in vollem Umfang zur Verfügung stehen, können die aufgewerteten Habitate im Anschluss sich selbst überlassen werden. Eine Entwicklung oder Unterhaltung ist nicht erforderlich.

Risikomanagement: nein

Dauer Herstellung und Entwicklung bis zur Erreichung des Zielzustandes (s. Anhang III-18): 2 Woche/n

Unterhaltung:

Fachliche Maßgabe für Unterhaltungszeitraum nach § 15 Abs. 4 BNatSchG (s. Anhang III-18): nicht erforderlich

Projekt: T.016081558; **PFA:**

Berichtspflichten nach § 17 Abs. 7 BNatSchG

Berichtsintervall bis zum Erreichen des Zielzustandes: Keine Angabe

Berichtsintervall Unterhaltungspflege: Keine Angabe

Maßnahme unter Berücksichtigung Klimawandel nachhaltig: ja

Konfliktbewältigung

Nr.	Beschreibung	Naturraum	Beurteilung	i. Verbindung m. Maßnahme
F2	Störung, Tötung, Verletzung von Reptilien und Amphibien	D34 Westfälische Tieflandsbucht	vermeidet Verbot im Sinne von CEF	002_VA, 003_VA, 004_VA, 005_CEF

Bestands- und Konfliktplan (LBP, FFH-VS): F2: **Unterlagen Nr.:** 9.1.1

Datum Einreichung Planungsunterlagen: 29.08.2025

Projekt: T.016081558; **PFA:**

Maßnahmenblatt

Vermeidung / Minderung / Schutz (V), Maßnahmennummer: 006_V

Bezeichnung der Maßnahme: Gehölzschutz

Gesamtgröße der Maßnahme in qm: 0

Temporäre Maßnahme: ja

Keine Flächen vorhanden

Lageplan der naturschutzfachlichen Maßnahme (LBP, FFH-VS): Unterlagen Nr.:

Zeitpunkt der Durchführung: Keine Angabe

Entwicklungsziel der Maßnahme

Zielbiotop: Feldgehölze, Baumreihen/Baumgruppen

Schutzvorrichtungen/-vorkehrungen: Gehölzschutzzaun

Schlüsselnummer Zielbiotoptyp (je Bundesland): 41.02.02M, 43.09

Spezielle Habitatelemente/Strukturmerkmale:

Beschreibung der Tätigkeiten zur

Herstellung und Entwicklung: Für die Bäume entlang des Weges zur Siedlung ist bei einer Nutzung für größeren Baustellenverkehr (Materialtransporte, Bewegung von Baumaschinen) geeigneter Einzelbaumschutz, mindestens jedoch ein Stammschutz vorzusehen, um eine Schädigung der Bäume zu verhindern. Die Art und der Umfang des Gehölzschutzes ist mit der Umweltfachlichen Bauüberwachung vor Ort abzustimmen. Es ist die R SBB 2023 und die DIN 18920 zu beachten. An den Eingriffsbereich am BÜ angrenzende Bäume sind durch die Errichtung eines Gehölzschutzzaunes zu sichern. Die Verortung der Zäune erfolgt grob im Maßnahmenplan, der genaue Aufbau ist ebenfalls vor Ort mit der UBÜ abzustimmen.

Risikomanagement: nein

Dauer Herstellung und Entwicklung bis zur Erreichung des Zielzustandes (s. Anhang III-18): 1 Woche/n

Unterhaltung:

Fachliche Maßgabe für Unterhaltungszeitraum nach § 15 Abs. 4 BNatSchG (s. Anhang III-18): nicht erforderlich

Berichtspflichten nach § 17 Abs. 7 BNatSchG

Berichtsintervall bis zum Erreichen des Zielzustandes: Keine Angabe

Berichtsintervall Unterhaltungspflege: Keine Angabe

Maßnahme unter Berücksichtigung Klimawandel nachhaltig: ja

Konfliktbewältigung

Nr.	Beschreibung	Naturraum	Beurteilung	i. Verbindung m. Maßnahme
B1	Schädigung von angrenzenden Gehölzbeständen im Zuge des Baus	D34 Westfälische Tieflandsbucht	vermeidet/vermindert	006_V

Bestands- und Konfliktplan (LBP, FFH-VS): B1: Unterlagen Nr.: 9.1.1

BÜ „Zum Steigeturm“

Beseitigung einer BÜSA km 16,0 – Zum Steigeturm



Projekt: T.016081558; **PFA:**

Datum Einreichung Planungsunterlagen: 29.08.2025

Projekt: T.016081558; PFA:

Maßnahmenblatt

Vermeidung / Minderung / Schutz (V), Maßnahmennummer: 007_V

Bezeichnung der Maßnahme: Wiederherstellung bauzeitlich beanspruchter Flächen

Gesamtgröße der Maßnahme in qm: 581,96

Temporäre Maßnahme: ja

Flächennummer: Fl.02

Flurstück Nr.	Flur	Gemarkung	Gemeinde	Kreis	GrEVZ-Nr.	Inanspruchnahme	Gepl. rechtl. Sicherung	Inanspruchnahme Fläche in qm
01457/00000-00	002	Rahm	Dortmund, Stadt	Dortmund, Stadt		Vorübergehend	Eigentum	534,22
01302/00000-00	002	Rahm	Dortmund, Stadt	Dortmund, Stadt		Vorübergehend	Keine Angabe	47,74

Ausgangszustand: Artenarme, frische Grünlandbrache; Neophyten-Staudenfluren; Unbefestigter Weg; Sonstige krautige und grasige Säume und Fluren der offenen Landschaft; Trocken-warme Ruderalstandorte auf Sand-, Kies- und Schotterböden; Sonstiges Gebüsch frischer Standorte; Feldgehölz frischer Standorte – Mittlere Ausprägung; Rubus-Gestrüppe und -Vormäntel; Laub(misch)holzforste einheimischer Baumarten – Mittlere Ausprägung; Versiegelter oder sonstiger gepflasterter Verkehrs- und Betriebsweg (z. B. Straße, Start-, Landebahn); Geschotterter Weg oder Weg mit wassergebundener Decke; Gleiskörper

Schlüsselnummer Ausgangsbiotop (je Bundesland): 34.08.03; 39.05; 52.02.06; 39.03.02; 39.06.01; 41.01.04.02; 41.02.02M; 42.02; 43.09M; 52.01.01a; 52.02.04a; 52.04.01

Lageplan der naturschutzfachlichen Maßnahme (LBP, FFH-VS): Unterlagen Nr.: 9.1.2

Zeitpunkt der Durchführung: Keine Angabe

Entwicklungsziel der Maßnahme

Zielbiotop: Grünlandbrache, Ruderalsäume, Rubus-Gestrüpp

Schutzvorrichtungen/-vorkehrungen: Wiederherstellung gemäß Ausgangszustand

Schlüsselnummer Zielbiotoptyp (je Bundesland): 34.08.03, 39.05, 39.03.03, 39.06.01, 42.02

Spezielle Habitatelelemente/Strukturmerkmale:

Beschreibung der Tätigkeiten zur

Herstellung und Entwicklung: Im Anschluss an die Bauarbeiten sind die bauzeitlich beanspruchten Flächen wieder herzustellen. Die BE-Fläche ist nach Entfernung der Lastverteilungsmatten (Maßnahme 008_V) ggf. aufzulockern, es ist eine Initialsaat mit Regiosaatgut für Grünland vorzunehmen. Im Bereich der entsiegelten Flächen des BÜ und der neu modellierten Böschung sind bei Neupflanzungen ausschließlich heimische Gehölze und Regiosaatgut für die Saumbereiche zu verwenden.

Gehölzpflanzungen sind in der Entwicklungsphase zu pflegen, Aufwuchs von nicht-heimischen Gehölzen und Neophyten ist herauszupflegen

Risikomanagement: nein

Dauer Herstellung und Entwicklung bis zur Erreichung des Zielzustandes (s. Anhang III-18): 3 Jahr/e und 3 Monat/e

Unterhaltung:

Fachliche Maßgabe für Unterhaltungszeitraum nach § 15 Abs. 4 BNatSchG (s. Anhang III-18): nicht erforderlich

Projekt: T.016081558; **PFA:****Berichtspflichten nach § 17 Abs. 7 BNatSchG****Berichtsintervall bis zum Erreichen des Zielzustandes:** 1 Jahr/e**Berichtsintervall Unterhaltungspflege:** Keine Angabe**Maßnahme unter Berücksichtigung Klimawandel nachhaltig:** ja**Konfliktbewältigung**

Nr.	Beschreibung	Naturraum	Beurteilung	i. Verbindung m. Maßnahme
B2	Vorübergehende Flächeninanspruchnahme	D34 Westfälische Tieflandsbucht	vermeidet/vermindert	007_V
B3	Ausbreitung von invasiven Neophyten auf neu entsiegelten Flächen	D34 Westfälische Tieflandsbucht	vermeidet/vermindert	007_V

Bestands- und Konfliktplan (LBP, FFH-VS): B2: Unterlagen Nr.: 9.1.1/B3: Unterlagen Nr.: 9.1.1**Datum Einreichung Planungsunterlagen:** 29.08.2025